



universität  
wien

## Magisterarbeit

Titel der Magisterarbeit

**„Interessen, Interdependenzen, Intervention:  
Eine Analyse der Inderdependenzkonstellationen während  
und nach der UN-Intervention in Haiti“**

Verfasser

Bernhard Helmberger

angestrebter akademischer Grad:  
Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, am 18. Mai 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:  
Studienrichtung lt. Studienblatt:  
Betreuer:

A-300  
Politikwissenschaft  
Univ.-Doz. Dr. Gernot STIMMER



## **Vorwort**

Eher zufällig stieß ich in meinen Studien verschiedener Konflikte auf die Geschehnisse um die UN-Intervention in Haiti und die tragische Geschichte des Landes. Von diesem Punkt an war ich fasziniert von den vielfältigen Facetten der Vorgänge und der möglichen Bedeutung, welche sie für andere Staaten haben können. Je mehr ich über das Thema erfuhr, desto mehr interessante Elemente entdeckte ich. Schließlich veranlasste mich dies dazu, die Diplomarbeit als Chance zu nutzen, mich dem Themenkomplex ausführlich widmen zu können.

Ermöglicht wurde der Blick auf die Besonderheiten des Falles auch durch verschiedene Lehrende an der Universität Wien, die immer wieder den Sinn für eine kritische Hinterfragung oberflächlich einfacher Vorgänge geschärft haben: Ihnen sei hiermit ein Dank für ihre Arbeit ausgesprochen.

Zudem möchte ich mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die mich bei dieser Arbeit unterstützt haben, vor allem bei meinen engagierten Korrekturlesern. Weiters in ganz besonderer Weise bei meinen Eltern Franz und Elfriede Helmberger, die mir das Studium der Politikwissenschaft ermöglicht haben – ihnen ist diese Arbeit gewidmet.



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Inhaltsverzeichnis	3
Abkürzungsverzeichnis	6
Einleitung	7
<b>1. Forschungsfragen und Aufbau der Arbeit</b>	<b>8</b>
1.1. Forschungsfragen	8
1.2. Aufbau der Arbeit	8
<b>2. Theorieteil</b>	<b>10</b>
<u>2.1. Der Begriff „Interdependenz“</u>	10
<u>2.2. Erläuterung zum Theorieaufbau</u>	13
<u>2.3. Realismus – Neorealismus</u>	15
2.3.1. Realismus	15
2.3.2. Neorealismus	19
<u>2.4. Liberalismus</u>	22
<u>2.5. Neoinstitutionalismus</u>	27
2.5.1. Entstehungsbedingungen	27
2.5.2. Der transnationale Ansatz bei Keohane und Nye	29
2.5.3. Zwischenstaatliche und transnationale Interaktionen	29
2.5.4. Effekte von transnationalen Interaktionen	32
2.5.5. Transnationale Beziehungen und der „Kontrollverlust“ von Regierungen	34
2.5.6. Zusammenfassung	34
<u>2.6. Zentrale Begriffe: Institutionen, Interesse und Intervention</u>	35
2.6.1. Internationale Institutionen	36
A. Der Begriff „Institution“	36
B. Einteilung von internationalen politischen Institutionen	37
Internationale Regime	37
Internationale Netzwerke	38
Internationale Ordnungsprinzipien	38
Internationale Organisationen	40
2.6.2. Interesse	41
A. Interesse des Akteurs Staat	41
B. Das Interesse transnationaler Akteure	44
2.6.3. Intervention	44
A. Definition des Begriffs	44
B. Interventionsverbot	46
C. Interventionen durch die UNO: das System der kollektiven Sicherheit	48
D. Intervention: Begriff im Völkerrecht und in der Analyse	50
E. Mögliche Klassifizierung von Interventionen	51
Militärische Intervention – Invasion	51
Humanitäre Intervention	52
Erbetene Intervention	53
F. Transnationale Akteure und Intervention	53

<u>2.7. Methode</u>	55
2.7.1. Zum Vergleich als Methode und den Möglichkeiten einer Fallstudie	55
2.7.2. Die Interdependenzkonstellationsanalyse	59
A. Merkmale von Interdependenz	60
B. Durchführung der Analyse	64
2.7.3. Quellen und Aufbau der Studie	66
2.7.4. Hypothesen	69
<b>3. Fallstudie</b>	<b>70</b>
<u>3.1. Historischer Abriss</u>	70
3.1.1. Kolonialgeschichte	70
3.1.2. Unabhängigkeit bis zur US-Invasion	72
3.1.3. US-Besatzung	76
3.1.4. Post-US-Okkupation bis zur Duvalier-Diktatur	78
3.1.5. Francois „Papa Doc“ Duvalier	79
3.1.6. Jean-Claude „Baby Doc“ Duvalier	80
3.1.7. Wirkungen des Regimes	81
3.1.8. Die Übergangsphase bis zu den Wahlen 1991	82
<u>3.2. Exkurs: Jean-Bertrand Aristide und die Lavalas-Bewegung</u>	84
<u>3.3. Putsch und Intervention</u>	86
3.3.1. Der Putsch, erste Reaktionen und Maßnahmen	86
3.3.2. Governors Island Agreement	89
3.3.3. Entschluss zur Invasion	90
<u>3.4. Interdependenzen in ausgewählten Themenfeldern: Politische Stabilität und Sicherheitslage, Migration und Drogenhandel</u>	93
3.4.1. Themenfeld politische Stabilität und Sicherheitslage	93
A. Politische Entwicklung nach der Intervention	94
B. Sicherheit	98
C. Entwicklung seit 2004	103
D. Interdependenzen	103
Grund	105
Gewinne	105
Kosten	106
Symmetrie	107
Zeitliche Komponente	108
3.4.2. Themenfeld Migration	109
A. Migranten als Akteure	109
B. Zahlen zur Migration aus Haiti	110
C. Migration in die USA	112
D. Migration in die Dominikanische Republik	114
E. Interdependenzen	117
Grund	118
Gewinne	118
Kosten	119
Symmetrie	119
Zeitliche Komponente	120

3.4.3. Themenfeld Drogenhandel	120
A. Drogenbekämpfungsmaßnahmen und Antisubversionsstrategien	121
B. Zahlen zum Drogenschmuggel durch Haiti	124
C. Schmuggelrouten und –arten	126
D. Verwicklung der Sicherheitskräfte in den Drogenhandel	126
E. Entwicklung nach 2004 und außenpolitische Verbindungen	127
F. Interdependenzen	130
Grund	130
Gewinne	130
Kosten	131
Symmetrie	132
Zeitliche Komponente	132
3.4.4. Exkurs: Weitere Teilbereiche in Kürze	133
A. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung	133
B. Umweltschäden und Naturkatastrophen	137
C. Das „Somalia-Syndrom“	139
<u>3.5. Analyse der Interdependenzkonstellationen</u>	142
3.5.1. Schlüsselbegriffe der Theorie im konkreten Fallbeispiel	142
A. Transnationale Interaktionen	142
B. Internationale Institutionen	143
C. Interessen	143
D. Die Intervention(en)	145
3.5.2. Interdependenzkonstellation während und nach der Intervention in Haiti	147
A. Politische Stabilität und Sicherheitslage	147
B. Migration	151
C. Drogenhandel	156
D. Verknüpfungen zwischen den einzelnen Bereichen	158
E. Bewertung der Intervention	161
Motive	161
Mittel	161
Konsequenzen	162
<b>4. Conclusio</b>	<b>163</b>
Bibliographie	168
Grafiken- und Tabellenliste	176
<u>Anhang:</u>	
Deutsche Zusammenfassung	179
Englische Zusammenfassung / <i>English summary</i>	181
Lebenslauf	183

## Abkürzungsverzeichnis

BINGO	Business International Non-Governmental Organization(s)
CARICOM	Caribbean Community
CD	Convergence Démocratique
CIA	Central Intelligence Agency
CICAD	Comisión Interamericana para el Control del Abuso de Drogas
DEA	Drug Enforcement Agency
FL	Fanmi Lavalas
FRAPH	Front d'Action pour le Progrès de Haiti
IFRCC	International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies
IGO	International Governmental Organization(s)
IN	Internationale(s) Netzwerk(e)
INGO	International Non-Governmental Organization(s)
IO	Internationale Organisation(en)
IOP	Internationale(s) Ordnungsprinzip(ien)
IR	Internationale(s) Regime
IWF	Internationaler Währungsfonds
MICIVIH	International Civilian Mission in Haiti
MINUSTAH	United Nations Stabilization Mission in Haiti
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OPL	Organisation du Peuple en Lutte
TNO	Transnationale Organisation(en)
UNDCP	United Nations International Drug Control Programme
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNMIH	United Nations Mission in Haiti
UNODCCP	United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention
USAID	United States Agency for International Development
WFP	World Food Programme
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d. h.	das heißt
ebd.	ebenda
etc.	et cetera
o.A.	ohne Angabe
usw.	und so weiter
z. B.	zum Beispiel

## **Einleitung**

Der karibische Staat Haiti war im Laufe seiner Geschichte Schauplatz vieler blutiger Auseinandersetzungen und hat seinen festen Platz auf der Liste der ärmsten Länder der Welt. Mit dem Amtsantritt Jean-Bertrand Aristides 1991 schien die Folge von autoritären Machthabern erstmals durch eine Wahl und demokratische Institutionen beendet. Doch schon bald machte ein Militärputsch diesen Ansätzen ein Ende und der Präsident musste bis 1994 ins Exil. Der Putsch kostete tausenden Menschen das Leben und brachte selbst für die von langer Diktatur leidgeprüften Haitianer eine neue Qualität der Gewalt. Erst eine militärische Intervention, unter Führung der USA im Rahmen der UNO, brachte den Präsidenten zurück ins Land, während alle vorhergegangenen Maßnahmen gescheitert waren. Drei lange Jahre dauerte es also, bis die internationale Gemeinschaft effektiv in diesen Konflikt eingriff und das Militärregime abdanken musste.

Doch Berichte und Daten von heute zeigen, dass sich alleine durch die Präsenz von internationalen Truppen und der Wiedereinsetzung der damaligen Regierung die Lebensbedingungen der Bevölkerung nicht wesentlich verbessert haben. Sogar ein zweites großes Engagement von internationaler Seite wurde 2004 notwendig, um einem neuerlichen Höhepunkt der Gewalt im Land entgegenzutreten, wobei der einstige Hoffnungsträger Aristide selbst Akteur der gewalttätigen Auseinandersetzungen geworden war und noch einmal ins Exil ging.

Die Frage lautet nun, wie es überhaupt dazu kam, dass eine UN-Intervention mit militärischen Mitteln stattfand, da dies nicht der Regelfall ist, zieht man die Anzahl der Länder in Betracht, in denen Ähnliches vor sich geht. Welche Faktoren spielten eine Rolle, welche weniger, welche Stellung hatten die einzelnen Akteure? Aus Sicht der heutigen Lage muss diese Frage schließlich auch ausgeweitet werden: War die Mission überhaupt effektiv? Welche Zusammenhänge gibt es zwischen den Interessen und Interdependenzen der einzelnen Akteure und den Entwicklungen nach der Intervention? Wurden Fehler gemacht, hätten diese vermieden werden können und vor allem: Kann man aus diesem Fall für zukünftige Krisen etwas lernen?

Diesen Fragen geht die folgende Arbeit nach.

# **1. Forschungsfragen und Aufbau der Arbeit**

## **1.1. Forschungsfragen**

Ziel der Arbeit ist die Erklärung, welche Faktoren eine Intervention im Rahmen der UNO in Haiti ermöglichten und wie die Intervention die Situation selbst beeinflusste. Konkret werden dabei folgende Forschungsfragen behandelt:

1. Was waren die Interdependenzen der involvierten Akteure in ausgewählten Problemfeldern während und nach der Intervention in Haiti? Wie standen diese im Kontext dazu, dass tatsächlich eine Intervention durch internationale Organisationen (OAS und UNO) mit einer Invasion stattfand?
2. Welche Asymmetrien bestanden in diesen, welche Richtung hatten sie und welche Effekte hatten sie auf andere Problemfelder?
3. Hätten die Aktionen durch eine entsprechende Weitsicht mit Berücksichtigung der Interdependenzen eine positivere Entwicklung für alle Beteiligten herbeiführen können?

## **1.2. Aufbau der Arbeit**

Diese Arbeit gliedert sich in vier Teilbereiche, wovon dieser Teil mit den Fragestellungen den ersten darstellt. Im zweiten Teil wird die Theorierichtung, welche der Analyse zugrunde liegt vorgestellt. Es handelt sich dabei um einen neoinstitutionalistischen Ansatz, der ein Weltmodell von Interdependenzen mit zwei Ebenen darstellt. Zum einen die klassische zwischenstaatliche Ebene, zum anderen eine transnationale. Die relevanten Akteure sind hier also Staaten und gesellschaftliche Gruppen, die beide zur Problembearbeitung Institutionen bilden. Da dabei einige wichtige Elemente aus anderen Theorierichtungen eingebunden sind, wird zuvor kurz auf die Großtheorien Realismus und Liberalismus eingegangen, um zu veranschaulichen, welche Elemente weiter

verwendet werden und welche Weiterentwicklung bzw. vor allem neuen Elemente durch den letztendlich gewählten Theorieansatz hinzugefügt worden sind. Diese werden anschließend beleuchtet und Definitionen der wesentlichen Begriffe dieser Arbeit erarbeitet, wobei auch darauf verwiesen wird, welche Grenzen der Anwendung den Begriffen für die Analyse gesetzt sind.

Am Ende wird auf die Analysemethode eingegangen: Dies beinhaltet die Vorstellung der Interdependenzkonstellationsanalyse, die Stellung einer Fallstudie in einem Vergleich mit ihren Vorteilen und Nachteilen und den Aufbau des Fallbeispiels mit den Unterkapiteln im Bezug zu ihrem analytischen Nutzen.

Der dritte Teil besteht aus dem eigentlichen Fallbeispiel. Gegliedert ist dieser in einen historischen Abriss zur Annäherung an den Fall, die eigentlichen Geschehnisse um den Militärputsch, die Intervention 1991 - 1994 und schließlich die Analyse ausgewählter Problemfelder in Bezug auf die jeweiligen Interessen und Interdependenzen darin.<sup>1</sup>

Der vierte und letzte Teil besteht aus der Beantwortung der Forschungsfragen und der Überprüfung der Hypothesen anhand dieser Ergebnisse.

---

<sup>1</sup> Anmerkung: Eine ausführlichere Beschreibung der genannten Teile im Hinblick auf ihren analytischen Nutzen findet sich im Methodenteil.

## **2. Theorieteil**

### **2.1. Der Begriff „Interdependenz“**

Obwohl die zentralen Begriffe in dieser Arbeit grundsätzlich erst nach der Vorstellung des gewählten Theorieansatzes folgen, muss ein Begriff vorgezogen werden, da er für die Arbeit zentral ist: „Interdependenz“.

Um eine Definition von „Interdependenz“ zu erarbeiten, ist es vorab sinnvoll, den Wortteil „Dependenz“ darzustellen. Dieser meint allgemein „Abhängigkeit“, in den Theorien der internationalen Beziehungen bedeutet er die Abhängigkeit eines Staates von einem anderen. Dieses Verhältnis ist geprägt durch eine starke einseitige Wirkung, das heißt, ein Staat ist völlig oder sehr stark abhängig von externen Akteuren in einem oder mehreren Bereichen. Der Effekt ist nicht wechselseitig, d. h. der Staat ist dem betreffenden Akteur in großer Weise ausgeliefert. Ein stark vereinfachtes Beispiel: Der Inselstaat A hat nur ein Exportprodukt. Die maritime Großmacht B kontrolliert die Schifffahrtswege um A und ist einziger Abnehmer des Produkts. Damit diktiert es auch den Preis: Falls sich A weigert, werden die Seewege von B gesperrt und das Produkt inzwischen woanders eingekauft. Das Verhältnis von A und B beruht auf „Dependenz“, denn es zeichnet sich durch eine Richtung aus.

„In common parlance, dependence means a state of being determined or significantly affected by external forces.“<sup>2</sup>

Spricht man jedoch von „Interdependenz“ so ist das erste wichtige Unterscheidungsmerkmal, dass eine Wechselwirkung in den Beziehungen der Akteure stattfindet. Interdependenz entsteht durch transnationale oder zwischenstaatliche Interaktionen, die jedoch nicht automatisch zu Interdependenz führen müssen. Ein Land kann z. B. ein Luxusprodukt einführen, dessen Ausfuhr vom exportierenden Staat plötzlich verboten wird. Da es sich aber um ein Produkt handelt, in dessen Besitz ohnehin nur wenige

---

<sup>2</sup> Keohane. Nye. Power and Interdependence. Little, Brown and Company. Boston. 1977. S.8.

Bürger des Staates waren, beeinträchtigt dies den Sektor kaum und man kann nicht von Interdependenz sprechen (vor allem wenn auch das Exportverbot im jeweiligen Staat kaum wirtschaftliche Auswirkungen hat). Es handelt sich in diesem Fall um eine ganz normale Handelstransaktion.

Nimmt man aber das realistische Beispiel des Ölexports, so sind eine große Anzahl von Akteuren ineinander verwoben: Regierungen ölexportierender Staaten benötigen die Einkünfte aus dem Export, Industriestaaten können den Bedarf nicht selbst decken – Handlungen eines Akteurs ziehen weitreichende Konsequenzen für alle Beteiligten nach sich. Hier ist die Wechselwirkung offensichtlich, es handelt sich um „Interdependenz“:

„Interdependence, most simply defined, means mutual dependence. Interdependence in world politics refers to situations characterized by reciprocal effects among countries or among actors in different countries.“<sup>3</sup>

Oder:

„Where there are reciprocal (...) costly effects of transactions, there is interdependence. Where interactions do not have significant costly effects, there is simply interconnectedness.“<sup>4</sup>

Eine andere Definition ist zwar sehr ähnlich, unterscheidet sich aber in einem wichtigen Detail:

„Interdependenz bezeichnet ein Verhältnis zwischen Akteuren, bei dem Handlungen eines beliebigen Akteurs unerwünschte Auswirkungen für die jeweils anderen Akteure nach sich ziehen.“<sup>5</sup>

Die Annahme, dass die Auswirkungen a priori „unerwünscht“ sind, engt die Definition ein. Wie auch beim Begriff „Intervention“, der später erläutert wird, möchte ich in dieser Arbeit aber auch hier einem breiten Ansatz folgen, da eine solche Vorgehensweise mehr Fälle mit denselben Begriffen analysierbar und

---

<sup>3</sup> Keohane. Nye. 1977. S.8.

<sup>4</sup> Ebd. S.9.

<sup>5</sup> Zangl. Zürn. Frieden und Krieg. Suhrkamp. Frankfurt am Main. 2003. S.87.

vergleichbar macht. Da sich hier zwei Definitionen in diesem Punkt konträr gegenüberstehen, ist dies natürlich meine persönliche Entscheidung - eine Verifizierung, dass alle Interdependenzen letztendlich unerwünschte Wirkungen aufweisen, scheint jedoch schwer zu erreichen. Damit folge ich Nye, der meint:

„As an analytical word, interdependence refers to situations in which actors or events in different parts of a system affect each other. (...) Such a situation is neither good nor bad in itself, and there can be more or less of it.“<sup>6</sup>

Dabei ist aber zu beachten, dass Effekte, welche aufgrund von Interdependenz vom Handeln eines Akteurs an einer Stelle im System ausgelöst werden, nicht immer ungewollt sind. Auf zwischenstaatlicher Ebene ist es vielmehr „normal“, Strategien zu entwickeln und Handlungen zu setzen, die Effekte bei anderen im System haben. Kann die Wechselwirkung richtig eingeschätzt werden, so können damit Gewinne erzielt werden, ohne das System zum Kollabieren zu bringen oder nachteilige Reaktionen hervorrufen, die (womöglich unbeabsichtigt) Kosten verursachen, welche die Gewinne übersteigen. Zugleich kann ein Ereignis alle durch eine Interdependenz-Beziehung vernetzten Akteure betreffen und diese zwingen, gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten – speziell wenn eine Nichtbehandlung für alle einen Verlust bringen würde.

An dieser Stelle muss noch angemerkt werden, dass mit den Begriffen „Gewinn“ und „Verlust“ nicht unbedingt Werte im Sinne von Geld oder Waren gemeint sein müssen. Interdependenz im wirtschaftlichen Sektor ist natürlich ein großer Bereich, doch nicht der einzige. Kosten einer Transaktion können in der internationalen Politik auch Imageverlust, Einflussverlust etc. bedeuten, welche sich zwar später auch in tatsächlichen Zahlen niederschlagen können, aber nicht im Moment der Aktion. Eine solche Verwechslung würde nämlich durch Rückschluss dazu führen, dass Interdependenzen nur durch wirtschaftliche Verflechtung entstehen. Wie weiter oben schon angeführt, handelt es sich aber um eine größere Bandbreite von transnationalen Interaktionen, welche zu Interdependenz führen können.

---

<sup>6</sup> Nye. *Understanding International Conflicts*. Harper Collins. New York. 1993. S.161.

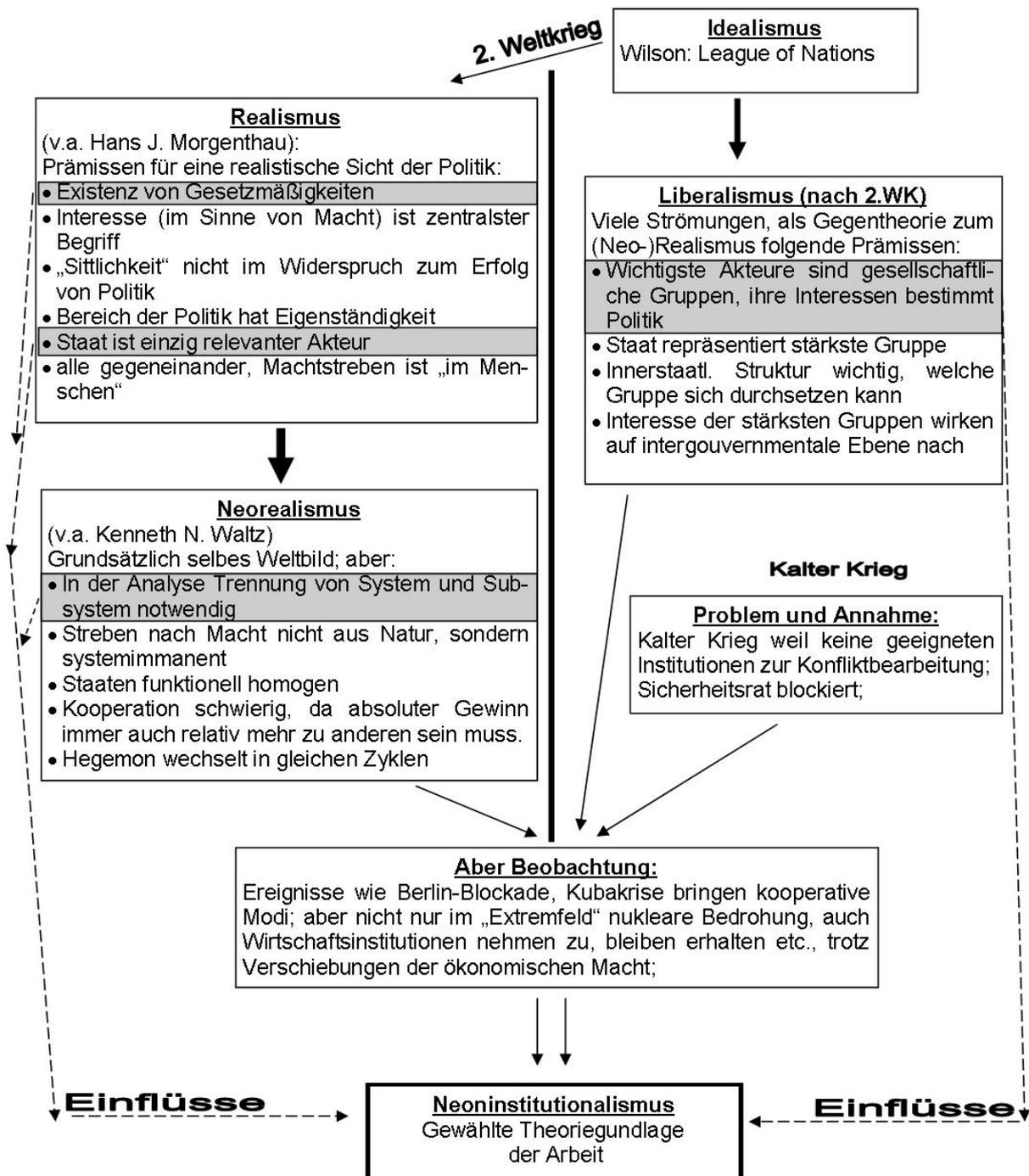
## 2.2. Erläuterung zum Theorieaufbau

Diese Arbeit beruht auf der Theorierichtung des Neoinstitutionalismus, im Besonderen auf den Ausführungen von Keohane und Nye. Da aber diese Richtung historisch in Verbindung mit anderen Denkschulen stand, soll vorab kurz erläutert werden, wie in dieser Arbeit an die tatsächlich gewählte Theorie herangeführt wird.

Die großen Theorieschulen Realismus bzw. Neorealismus und Liberalismus hatten und haben höchst unterschiedliche Zugänge zu den Phänomenen der internationalen Politik. Aus den beiden Richtungen stammen aber Elemente, die vom Neoinstitutionalismus weiterverwendet werden. Um zu verstehen auf welchen Überlegungen diese Elemente beruhen, wird zuerst der Realismus und seine Modifikation, der Neorealismus, vorgestellt. Danach folgt der Liberalismus und seine Weltmodelle. Mit dieser Vorgehensweise werden somit beide Theorierichtungen gesondert vorgestellt, ohne einen konkreten Bezug auf den Neoinstitutionalismus zu nehmen. Im Kapitel „Neoinstitutionalismus“ jedoch finden sich die Elemente aus den zuvor dargestellten Bereichen wieder. Da sie zuvor, in die jeweiligen Theorieschulen eingebettet, schon einen konkreten Sinn haben, können auch die Argumente des Neoinstitutionalismus besser verstanden werden und die Konzentration auf die Weiterentwicklung dieser Schule im Mittelpunkt stehen.

Folgende Grafik kann dabei als Lesehilfe dienen: Der Block links stellt die Schule des Realismus dar, während sich rechts der Idealismus und der Liberalismus befinden. Die Pfeile stehen für die gegenseitige Beeinflussung bzw. auch Modifikationen innerhalb einer Richtung. Außerhalb der Kästen sind noch exemplarisch historische Gegebenheiten angeführt die maßgeblich auf die Schulen Einfluss nahmen. Auf die Probleme der Erklärung politischer Phänomene reagierte der Neoinstitutionalismus, der sich am unteren Ende der Grafik befindet. Grau hinterlegte Felder mit den gestrichelten Pfeilen stellen dabei beispielhaft (weil in der Grafik nicht sämtliche Elemente angeführt sind) jene Überlegungen dar, die auch im Neoinstitutionalismus ihren Eingang fanden.

Abb. 1: Schematische Darstellung der Theorieschulen und ihrer Einflüsse



Grafik: Eigendarstellung ; Grundkonzept: vgl. Meyers. Theorien der internationalen Beziehungen. In: Woyke (Hg.). Handwörterbuch Internationale Politik. Verlag Barbara Budrich. Bonn. 2006. Abb.9. S.473.

Der folgende Teil befasst sich nun mit den genauen Entwicklungen in den beiden Theorieschulen. Dabei werden auch die genauen Elemente, welche den Neoinstitutionalismus prägten, identifiziert.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Die Quellen, die als Basis zur Erstellung der Grafik verwendet wurden, sind in den Textpassagen der jeweiligen Theorierichtungen angegeben.

## 2.3. Realismus und Neorealismus

Die im Folgenden dargebrachten Theorieansätze des Realismus und seiner Erweiterung, des Neorealismus, deren Komponenten später zur Argumentation des letztendlich gewählten Zugangs zum konkreten Fall dienen, haben zwar grundlegende Thesen gemein, doch der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle vorab erwähnt, dass die Auswahl „Klassischer Realismus“ und „Neorealismus“ nicht zwingend eine „alte“ und „neue“ Variante darstellt. Die realistische Theorie kann auch nach einer anderen Sicht in vier Strömungen geteilt werden, welche hier nur kurz erwähnt werden sollen. Timothy Dunne stellt mit der Frage „One Realism, or Many?“ diese mit ihren Hauptvertretern vor:

- Structural Realism (Thucydides, Morgenthau)
- Historical or Practical Realism (Machiavelli, Carr)
- Structural Realism II - International System (Rousseau, Waltz)
- Liberal Realism (Hobbes, Bull)<sup>8</sup>

Um begriffliche Unklarheiten zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, dass sich in dieser Arbeit die Kategorie „Realismus“ oder „Klassischer Realismus“ auf „Structural Realism I“ und „Neorealismus“ auf „Structural Realism II“ bezieht, wie es auch weitgehend in der verwendeten Literatur getan wurde.<sup>9</sup>

### 2.3.1. Realismus

Durch die Erfahrungen des 2. Weltkrieges orteten Realisten einen Grund für dessen Ausbruch in der Politik des Appeasement gegenüber Hitler. Sie propagierten demnach einen Bruch mit der Theorie des Idealismus:

---

<sup>8</sup> Vgl. Dunne. Realism. In: Baylis. Smith. The Globalization of World Politics. Oxford University Press. New York. 1997. S.112f.

<sup>9</sup> Z. B. in: Masala. Kenneth N. Waltz. Nomos. Baden-Baden. 2005.

„Es galt nun, die ‚Realität‘ der internationalen Politik wieder so zu erkennen, wie sie ist, nicht so, wie sie den Idealisten gemäß sein sollte.“<sup>10</sup>

Nach einem der führenden Vertreter des Realismus, Hans J. Morgenthau, existieren in der internationalen Politik objektive Gesetzmäßigkeiten, die nicht zu verändern sind. Als Basis dient die Annahme, dass es in der Natur des Menschen liegt nach Macht zu streben. Dies überträgt sich auf die Politik, wobei strikt zwischen innen und außen unterschieden wird: in der anarchischen Struktur der Staatenwelt kann sich der Machtkampf ungehindert entwickeln. Daraus folgt auch, dass in diesem Machtkampf ausschließlich Staaten die zentralen Akteure sind – akzeptiert man dies, so versteht man, den Realisten nach, internationale Politik.

Morgenthau selbst gibt für die Theorie des Realismus sechs Grundsätze an, welche für die Richtung entscheidend sind. Dabei geht er auch auf die Einschränkungen ein, die die Theoriebildung in Kauf nehmen muss:

1. Wie schon erwähnt, geht der politische Realismus davon aus, dass die Politik von objektiven Gesetzen beherrscht wird. Dazu muss der politische Realist Tatsachen feststellen und ihnen mit Vernunft einen Sinn verleihen. Letztendlich zielt dies darauf ab, eben jene Gesetze zu erkennen und mit ihnen Handlungen von Politikern zu erklären oder die Konsequenzen vorauszusehen.
2. Zentraler Begriff dabei ist der des Interesses, welches im Sinne von Macht verstanden wird. Damit unterscheidet sich der Bereich der Politik von anderen Bereichen. Politiker, so die realistische Annahme, werden nach diesem Interesse handeln, vorausgesetzt (und dies nimmt der politische Realismus an), dass diese stets rational handeln. Versteht man das Interesse richtig, so kann man die Politik der Staaten verstehen und eine Kontinuität beobachten, unabhängig von der Person des jeweils agierenden Politikers. Morgenthau räumt dabei ein, dass Personen auch nach moralischen Gesichtspunkten vorgehen, dies auch öffentlich

---

<sup>10</sup> Zangl. Zürn. 2003. S.34.

kundtun und eine eigene Vorstellung ihrer Ziele haben. Dazu kommen noch einfache Zufälle, die Außenpolitik beeinflussen. Der politische Realismus vernachlässigt diese Komponenten aber, da er die rationalen Elemente hervorhebt, um damit die Wirklichkeit verständlicher zu machen.

3. Der Realismus weist darauf hin, dass zwar der Begriff des Interesses von Ort und Zeit unabhängig ist, aber es auf konkrete Zusammenhänge in einer geschichtlichen Periode ankommt, welches Interesse das politische Handeln bestimmt. Auch der Begriff der Macht wird nicht mit einer für immer gültigen konkreten Bedeutung ausgestattet, sondern mit der allgemeinen Vorstellung, Macht ist die Herrschaft von Menschen über Menschen. Dies kann sehr vieles umfassen und ist, wie beim Interesse, von der jeweiligen Konstellation abhängig. Wie die konkrete Ausformung der Begriffe sich verändern kann, so stellt Morgenthau auch fest, dass sein zentraler Akteur, der Nationalstaat, ein Produkt der Geschichte ist und somit aus realistischer Sicht auch von anderen Gebilden ersetzt werden kann. Diese Veränderungen können aber nicht herbeigeführt werden, wenn sie den objektiven Gesetzen widersprechen.
4. Die „Sittlichkeit“ von Außenpolitik und die tatsächlich stattfindende Politik stellen für den Realisten an sich keinen Widerspruch in der Feststellung dar, dass beide existieren. Dabei darf aber ein sittliches Handeln (also abstrakte Grundsätze und Vorstellungen) nicht im Widerspruch mit dem politischen Erfolg der Handlungen stehen, was dazu führt, dass die Wahl der richtigen Option für den Realisten entscheidend ist, ob eine Politik „gut“ oder „schlecht“ ist. Der Staat darf im Sinne jener, die er vertritt also nicht erfolgreiches Handeln für sittliche Ziele opfern.
5. Staaten versuchen oft ihr Handeln in universelle sittliche Ziele zu hüllen. In der realistischen Theorie jedoch bewahrt der Begriff des Interesses von einer falschen Gleichsetzung und birgt laut Morgenthau auch ein moralisches Element: Die Interessen anderer Staaten können erkannt

werden und damit wird eine Politik ermöglicht, die sowohl diese Interessen anerkennt wie auch die des eigenen Staates verfolgt.

6. Morgenthau beschreibt im letzten Grundsatz die Feststellung, dass Politik, wie andere Bereiche auch, eine Eigengesetzlichkeit beanspruchen darf. Dabei weist er darauf hin, dass es natürlich noch andere gedankliche Annäherungen an ein Phänomen gibt. Für den Realisten ist aber die Frage von Bedeutung, welche Auswirkungen eine Handlung auf die Macht des Staates hat (anders z. B. ein Jurist, der die Politik mit den gültigen Rechtsvorschriften in Beziehung setzt). Ziel ist quasi eine Bereinigung der Theorie von anderen Einflüssen, die zwar akzeptiert werden, aber letztendlich die Erkenntnis verfälschen. Schließlich führt der Umstand, eine Theorie zu finden, die internationale Politik beschreibt wie sie ist, und nicht wie sie sein sollte, laut Morgenthau zu einem psychologischen Widerstand der Menschen, welche andere Wissenschaften nicht zu befürchten haben.<sup>11</sup>

Mit diesen Prämissen sind Staaten in der Situation, dass sie sich dieser Logik nicht entziehen können, da sie selbst sonst zu Opfern anderer Staaten werden würden und müssen im Sinne dieses Machtkampfes handeln (da jeder seine Interessen verfolgt). Dabei entsteht ein Primat der Außenpolitik gegenüber der Innenpolitik (oder auch einer der Sicherheitspolitik gegenüber etwa der Wirtschafts- oder Menschenrechtspolitik). Kriege sind somit prinzipiell unausweichlich, sie werden nur durch eine Balance der Kräfte zwischen Staaten (oder Allianzen) gebremst.<sup>12</sup>

Internationale Organisationen (IO) können aus der Sicht des Realismus diese anarchische Struktur nicht überwinden und können den Kampf aller gegen alle nicht in ein Regelwerk lenken. Die Institutionen sind vielmehr Instrumente mächtiger Staaten, derer sie sich im Streben nach Machterhalt bedienen. Dabei ist es für den Realismus von entscheidender Bedeutung, dass ein Hegemon

---

<sup>11</sup> Vgl. Morgenthau. Macht und Frieden. C. Bertelsmann Verlag. Gütersloh. 1963. S.49 – 60.

<sup>12</sup> Vgl. Zangl. Zürn. 2003. S.35f.

existiert, der das System stützt und durch seine Stellung entsprechende Gefolgschaft mobilisieren kann.<sup>13</sup>

Zusammenfassend liegen dem Realismus also folgende Annahmen zugrunde:

- „Staatszentrismus. Die Staaten sind die wichtigsten Akteure in der Weltpolitik.
- Anarchie. Es gibt keine den Staaten übergeordnete Autorität.
- Sicherheit. Staaten streben immer nach maximaler Sicherheit.
- Macht. Staaten streben nach Macht, um zu überleben oder zu dominieren.
- Das internationale System. Die Stellung eines Staates im internationalen System und nicht die innenpolitische Verfasstheit ist entscheidend oder zumindest vorrangig für staatliches Verhalten.
- Kapazitäten. Entscheidend für die Stellung der Staaten im internationalen System sind ihre (insbesondere militärischen) Kapazitäten.
- Rationalität. Staaten handeln rational.“<sup>14</sup>

Bei Dunne schließlich, um nur kurz auf eine andere Teilung zurückzukommen, werden in den verschiedenen Spielarten des Realismus drei Kernelemente identifiziert: Statism, Survival und Self-Help.<sup>15</sup>

### **2.3.2. Neorealismus**

Der bedeutende Vertreter dieser Richtung Kenneth N. Waltz kam zu der Ansicht, dass eine klare Trennung zwischen einer systemischen und einer subsystemischen Analyseebene notwendig ist. Die Forschung zur internationalen Politik solle sich nur als systemische Theorie äußern (d. h. nicht genaue innerstaatliche Strukturen mit einbeziehen), da auch Staaten mit

---

<sup>13</sup> Vgl. Rittberger, Zangl. Internationale Organisationen – Politik und Geschichte. Leske + Budrich. Opladen. 2003. S.36.

<sup>14</sup> Gärtner. Internationale Sicherheit. Nomos. Baden-Baden. 2005. S.115.

<sup>15</sup> Vgl. Dunne. 1997a. S.114-118.

ähnlicher Struktur sich in der Anarchie der Staatenwelt ganz unterschiedlich verhalten würden und umgekehrt.

Der Neorealismus von Waltz übernimmt grundlegende Prämissen des Realismus, kommt aber auch zu anderen Schlüssen:

Gleich bleibt die Konzentration auf die Staaten als einzige relevante Akteure im internationalen System. Vereinigungen, Organisationen, gesellschaftliche Gruppierungen usw. sind für den Neorealismus letztendlich auch nur Instrumente in den Händen mächtiger Staaten.

Weiters ist auch das anarchische Bild der Staatenwelt eine zentrale Prämisse. Doch in diesem Punkt wurde der Realismus weiterentwickelt bzw. eine Annahme dezidiert zurückgewiesen: Widersetzt sich nämlich ein Staat dem Streben nach Macht führt dies zur Bedrohung durch jene Staaten, die dies nicht tun. Somit ist nicht wie bei Morgenthau die „Natur des Menschen“ Grund für dieses Streben, sondern die Struktur der internationalen Politik an sich. Daraus leitet sich wiederum ab, dass Staaten funktionell homogen sind. Sie müssen (bzw. müssten) alle Aufgaben alleine erfüllen, da sie sich nicht auf andere verlassen können und durch eine solche Abhängigkeit verwundbar würden.

Da mit diesen Annahmen jeder gegen jeden agiert, hängt das Handeln in der internationalen Politik von der Machtverteilung ab. Dabei kommt es nicht darauf an, ob ein Staat absolut betrachtet über große Macht verfügt, sondern viel mehr, ob er relative Macht im Vergleich zu seinem Gegenüber hat (bzw. erlangen kann).<sup>16</sup>

Ausgehend von den angeführten Prämissen leiten Neorealisten die im Folgenden dargestellten Hypothesen ab:

Erstens tendieren Staaten dazu ein Machtgleichgewicht herzustellen. Können einzelne Staaten dies nicht selbst erreichen, so schmieden sie Allianzen, um gegenüber einem mächtigen Gegner eine bessere Position zu erreichen („Allianztheorie“). Natürlich wird das auch das Gegenüber versuchen, doch da alle auf einen Machterhalt aus sind, werden sich schwächere Staaten jener Allianz anschließen, in der sie eine bessere Position einnehmen. Durch diesen

---

<sup>16</sup> Vgl. Zangl. Zürn. 2003. S.41-44.

Prozess tendiert das internationale System automatisch zum Machtgleichgewicht.

Demnach sind, so eine zweite Hypothese, Kriege nie ausgeschlossen, sondern die Kriegsgefahr wird durch die oben beschriebene Tendenz zum Machtausgleich nur verringert (neorealistische „Friedenstheorie“). Stehen sich wenige Blöcke gegenüber (z. B. bipolar im Kalten Krieg), verringert dies die Kriegsgefahr durch eine falsche Einschätzung des Gegners.<sup>17</sup>

Eine dritte Annahme bezieht sich auf die Funktion von IO. Wie zu erwarten, werden diesen, wie auch im Realismus, wenig Handlungsmöglichkeiten und Bedeutung zuerkannt. Kooperieren Staaten miteinander, müssen sie stets darauf bedacht sein, dass der Partner nicht relativ mehr Gewinn aus der Kooperation zieht, denn er könnte in Zukunft ein potentieller Gegner sein. Solchen Kooperationen wird von Neorealisten keine lange Dauer prognostiziert, denn Zusammenarbeit müsste für jeden zwar absolute Gewinne beschermen, diese dürfen aber nicht für den einen oder anderen relative Gewinne bedeuten, was faktisch sehr schwer zu erreichen ist. Aber auch hier gibt es eine Ausnahme und zwar den Fall, dass ein Staat über so überwältigende Ressourcen in einem Gebiet verfügt, dass er es sich leisten kann, für seine absoluten Gewinne relative Gewinne der anderen Mitglieder der Organisation zuzulassen. Eine Hegemonialmacht kann also für das Entstehen von IO sorgen, wenn sie bereit ist, diese durch mehr Ressourcen zu stützen als andere und diese mit Zwang oder Anreiz in eine solche Organisation einzubinden. Natürlich zerfällt die Organisation schließlich auch wieder, falls der Hegemon seine Ressourcen zurückzieht oder er diese verliert.<sup>18</sup>

Eine vierte Hypothese zeigt einen gewissen Widerspruch in den Annahmen des Neorealismus. Durch die oben angeführte „Allianztheorie“ müsste sich eigentlich ein stetes Gewicht halten und sich Strukturen verfestigen. Doch in einer anderen Deutung (die wie der Realismus eine gewisse natürliche Gesetzmäßigkeit suggeriert) wechseln hegemoniale Mächte sich in Zyklen ab („Zyklentheorie“). Wie bereits erwähnt kann es sich ein Hegemon leisten, in einer internationalen Kooperation relative Gewinne für andere zuzulassen.

---

<sup>17</sup> Vgl. Zangl. Zürn. 2003. S.45-47.

<sup>18</sup> Vgl. Rittberger. Zangl. 2003. S.37.

Diesen Mächten gelang es also, eine Stellung zu übernehmen, die die Weltordnung dominierte. Da ihre Gewinne aber nicht so stark wuchsen wie es die Kosten für dieses System taten, gelang es schließlich anderen, den Hegemon von seiner Stellung zu verdrängen. Die Zyklen­theorie behauptet, dass dies mit Entstehung der modernen Staaten alle hundert Jahre vorkam und der daraus resultierende Krieg schließlich eine neue Macht (oder neue Mächte) hervorbrachte.<sup>19</sup>

„Dieses Modell wird einerseits zur Erklärung des Niedergangs der portugiesischen Hegemonie des 16. Jahrhunderts, der niederländischen des 17. sowie der britischen des 18. und 19. Jahrhunderts heran gezogen. Andererseits wird mit ihm vorausgesagt, dass auch die amerikanische Hegemonie des 20. und 21. Jahrhunderts wie ihre Vorläufer zu Ende gehen wird. Und: Der jeweilige Hegemonieverfall erklärt, warum die jeweils geltende, im 19. und 20. Jahrhundert teilweise auch auf internationale Organisationen gestützte Weltordnung gegen Ende eines jeden Hegemonialzyklus zerfallen ist.“<sup>20</sup>

## **2.4. Liberalismus**

Eine weitere Theorieschule der internationalen Beziehungen, der Liberalismus mit seinen vielen Variationen, beinhaltet wie der Realismus Elemente, welche sich im Neoinstitutionalismus wieder finden. Daher soll diese hier auch kurz umrissen werden.

Zuvor sei aber auch wieder darauf verwiesen, dass die Klassifizierung der einzelnen Theorierichtungen nicht einer strikten Logik folgt. So lautet eine englische Bezeichnung für Neoinstitutionalismus „Neo-Liberal Institutionalism“, was ihn klar in eine Traditionslinie des Liberalismus stellt. Trotzdem gelten für ihn auch wesentliche Elemente des Neorealismus.

---

<sup>19</sup> Vgl. Zangl. Zürn. 2003. S.48.

<sup>20</sup> Rittberger. Zangl. 2003. S.38.

Da sich die nachstehenden Ausführungen vor allem auf die Strömungen nach dem 2. Weltkrieg beziehen, muss hier noch erwähnt werden, dass der klassische Liberalismus seine Wurzeln bei Kant hat.<sup>21</sup> Grob lässt sich sagen (auch andere Vertreter der Richtung folgten diesem Ansatz), dass Verträge, Schiedsgerichte usw. zwischen den Staaten bzw. den Gesellschaften einen dauerhaften Frieden sichern können, ohne dabei eine Art Weltregierung zu etablieren. Weiters kann man den Idealismus in diesen Bereich einordnen. Hier steht die Annahme im Vordergrund, dass eine konstruierte Instanz den Frieden durchsetzen müsse (bekanntes Beispiel: der Vorstoß Wilsons mit der League of Nations). Die Kritik und Krise dieser Richtung war dann schließlich auch Grundlage für das Aufkommen des Realismus als dominante Theorie.<sup>22</sup>

Vorherrschend nach dem 2. Weltkrieg war also der Realismus bzw. der Neorealismus. Motor für die neue Beschäftigung mit Phänomenen der internationalen Kooperation und internationalen Institutionen war im Speziellen die Erfahrung des Aufstiegs der Europäischen Gemeinschaft. Dazu kam noch die Verbreitung, Vertiefung und insbesondere die „Langlebigkeit“ verschiedener anderer internationaler Institutionen, deren Prognose aus neorealistischer Sicht eher pessimistisch war. Staaten wurden auch nicht mehr als „black boxes“ hingegenommen, sondern innerstaatliche Politik wieder als Variable in der Forschung über internationale Politik eingeführt.<sup>23</sup>

Beiden Richtungen gemein war die Trennung in zwischenstaatliche und innerstaatliche Ebene. Liberalisten argumentierten aber gegen die Prämisse der Neorealisten, dass die Konzentration auf das System und die Vernachlässigung subsystemischer Einheiten auf die Dauer nicht ausreichend sei. Das internationale System alleine reicht nicht aus, um die Handlungsmuster von Staaten zu erklären. Unterschiede in den jeweiligen Staaten machen Unterschiede in den Handlungsoptionen im internationalen System. Die Analyseebene verschiebt sich also bei den Liberalisten zu gesellschaftspolitischen Beobachtungen. Grob kann man auch marxistische

---

<sup>21</sup> Eine englische Bezeichnung hierfür: *Liberal Internationalism*.

<sup>22</sup> Vgl. Dunne. Liberalism. In: Baylis. Smith. The Globalization of World Politics. Oxford University Press. New York. 1997b. S.149-152.

<sup>23</sup> Vgl. Panke. Risse. Liberalism. In: Dunne. Kurki. Smith. International Relations Theories. Oxford University Press. New York. 2007. S.90f.

Theorien mit den liberalistischen Annahmen verbinden, die aber in einigen Punkten abweichen.<sup>24</sup>

Für den Liberalismus gelten somit folgende Prämissen:

1. Die wichtigsten Akteure im internationalen System sind gesellschaftliche Gruppen, die versuchen, ihre Interessen durchzusetzen. Versteht man das Handeln und die Ziele dieser Gruppen, so lassen sich Rückschlüsse auf Handlungsmuster in der internationalen Politik ziehen.
2. Der Staat ist nicht mehr eigenständiger Akteur, der „seine“ Interessen verfolgt, sondern nur Repräsentant von gesellschaftlichen Gruppen, die es verstehen, ihn zur Durchsetzung ihrer Interessen zu nutzen. Forschungsobjekt hierbei wäre, welche Gruppen besonders durchsetzungsfähig sind und in welche Richtung sie den Staat drängen.
3. Die Art und Weise, wie nun die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ihre gegensätzlichen Interessen durchzusetzen versuchen, also die Art der Konfliktaustragung, hängt von den inneren institutionellen Strukturen ab. Die Ausformung der inneren Struktur mit demokratischen und nicht-demokratischen Varianten ist für den Liberalismus nun besonders interessant, da sich dadurch auch Rückschlüsse ziehen lassen, welche Gruppen Chancen haben, ihre Interessen durchzusetzen.
4. Erfolgreiche Gruppen können also das Handeln des Staates beeinflussen. Daraus ergeben sich auf der intergouvernementalen Ebene spezifische Interessenskonstellationen, die auch die Form der Konfliktbearbeitung beeinflussen.<sup>25</sup>

Im Gegensatz zum Realismus wird im Liberalismus der Unterschied zwischen verschiedenen Staaten (also zwischen den Subsystemen) betrachtet, um Rückschlüsse auf das Handeln in der internationalen Politik zu haben. Von den oben genannten Prämissen ergeben sich für die diversen Richtungen des

---

<sup>24</sup> Zangl und Zürn verweisen auf die Ähnlichkeiten, die hier nicht mehr explizit hervor gestrichen werden sollen, der Vollständigkeit halber aber an dieser Stelle erwähnt sind: Zangl. Zürn. 2003. S.56.

<sup>25</sup> Vgl. ebd. S.59-62.

Liberalismus unterschiedliche Hypothesen, die hier kurz vorgestellt werden sollen:

1. Der republikanische Liberalismus konzentriert sich auf die Organisationsmerkmale der einzelnen Staaten. Hier findet sich die bekannte Hypothese, dass Kriege zwischen demokratischen (bzw. republikanischen) Staaten nahezu unmöglich sind. Dies wird aus der Prämisse hergeleitet, dass letztendlich nur eine Gruppe im Staat von einem Konflikt Nutzen ziehen würde, der bewaffnete Konflikt aber von der ganzen Gesellschaft getragen werden müsse.
2. Der soziologische Liberalismus betont die Rolle transnationaler Beziehungen. Sind die Interdependenzen und Transaktionen zwischen Gesellschaften sehr dicht, gibt es kein Interesse diese durch eine gewaltsame Auseinandersetzung zu stören und somit auch der Anreiz, Konflikte anderweitig zu bearbeiten.
3. Der integrationstheoretische Liberalismus beschäftigt sich mit der Rolle internationaler Institutionen. Dabei wird angenommen, dass sich dichte Transaktionen und der Wunsch nach Bildung internationaler Institutionen (vor allem IO) gegenseitig bedingen, da die betroffenen Gruppen im Staat die Transaktionen stabilisieren und Probleme institutionalisiert bearbeiten wollen. Das heißt, erfolgreiche Gruppen werden die Regierungen drängen, solchen Institutionen beizutreten oder sie zu gründen. Die funktionalistische Integrationstheorie nimmt an, dass eine IO für ein Problemfeld eine Dynamik entwickeln kann, die bald den Ruf der Gruppen in den Gesellschaften laut werden lässt, auch andere Probleme durch diese Organisation behandeln zu lassen (der so genannte „*Spill-over-Effekt*“). Dagegen gehen Vertreter der intergouvernementalen Integrationstheorie eher davon aus, dass letztendlich die jeweiligen Regierungen für die Integrationsdynamik verantwortlich sind, da sie die innerstaatlichen Interessen gegenüber anderen Staaten vertreten. Wenn zwischen ihnen eine ausreichende Interessensgleichheit besteht, können erfolgreiche IO entstehen.
4. Der zivilisatorische Liberalismus schließlich geht noch einen Schritt weiter und untersucht die Voraussetzungen für innerstaatlichen Frieden,

der nicht per se durch hierarchische Strukturen gegeben ist. Dabei muss der Staat die (in den Prämissen erwähnten) unterschiedlichen Interessen in der Gesellschaft in Einklang bringen, also eine geordnete Konfliktbearbeitung ermöglichen.<sup>26</sup>

Zusammenfassend können die Grundpositionen also folgendermaßen wiedergegeben werden:

„Staaten sind nicht die einzigen bedeutenden Akteure der internationalen Beziehungen. Manche internationalen Transaktionen und deren Resultate können nur im Hinblick auf die Motive und Verhaltensweisen internationaler gouvernementaler bzw. nichtgouvernementaler Organisationen oder Bürokratien, längerfristig bestehender oder ad hoc gebildeter transnationaler Koalitionen von Entscheidungsträgern und Beamten, multinationalen Konzernen, transnationalen gesellschaftlichen Gruppierungen oder anderen in der staatszentristischen Sicht für bedeutungslos gehaltenen Akteuren erklärt werden. Internationale Beziehungen sind das Ergebnis von grenzüberschreitenden Aktionen internationaler Akteure, die das Ziel der Wahrung und Verbesserung ihres eigenen, in den Kategorien Pro-Kopf-Einkommen, Beschäftigungsniveau und Lebensqualität definierten Wohlstandes verfolgen. (...) Die internationalen Beziehungen sind ein Nicht-Nullsummenspiel; Gewinne der Akteure resultieren aus einer kontinuierlich durch technischen Fortschritt und Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung vermehrten Gesamtmenge gesellschaftlicher Ressourcen. Austragungsmodus des Spiels ist die Kooperation. Alle wesentlichen Spielergebnisse nehmen die Form der Verteilung von Belohnungen unter den kooperierenden Akteuren an.“<sup>27</sup>

---

<sup>26</sup> Vgl. Zangl. Zürn. 2003. S.64-68.

<sup>27</sup> Meyers. Theorien der internationalen Beziehungen. In: Woyke (Hg.). Handwörterbuch Internationale Politik. Verlag Barbara Budrich. Bonn. 2006. S.472.

## **2.5. Neoinstitutionalismus**

Die Theorieschule des Neoinstitutionalismus ist jene, welche für diese Arbeit gewählt wurde. Anders gesprochen: Das Fallbeispiel wird durch die in dieser Theorie liegenden Prämissen interpretiert. Der Neoinstitutionalismus besitzt Elemente aus den beiden zuvor vorgestellten Theorierichtungen, stellt jedoch eine eigene Richtung dar und steht quasi zwischen den beiden.<sup>28</sup> Wie jede größere Theorie beinhaltet auch diese verschiedenste Spielarten. In dieser Arbeit wird im Speziellen der transnationale Ansatz von Keohane und Nye als Basis und die Weiterentwicklungen in Bezug auf Interdependenzen (welche ein Teilaspekt davon sind) verwendet, jedoch komplementär dazu auch Ausführungen aus anderen Werken (vor allem zu den Begriffen), sodass sich eine Subsummierung der verwendeten Theorie unter dem breiten Titel rechtfertigen lässt.

### **2.5.1. Entstehungsbedingungen**

Obwohl das Meiste aus dem Überblick über den Liberalismus schon bekannt ist, wird hier noch einmal kurz auf die Rahmenbedingungen eingegangen, welche den Neoinstitutionalismus zu einer verbreiteten Theorierichtung werden ließ, bevor die Details betrachtet werden, welche schließlich zur Behandlung des konkreten Falles dienen werden.

Für InstitutionalistInnen bestand das Kernproblem der Auseinandersetzung der beiden Supermächte und ihrer Blöcke darin, dass keine geeigneten internationalen Institutionen existierten, die die vielfältigen Konflikte in geordneten Bahnen bearbeiten hätten können. Die Bildung neuer Institutionen schließlich wurde durch die starke ideologisch überhöhte Position der beiden Akteure extrem schwierig. Dies hätte auch der neorealistische Ansatz von Waltz mit dem Zwang der Macht im internationalen System erklären können. Wie kam es nun aber zum Umschwung?

---

<sup>28</sup> In der Literatur auch gern grafisch so dargestellt, siehe dazu auch die Grafik in Kapitel 2.2.

Trotz der erheblichen Probleme konnten sich mit der Zeit Modi der kooperativen Konfliktbearbeitung herausbilden, die problemfeldspezifisch internationale Regime (IR) bildeten.<sup>29</sup> Ereignisse wie die Berlin- oder Kuba-Krise spielten dabei eine wichtige Rolle, da sie die Einsicht brachten, dass eine unkontrollierte Konfliktbearbeitung für beide Seiten erhebliche Nachteile bringen würde, auch wenn man sehr konträre Positionen einnahm, eine nukleare Auseinandersetzung war für beide Seiten kein wünschenswertes Szenario. Auf dieser Basis entstanden mit der Zeit langfristige Formen der Kooperation (v.a. Abrüstungsabkommen im nuklearen und konventionellen Bereich), die auch dann von Dauer waren, wenn sich in anderen Problemfeldern der Gegensatz verschärfte. Und letztendlich bestanden diese auch nach Ende des Ost-West-Konfliktes fort, wobei dies zur Etablierung und Vertiefung neuer Institutionen beitrug.<sup>30</sup>

Doch nicht nur im problemspezifischen „Extremfeld“ der nuklearen Bedrohung konnten sich dauerhafte Kooperationen etablieren. Ein weiterer Umstand, der zur Entstehung der neoinstitutionalistischen Theorierichtung beitrug, war die Beobachtung, dass in den Siebzigern sich im ökonomischen Sektor sehr stabile Kooperationen entwickelt hatten, obwohl es bedeutende Veränderungen in der Verteilung ökonomischer Macht gegeben hatte. Da in diesem Sektor auch bedeutende internationale Institutionen wie das Bretton-Woods-System existierten, kamen Forscher wie Robert O. Keohane zu dem Schluss, dass diese Phänomene miteinander in Verbindung standen. Also musste auch die Schlussfolgerung von Neorealisten, dass Staaten die einzigen relevanten Akteure seien, falsch sein. Nichtregierungs-Akteure hatten ihrer Ansicht nach auch einen Einfluss auf längerfristige Verhaltensmuster in den internationalen Beziehungen.<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> Zur Einteilung internationaler Institutionen siehe Kapitel 2.6.1.

<sup>30</sup> Vgl. Zangl. Zürn. 2003. S.82-85.

<sup>31</sup> Vgl. Martin. Neoliberalism. In: Dunne. Kurki. Smith. International Relations Theories. Oxford University Press. New York. 2007. S.111.

### **2.5.2. Der transnationale Ansatz bei Keohane und Nye**

Die wohl bekanntesten Vertreter der Theorierichtung Joseph S. Nye jr. und Robert O. Keohane griffen die Frage auf, ob eine rein staatszentristische Sicht Handlungen in der internationalen Politik ausreichend beschreiben kann. Gleichzeitig stellten sie fest, dass dieser Ansatz der vorherrschende Typ in den Forschungen zur internationalen Politik jener Zeit war:

„The state, regarded as an actor with purposes and power, is the basic unit of action; its main agents are the diplomat and the soldier. The interplay of governmental policies yields the pattern of behavior that students of international politics attempt to understand and that practitioners attempt to adjust to or control. Since force, violence, and threats thereof are at the core of this interplay, the struggle for power, whether as end or necessary means, is the distinguishing mark of politics among nations.“<sup>32</sup>

Beide waren aber davon überzeugt, dass dies die Sicht auf andere Akteure, deren Handlungen außerhalb direkter staatlicher Kontrolle über Grenzen hinweg die Weltpolitik beeinflussen, verstelle. Eine Analyse verschiedener transnationaler Beziehungen soll also Aufschluss darüber geben, welche Akteure (und in welcher Weise) tatsächlich das Geschehen auf der internationalen Bühne beeinflussen.

### **2.5.3. Zwischenstaatliche und transnationale Interaktionen**

Um die Vorgänge kategorisieren zu können, unterscheiden Nye und Keohane zwischen zwischenstaatlichen und transnationalen Interaktionen.<sup>33</sup> Als Interaktionen lassen sich grob folgende vier Vorgänge hervorheben:

---

<sup>32</sup> Nye, Keohane. Transnational Relations and World Politics: An Introduction. In: Keohane, Nye (Hg.). Transnational Relations and World Politics. Harvard University Press. Cambridge. 1973. S. ix.

<sup>33</sup> Im oben angegebenen Werk

1. Kommunikation; Informationsfluss (auch Ideen, Doktrinen, etc.)
2. Transport, also die Bewegung von Gütern
3. Finanztransaktionen
4. Reisen; die Bewegung von Personen

Ist solch eine Interaktion nur von staatlicher Seite organisiert, so fällt dies in die Kategorie der zwischenstaatlichen Interaktion. Ist aber zumindest eine der Seiten, welche signifikant an einer Interaktion beteiligt sind, ein nicht-staatlicher Akteur, so spricht man von transnationaler Interaktion.

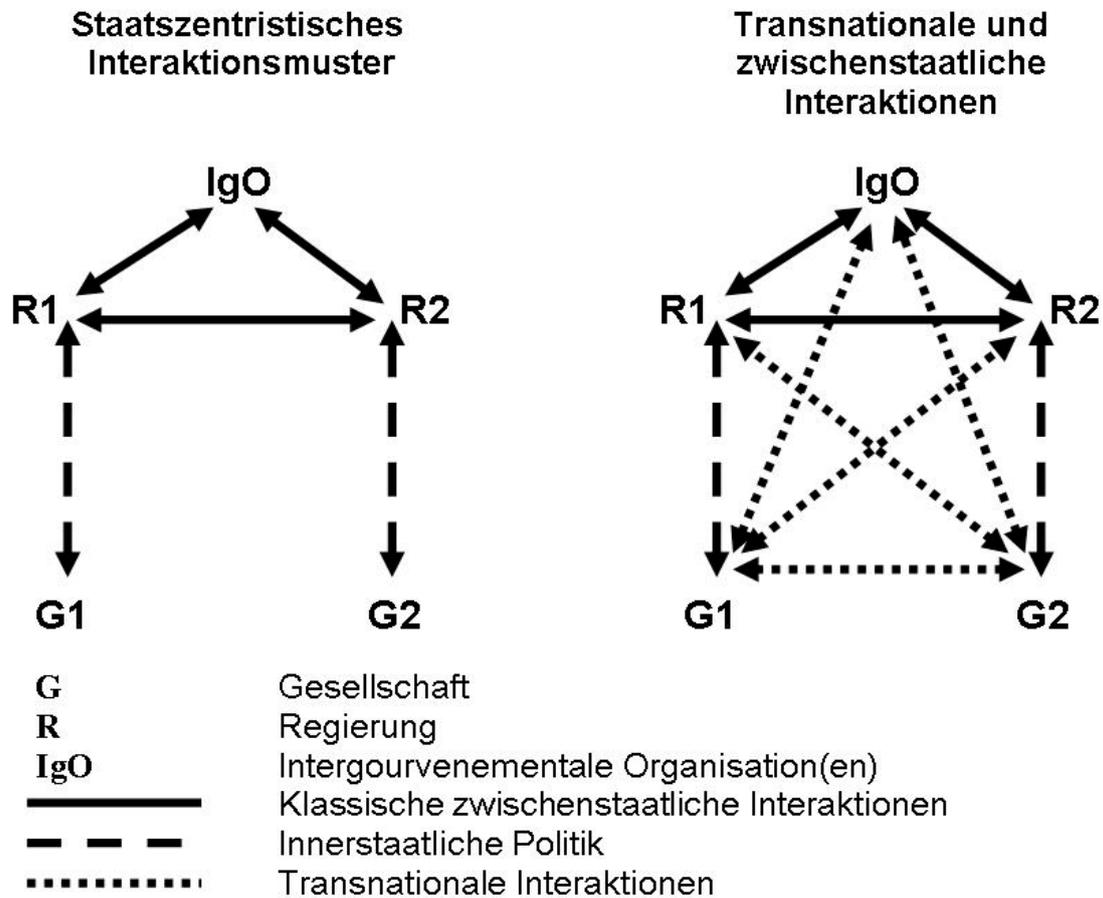
Transnationale Organisationen (TNO) müssen nicht unbedingt auch physisch (also mit Personal, Büros, etc.) außerhalb der Landesgrenzen agieren, um transnationale Interaktionen durchzuführen (z. B. können heimische Gewerkschaften einen Einfluss auf das Geschehen nehmen). Intergouvernementale Organisationen tendieren im Gegensatz dazu eher, sich zu „verteilen“.<sup>34</sup>

Die Grafik auf der folgenden Seite soll veranschaulichen, welche Richtungen die Interaktionen aus einer staatszentristischen Sicht und welche sie aus einer Sicht haben, die auch transnationale Vorgänge berücksichtigt:

---

<sup>34</sup> Vgl. Keohane. Nye. 1973. S.xii-xvi.

Abb. 2: Staatszentristische und transnationale Interaktionsmuster



Nach: Keohane. Nye. 1973. S.xiiif.

Das staatszentristische Interaktionsmuster verneint nicht die Existenz von transnationalen Beziehungen, doch werden sie zur Vereinfachung der Analyse außer Acht gelassen. Die Einbindung transnationaler Beziehungen in die Untersuchung von internationaler Politik macht das Verstehen komplizierter und es besteht das Problem, dass Definitionen und das Feld ins schier Unendliche gleiten – dessen sind sich Keohane und Nye sehr wohl bewusst. Doch transnationale Interaktionen und Organisationen nehmen nicht nur in der Quantität, sondern auch in der Qualität seit dem 2. Weltkrieg ständig zu, sodass eine Analyse und ein Vorhersehen, wie sich ein Staat verhalten wird, ohne der Betrachtung der wichtigen transnationalen Akteure nicht mehr möglich ist.<sup>35</sup>

<sup>35</sup> Vgl. Keohane. Nye. 1973. S.xxiii-xxv.

Hier anschließend stellt sich die wichtige Frage, wie transnationale Interaktionen intergouvernementale Organisationen beeinflussen – das „ob“ ist mit den vorangegangenen Argumenten schon hinfällig. Staaten können einzelne Problemfelder nicht mehr zufrieden stellend alleine bearbeiten und IO geben dazu die Möglichkeit: transnationale Beziehungen fördern nicht nur das Entstehen von IO, sondern sie können auch bestehende für ihr Anliegen Nutzen.<sup>36</sup>

#### **2.5.4. Effekte von transnationalen Interaktionen**

Keohane und Nye identifizieren in ihrem Werk fünf Effektkategorien von transnationalen Interaktionen in den internationalen Beziehungen:<sup>37</sup>

1. Veränderung von Einstellungen
2. Internationaler Pluralismus
3. Zwänge auf Staaten durch Abhängigkeiten und Interdependenzen
4. Zunahme von Einflussmöglichkeiten von Regierungen
5. Bildung von autonomen Akteuren mit „privater Außenpolitik“

##### Veränderung von Einstellungen

Die Einstellungen von Personen oder Gruppen in der Gesellschaft können sich zuallererst natürlich im persönlichen Kontakt oder durch Kommunikation mit anderen Personen oder Akteuren ändern. Auf einer anderen Ebene kreieren transnationale Organisationen Symbole, „Legenden“ oder Normen, welche Auswirkungen in anderen Ländern haben.

##### Internationaler Pluralismus

Damit meinen die Autoren die Vernetzung von nationalen Interessensgruppen in internationalen Netzwerken (IN), oft auch verbunden mit der Bildung einer TNO. Diese Vernetzung birgt auch eine Möglichkeit für Gruppen, die Politik des eigenen Landes besser beeinflussen zu können.

---

<sup>36</sup> Vgl. Keohane. Nye. 1973. S.xxviiiif.

<sup>37</sup> Doch mit dem Hinweis, dass diese Auflistung nicht unbedingt vollständig ist: Vgl. ebd. S.x-xii.

### Zwänge auf Staaten durch Abhängigkeiten und Interdependenzen

Transnationale Interaktionen können Verflechtungen entstehen lassen, die Staaten im extremen Fall in eine einseitige Abhängigkeit bringen können oder eine Wechselwirkung und eine gegenseitige Abhängigkeit entstehen lassen.

### Zunahme von Einflussmöglichkeiten von Regierungen

Im Gegensatz zu den entstehenden Interdependenzen ergeben sich für Regierungen durch transnationale Interaktionen auch neue Möglichkeiten ihre außenpolitischen Interessen durchzusetzen. Als Beispiel:

„..., in the mid-1960s the United States sought to retard the development of France's nuclear capability not by sending an ultimatum or launching a war but by forbidding IBM-France to sell certain types of computers to the French government.“<sup>38</sup>

### Bildung von autonomen Akteuren mit „privater Außenpolitik“

Dieser Punkt betrifft speziell die Präsenz von IO in der internationalen Politik. Diese Organisationen können sowohl als autonome oder quasi-autonome Akteure konkret auf die Politik einzelner Staaten Einfluss nehmen. Eine solche Organisation kann sowohl eine Regierung als Partner haben, ohne eine konkrete Regierung als Unterstützer auf eine andere oder mehrere Einfluss nehmen oder auch Regierungen in ein konkretes Problemfeld hineinziehen. Prominentes Beispiel wären große Rohstoffkonzerne, die oft mit der Unterstützung ihres „Heimatlandes“ die Politik anderer Staaten beeinflussen. Weiters können Menschenrechtsorganisationen versuchen, ein Land in ihren Disput mit einer anderen Regierung hineinzuziehen oder Umweltschutzgruppen ohne „Rückendeckung“ einer Regierung versuchen, durch Aktionen und Information Gesellschaften zur Beeinflussung der jeweiligen Regierung zur Herstellung globaler Normen zu bewegen. All dies ist schwer zu kategorisieren und so drücken es auch Keohane und Nye aus:

---

<sup>38</sup> Keohane, Nye. 1973. S.xxi.

„The interrelationships are complex and often reciprocal, but they can hardly be ignored.“<sup>39</sup>

### **2.5.5. Transnationale Beziehungen und der „Kontrollverlust“ von Regierungen**

Wenngleich die Bedeutung von transnationalen Interaktionen zunimmt und sie wie oben beschrieben in verschiedenster Weise auf die internationale Politik Einfluss nehmen können, so sind Staaten in der neoinstitutionalistischen Sicht noch immer die wichtigsten Akteure in der internationalen Politik. Die auch jetzt immer wieder transportierte Frage über den „Kontrollverlust“ von Regierungen sehen Keohane und Nye als falschen Ansatz, den Umgang von Staaten mit transnationalen Interaktionen zu betrachten. Vielmehr argumentieren sie, dass Staaten immer mehr bemüht sind, diese Interaktionen oder Organisationen kontrollieren zu können, auch wenn dies immer schwieriger wird. Dabei stellen sie fest, dass manche Felder zuvor weder von Regierungen stark kontrolliert wurden noch eine Notwendigkeit dafür gesehen wurde: Etwas was zuvor nicht da war, kann also nicht verloren werden. So können also auch weniger mächtige Staaten plötzlich einen Vorteil haben, wenn es ihnen gelingt, in transnationalen Netzwerken Einfluss zu gewinnen, welche zuvor von anderen Staaten ignoriert wurden.<sup>40</sup>

### **2.5.6. Zusammenfassung**

Hier noch einmal die wichtigsten Punkte des transnationalen Ansatzes:

- Transnationale Interaktionen sind solche, bei denen zumindest eine der beiden Seiten, welche signifikant an der Handlung beteiligt sind, ein nicht-staatlicher Akteur ist.

---

<sup>39</sup> Keohane. Nye. 1973. S.xxii.

<sup>40</sup> Vgl. ebd. S.xxiiif.

- Transnationale Interaktionen beeinflussen die internationale Politik so signifikant, dass sie in der Analyse nicht ausgeklammert werden können.
- Staaten sind zwar die mächtigsten Akteure, doch die Effekte, welche transnationale Interaktionen in verschiedenster Weise erzielen, können Handlungsmöglichkeiten nationaler Regierungen sowohl hemmen wie auch neue eröffnen.
- IO können Staaten helfen, transnationale Interaktionen, welche sie nicht alleine kontrollieren können, gemeinschaftlich zu bearbeiten.
- Nationalstaaten versuchen über transnationale Felder, deren Bedeutung im internationalen System zunimmt, Kontrolle zu erlangen.

## **2.6. Zentrale Begriffe: Institutionen, Interesse und Intervention**

Um eine sinnvolle Kategorisierung in der Analyse zu gewährleisten, gilt es nunmehr, die wichtigsten Begriffe mit ihren Definitionen und Bedeutungen darzustellen. Die Listung folgt hier nicht der Priorität, welche sie im theoretischen Bau haben, sondern einer Logik des Verständnisses:

1. Wie der Name schon sagt, spielen im Neoinstitutionalismus internationale Institutionen eine bedeutende Rolle. Da es für eine Nachvollziehbarkeit der Kausalitäten von Bedeutung ist, in welcher Institution Entscheidungen getroffen wurden bzw. welche für eine Problemlösung zur Verfügung stehen oder gebildet wurden, werden verschiedene Arten internationaler Institutionen kurz mit ihren Eigenschaften beleuchtet.
2. Der Neoinstitutionalismus grenzt sich unter anderem dadurch vom Neorealismus ab, dass er zwar dem Staat eine zentrale Rolle als Akteur zuweist, jedoch die Dominanz der Sicherheitspolitik gegenüber anderen Feldern verwirft. Aber was ist nun im „Interesse“ des Staates, ist es wirklich eine Handelsprämisse oder Rhetorik der handelnden Politiker? Eine kurze Ausführung darüber soll auf die Problematik des Begriffs

hinweisen, jedoch auch meine Position in der Arbeit zum Begriff bestimmen.

3. Der letzte Begriff „Intervention“ versucht zu skizzieren, welche Definitionsmöglichkeiten es gibt, wie er im Völkerrecht gehandhabt wird und schließlich wird die in der Arbeit verwendete Definition festgelegt.

### **2.6.1. Internationale Institutionen**

Wie wir im transnationalen Ansatz gesehen haben, entfalten transnationale Interaktionen verschiedenste Wirkungsweisen in den internationalen Beziehungen. Weiters wurde schon festgehalten, dass der Aufwind der neoinstitutionalistischen Schule mit der Beobachtung über das längere Bestehen und Wirken von internationalen Institutionen einherging. Nun bleibt zu klären, welche Handlungsmuster für die Betrachtung von Vorgängen im internationalen Feld von Bedeutung sind und wie sie klassifiziert werden können.

#### **A. Der Begriff „Institution“**

Was ist nun eine Institution? Mit diesem Begriff wird grundsätzlich ein Vorgang beschrieben, in dem die beteiligten Akteure einem bestimmten Handlungsmuster folgen, welche in gewissen (sich wiederholenden) Situationen auf bestimmten Regeln oder Normen basieren. Es entsteht also auch eine Erwartungshaltung der Beteiligten, wie sich der andere verhalten wird, es ergibt sich eine soziale Institution. Eine Institution besteht also durch Regelmäßigkeit und regelgemäßes Verhalten. Eine *politische* Institution beeinflusst mit ihren Normen und Regeln willentlich das Verhalten in einer Gesellschaft und kann durch gewisse Erwartungshaltungen eingeschätzt werden. Beispielsweise konnten die an Tarifverhandlungen beteiligten Seiten in der in Österreich „institutionalisierten“ Sozialpartnerschaft gewisse Erwartungshaltungen an den Tag legen, welche auch über längere Zeit bestehen blieben (eine Gewerkschaft

würde z. B. nicht sofort nach dem ersten „Abtasten“ bei Lohnverhandlungen zum Streik aufrufen, falls die Forderungen von Arbeitgeberseite nicht vollkommen erfüllt werden). Manche politischen Institutionen existieren nur im innerstaatlichen Bereich, gehen sie aber über die nationale Konstellation hinaus (sind sie also in eine transnationale Interaktion eingebunden), so spricht man von internationalen politischen Institutionen.<sup>41</sup>

## **B. Einteilung von internationalen politischen Institutionen**

Da nun der Begriff Institution abgegrenzt wurde, lassen sich verschiedene Arten identifizieren, dabei beinhalten diese sowohl transnationale als auch zwischenstaatliche Interaktionen. Die hier vorgestellten Typen von Institutionen<sup>42</sup> werden uns später in der Betrachtung des Falls Haiti wieder begegnen, es besteht dabei in der Reihenfolge keine Wertung, oder logisches Prinzip (z. B. vom Großen ins Detail). Da aber IO eine Reihe von verschiedenen Eigenschaften, Wirkungsweisen etc. haben, welche von Bedeutung sind, werden diese ausführlicher dargestellt.

### Internationale Regime

Internationale Regime (IR) sind ein Set aus Übereinkünften, Prinzipien, Regeln, Normen und Entscheidungsverfahren, die das Handeln von Akteuren steuern. Wichtig hierbei ist, dass sich IR immer auf ein spezifisches Problemfeld beziehen. Im breiten Kontext sind dies informelle Netzwerke, die sich in einem Problemfeld entwickeln, im engeren können Akteure ein konkretes IR entwickeln, aber auch unilaterale Aktionen eines Akteurs, welche von anderen kopiert und akzeptiert werden, können IR entstehen lassen.

IR können (müssen aber nicht) konkret in bilateralen oder multilateralen Verträgen festgeschrieben werden, sodass sich oft noch eine operative Komponente (z. B. die Überwachung der Implementierung) herausbildet. IR besitzen aber keine Akteursqualität, sind insgesamt eher flexibel und können mit der Zeit starke Veränderungen durchlaufen. In Bezug auf die Abgrenzung zwischen transnationalen und zwischenstaatlichen Interaktionen entstehen

---

<sup>41</sup> Vgl. Rittberger. Zangl. 2003. S.22; Zangl. Zürn. 2003. S.88.

<sup>42</sup> Typologie bei: Zangl. Zürn. 2003. S.88-90.

wirkungsvolle Regime oft im zwischenstaatlichen Bereich, doch transnationale Akteure sind häufig in diese involviert (so können sie ein Problemfeld erzeugen, dass durch Staaten behandelt wird und ein IR entsteht oder transnationale Akteure drängen Regierungen ein IR zu etablieren, um ein Problemfeld effektiver zu bearbeiten). Internationale Regime stehen oft im Zusammenhang mit IO, doch nicht für jedes Regime steht eine IO: Sie können sich auf mehrere IO erstrecken oder innerhalb einer IO bilden sich mehrere Regime heraus.

Aus IR ergeben sich Rechte und Pflichten für die teilnehmenden Akteure. Wie diese ausgeübt werden, ist dabei vom jeweiligen Formalisierungsgrad abhängig. Während manche stark formalisiert sind (hauptsächlich wenn die Vertrauensbasis schlecht ist), lassen andere große Freiheiten in der Interpretation zu (was sich wiederum auf die Effizienz der zu erreichenden Ziele auswirken kann). Obwohl IR keine Akteursqualität haben, bedürfen sie doch oft einer organisatorischen Komponente (Budget, Informationsnetzwerk, etc.) um überhaupt einen Effekt erzielen zu können. Dabei tendieren die Partner in einem IR mehr dazu, diese Agenden an eine bestehende IO anzukoppeln, als eine ganz konkrete Organisation für das Regime zu begründen.<sup>43</sup>

### Internationale Netzwerke

Internationale Netzwerke (IN) begründen sich wie IR auf Regeln und Normen und auch sie haben keine Akteursqualität. Von IR unterscheiden sie sich jedoch, dass keine inhaltlichen Vorschriften oder Ziele bestehen, die Regeln und Normen beziehen sich auf den Prozess der Interaktion. Ein Beispiel wäre der G8-Gipfel, bei dem es einen formalen Ablauf gibt, sich der Inhalt aber ändert und keine Verpflichtungen für die Beteiligten entstehen. Zur Erinnerung: Für die internationale Politik relevante Netzwerke können sowohl im zwischenstaatlichen als auch im transnationalen Bereich bestehen.<sup>44</sup>

### Internationale Ordnungsprinzipien

Internationale Ordnungsprinzipien (IOP) sind grundlegende Normen und Prinzipien, die weit akzeptiert worden sind, sich aber nicht auf ein spezielles

---

<sup>43</sup> Vgl. Feld, Jordan. International Organizations: a comparative approach. Feld and Jordan. Westport. 1994. S.251-256; Rittberger. Zangl. 2003. S.24-26; Zangl. Zürn. 2003. S.88; Meyers. Theorien internationaler Kooperation und Verflechtung. In: Woyke (Hg.). 2006. S.506; Gärtner. 2005. S.128.

<sup>44</sup> Vgl. Zangl. Zürn. 2003. S.89.

Problemfeld beziehen. Solche IOP können sich wiederum in IR manifestieren, aus ihnen können weitere Normen abgeleitet werden. IOP setzen sich über eine lange Zeit hinweg durch, wobei natürlich auch sie Veränderungen unterworfen sind.<sup>45</sup>

Die Souveränität der Staaten ist eines der wichtigsten IOP und als solches theoretisch global weitgehend akzeptiert. Das Prinzip bezieht sich dabei aber auf den Aspekt der „legalen“ Kontrolle einer Regierung über das Territorium des jeweiligen Staates. Diese Autorität ist von anderen Staaten zu akzeptieren und ein Staat kann diesen Status nur selbst durch Verträge etc. mit anderen Staaten einschränken. De facto kontrolliert aber keine Regierung vollkommen alles, was in ihrem Gebiet vorgeht (weil sie es nicht will oder weil sie es nicht kann). So können Interdependenzen die Handlungsmöglichkeiten einer Regierung einschränken, ohne jedoch die „Souveränität“ an sich eingeschränkt zu haben.<sup>46</sup>

Auch andere Definitionen weisen auf den Umstand hin, dass sich „Souveränität“ auf die staatliche Autonomie, die Gleichheit der Staaten untereinander und die alleinige Autorität der Regierungen in ihrem Territorium bezieht, nicht auf die tatsächliche Kontrolle. Dazu führen einige Theoretiker erweiternd an, dass es dadurch auch sinnlos ist, über den Verlust der Kontrolle oder die Erosion der staatlichen Gewalt zu reden, da diese niemals vorhanden war.<sup>47</sup>

Diese Darstellung des IOP „Souveränität der Staaten“ scheint sehr simpel, doch als logische Konsequenz verbindet sich mit ihr das Prinzip der Nicht-Intervention durch andere Staaten. Hier ergibt sich das Problem in den tatsächlichen Auseinandersetzungen der Staaten: Was ist nun eine Intervention, wann wird die Souveränität eines Staates verletzt? Souveränität und Nicht-Intervention als IOP bringen Stabilität in die anarchische Welt der internationalen Beziehungen, auch ohne „Weltregierung“ – doch wie später in dieser Arbeit angeführt werden wird, birgt der Entschluss und die Intensität der Intervention viele Facetten, diese IOP einzugrenzen.<sup>48</sup>

---

<sup>45</sup> Vgl. Zangl. Zürn. 2003. S.89f.

<sup>46</sup> Vgl. Nye. 1993. S.132; S.134.

<sup>47</sup> Vgl. Gärtner. 2005. S.133f. siehe dazu auch Kapitel 2.5.5.

<sup>48</sup> siehe Kapitel 2.6.3.

## Internationale Organisationen

Da in dieser Arbeit der transnationale Ansatz mit System und Subsystem und der daraus resultierenden Teilung in zwischenstaatliche und transnationale Interaktionen verwendet wird, spricht nichts gegen eine erste (gängige) Einteilung von IO in:<sup>49</sup>

- International Governmental Organizations (IGO)
- International Non-Governmental Organizations (INGO)

Diese Teilung bezieht sich auf die Art der teilnehmenden Akteure und den Gründungsakt. IGO werden durch einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen (mindestens drei) Staaten gegründet. Sie haben Akteursqualität und sind wie Staaten Völkerrechtssubjekt. Dagegen sind INGO Zusammenschlüsse von gesellschaftlichen Akteuren, deren Wirkungsbereich sich über mehrere Länder erstreckt.<sup>50</sup>

Diese grobe Einteilung wirkt auf den ersten Blick eindeutig, doch Rittberger und Zangl verweisen auf den Umstand, dass manche Organisationen Hybride darstellen, da sie sowohl staatliche und nicht-staatliche Akteure vereinen. Mit dem schon oben erwähnten Argument des Gründungsaktes schlagen sie folgendes Unterscheidungsmerkmal vor:

„In allen Fällen also, in denen die Gründung einer internationalen Organisation weder auf einen völkerrechtlichen Vertrag noch auf einen Beschluss einer bestehenden zwischenstaatlichen internationalen Organisation zurück zu führen ist, erfolgt die Einordnung in die Klasse der nicht-staatlichen internationalen Organisationen.“<sup>51</sup>

Die weitere Teilung der großen Zahl und sehr heterogenen INGO wird verschieden verfolgt, doch mit den hier verwendeten Begriffen bietet sich folgende Klassifizierung an:<sup>52</sup>

---

<sup>49</sup> Hier wird der auch in der deutschen Literatur gängige englische Terminus verwendet.

<sup>50</sup> Entgegen anderer Definitionen soll hier eine etwas breitere zu tragen kommen, da eine zu enge Beschreibung im Bereich der INGO problematisch sein kann.

<sup>51</sup> Rittberger, Zangl. 2003. S.27.

<sup>52</sup> Die Einteilungen variieren in der Literatur sehr stark, somit ist die getroffene Auswahl eine persönliche.

- Transnational Organizations (TNO)
- Business International Organizations (BINGO)<sup>53</sup>

Letztendlich ist diese Teilung eine Ausschlussenteilung: die zweite Kategorie beinhaltet alle an ökonomischen Gewinn orientierten INGO (z. B. transnationale Konzerne), die erste damit alle anderen Organisationen.

## **2.6.2. Interesse**

### **A. Interesse des Akteurs Staat**

Wendet man den Begriff „Interesse“ auf die staatliche Ebene an, so spricht man vom „nationalen Interesse“. Dieser versucht die Handlungen von Regierungen oder Politikern auf eine rationale Ebene zu heben, also zu deuten, dass sie etwas Positives für den eigenen Staat machen. Aus dieser etwas sperrigen und schwammigen Definition ist auch schon das Grundproblem ersichtlich, eine gültige Deutung zu finden, was denn das Interesse eines Staates ist. Historisch gesehen, entwickelte sich mit zunehmendem Einfluss von gesellschaftlichen Gruppen neben einem dynastischen Interesse ein Eigeninteresse dieser Gruppen, welches oft ein wirtschaftliches war. Diese Verflechtung machte mit dem Aufkommen des modernen Nationalstaates eben ein „nationales Interesse“. Damit ist aber nur gegeben, dass sich hinter dem Begriff ein Konglomerat verschiedener Interessen verbirgt, nicht jedoch, welche Bereiche es nun sind.

Der Realismus z. B. modellierte ein theoretisches Weltbild, indem das primäre Interesse des Staates Macht ist, insbesondere die militärische Macht, hinter der alles zurücksteht. Somit kann in dieser Theorierichtung die Ausweitung von Macht und das physische Überleben des Staates als das nationale Interesse angesehen werden. Durch das Primat der Sicherheitspolitik sind andere Interessen (von gesellschaftlichen Gruppen) nachrangig, was den Staat zum mächtigen und einzig relevanten Akteur auf internationaler Ebene macht.

---

<sup>53</sup> Begriff BINGO siehe: Woyke. Internationale Organisationen. In: Woyke (Hg.). 2006a. S.212.

Der Versuch, das Interesse eines Staates auf den Punkt zu bringen, führte Forscher zu zwei verschiedenen Ansätzen: Zum einen zu einer Analyse, welche Effekte und Ergebnisse die Politik hatte und zum anderen zu einer logischen theoretischen Herleitung. Die Ergebnisse ähneln sich in gewisser Weise.

Das physische Überleben des Staates ist in allen Konzepten enthalten. Ein Argument dafür ist, dass es sonst nichts Anderes geben kann. Jedoch unterscheiden sich die Ansätze, welcher Teil eines Staates nun primär überleben soll. Manche beziehen sich dabei auf die Staatsbürger (nicht auf das Volk im nationalistischen Sinn!), nicht so sehr die territoriale Einheit oder die Institutionen, welche wiederum für andere unbedingt dazugehören. Ein weiterer Punkt wäre noch die politische Unabhängigkeit, was sich bei manchen Forschern als Freiheit, die eigenen Institutionen wählen zu können, ausdrückt. Zusätzlich auch noch das Interesse, das ökonomische Wohlergehen zu maximieren.

Der Versuch, dem Begriff eine fassbare Bedeutung zu geben, stößt aber selbst auf Kritik in Bezug auf seine Nützlichkeit für eine Analyse. Zuerst einmal sein breiter und vager Inhalt. Politische Handlungen verfolgen oft kurzzeitige Ziele, welche evtl. besser erklären, warum jemand so gehandelt hat. Zweitens taucht das Problem auf, dass nicht klar zwischen Mitteln und dem „Ende“ einer Politik unterschieden werden kann. Ist der Ausbau von Macht bei Morgenthau nun das nationale Interesse, die Weltherrschaft das Ende oder ist es ein Mittel des nationalen Interesses, um politisch zu überleben? Ist das, was im Interesse des Staates getan wird nun das Ziel (also gleichsam dasselbe) oder ist es ein Mittel? Dritter Punkt, welcher sich hier anschließt, ist, wer denn das Interesse definiert? Ein dynastisches Interesse konnte noch leicht praktiziert werden, eine Vielzahl von Interessen, die in einem Staat vertreten sind, nicht mehr – irgendwer muss zurückstecken. Welches Thema und welche Handlung nun von Interesse für den Staat sind, hängt wiederum von der Durchsetzungsfähigkeit der Gruppen ab, das Interesse des Staates kann also mit immer neuen Inhalten gefüllt werden. Oder gibt es darüber ein Interesse, welches tatsächlich für alle Bereiche des Staates gleich ist, somit DAS nationale Interesse ist? In der politischen Praxis, der vierte Kritikpunkt, definieren die handelnden Akteure der Politik den Inhalt des Interesses. Dispute darüber und das tatsächliche Ergebnis, die Auswirkungen etc. geben dem Begriff Inhalt, d. h. aber auch, dass

nicht die Politik dem Interesse folgt, sondern es sich daraus entwickelt. Das nationale Interesse als Begriff ist damit zeit- und ortsabhängig. Vorteil dabei ist aber, dass es mit einem konkret erfassbaren Ziel (womöglich auch die Motive und Argumente, warum dies das nationale Interesse ist) in Verbindung gebracht werden kann. Als letzte kritische Anmerkung stellt sich die Frage, ob ein nationales Interesse, sofern man dabei von einem (evtl. zu entdeckenden) Überbegriff ausgeht, von allen Ländern und gesellschaftlichen Gruppen geteilt wird. Die Überlegung dazu ist, dass dieses Interesse alle Interessen der Subjekte im Staat in sich vereint und letztendlich ein Konzept des nationalen Interesses eine Interaktion zwischen allen herstellt. Dieser Punkt bezieht also die transnationalen Interaktionen mit ein, während vorher nur jeweils ein Staat bzw. das Verhältnis dieser zueinander thematisiert wurde.<sup>54</sup>

Diesen Punkten möchte ich noch einen hinzufügen: Die vorangegangenen Ausführungen beziehen sich zum Teil sehr auf das Modell eines demokratischen Staates westlichen Stils. Um aber den Begriff „Interesse“ auf einen Staat anwenden zu können, muss schließlich eine Lösung gefunden werden, die alle möglichen Staatsformen einbezieht. Was ein Staat tut, muss einem Interesse folgen, denn der Umkehrschluss ist, dass alles irrational ist und sich gar keine Muster ergeben.

Diese Arbeit ruht auf einem Weltbild, dass das Verhältnis zwischen den Akteuren mit Interdependenzen zu beschreiben versucht. Das Handeln von Staaten als Akteure folgt zwei Interessen: das physische Überleben des Staates und der Versuch, Asymmetrien in den Interdependenzbeziehungen zu kontrollieren – diese beiden Elemente bilden das „nationale Interesse“ eines Staates. Der Vorteil einer solchen Definition ist, dass es unabhängig von der Form des Staates und der internen Verteilung der gewonnenen Güter oder der Kosten im Staat ist. Ein Diktator, welcher den Staat zum Füllen seiner privaten Kasse benutzt, wird außenpolitisch auch so agieren, dass er Asymmetrien weitgehend zu kontrollieren versucht oder das Problem in andere Bereiche zieht. Das physische Überleben des Staates ist das Interesse des Staates als Akteur: Ansonsten gibt es keinen Akteur, der das Interesse verfolgen könnte.

---

<sup>54</sup> Vgl. Sondermann. The Theory of the National Interest. In: Olson (Hg.): The Theory and Practice of International Relations. Prentice-Hall. Englewood Cliffs. 1991. S.35-42.

Das tatsächliche Handeln eines Staates wird in allen Fällen darauf abzielen, sofern man davon ausgeht, dass ein rationales Handlungsmuster existiert.

## **B. Das Interesse transnationaler Akteure**

Hier ist es letztendlich unmöglich, eine Definition zu finden bzw. ist es für die Analyse auch nicht sinnvoll. Klassifiziert man die verschiedenen transnationalen Akteure (siehe oben), so kann man einige Motive der Mitglieder identifizieren, im Großen und Ganzen gibt es aber keinen gemeinsamen Nenner. Wir können nicht einmal annehmen, dass sie rational handeln, um ein Ziel, also ihr Interesse zu erreichen: Theoretisch müssen nicht einmal alle das Interesse des physischen Überlebens teilen.

Hat man jedoch einen transnationalen Akteur nach unserer Definition identifiziert, können natürlich seine Handlungen auf ein Interesse hin untersucht werden. Kommt man zu einem Ergebnis und finden sich womöglich andere Akteure in anderen Fallbeispielen, so ergibt sich trotzdem die Chance, vergleichbare Fälle herzustellen und so Prognosen über künftiges Handeln zu machen.

In beiden Fällen, dem Interesse des Staates und dem anderer Akteure, ist der Begriff sehr theoretisch und schwer greifbar. Schließlich bleiben die Versuche, einen allgemeingültigen Kontext herzustellen, immer unbefriedigend. Trotzdem wird der Begriff in dieser Arbeit verwendet, um Ziele zu beschreiben, auf die das politische Handeln eines Akteurs längerfristig hinzielt und somit eine Unterscheidung zu kurzfristigen, womöglich impulsiven Aktionen zu haben.

### **2.6.3. Intervention**

#### **A. Definition des Begriffs**

Das IOP der Souveränität beinhaltet das Gebot der Nicht-Intervention. Mit „Intervention“ wird oft zuerst ein gewaltsamer Akt (militärisch) gegen die

Souveränität eines Staates assoziiert. Doch eine solche Definition wird dem breiten Spektrum möglicher Arten von Interventionen nicht gerecht. Somit ist es sinnvoll, eine breite Definition als Grundlage der Analyse zu verwenden, die einzelnen Ausformungen können danach weiter abgegrenzt werden:

„In it`s broadest Definition, intervention refers to external actions that influence the domestic affairs of another sovereign state.“<sup>55</sup>

Eine andere Definition von Czempiel scheint auf den ersten Blick gleich, doch eignet sie sich nicht, ALLEN Ausformungen der Intervention gerecht zu werden:

„Intervention ist der Versuch eines auswärtigen Akteurs auf das Herrschaftssystem eines Landes einzuwirken.“<sup>56</sup>

Diese Definition schließt aber die Möglichkeit einer erbetenen Intervention (als Hilfe) aus.<sup>57</sup> Darum wird in dieser Arbeit die breite Definition von Nye verwendet und danach weitere Klassifizierungen beleuchtet. Woyke weist aber zu Recht darauf hin,<sup>58</sup> dass der Begriff der Intervention im Völkerrecht umstritten ist, da keine einheitliche Definition anerkannt ist. Für eine Analyse kann er aber sehr wohl definiert und weiters damit auch versucht werden, zu erklären, welche Interpretation die einzelnen Seiten einer Intervention haben.

Zur Veranschaulichung dient folgende Grafik, welche einzelne Akte, die eine Intervention nach der breiten Definition darstellen, auf einer Skala platziert, je nachdem wie hoch der Grad der Intervention ist. Der Grad misst zwischen vielen Möglichkeiten eines Betroffenen auf die Intervention zu reagieren und einer geringen Bandbreite von möglichen Reaktionen (wobei die Abstände nicht im mathematischen Sinne, sondern nur zur Veranschaulichung gelten):

---

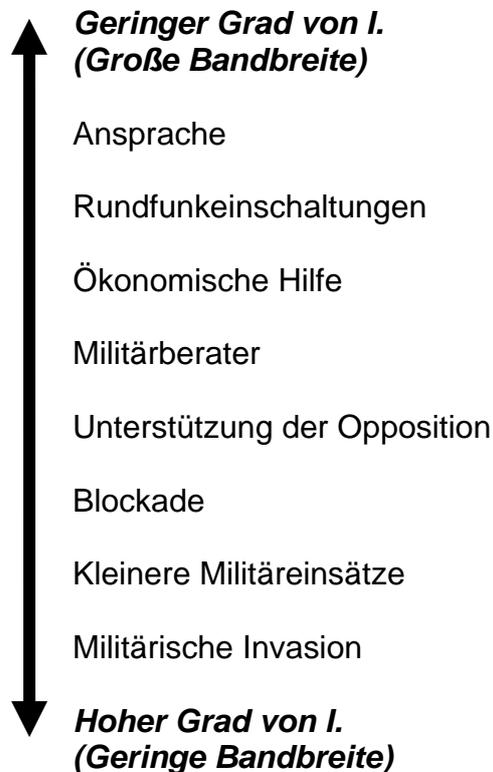
<sup>55</sup> Nye. 1993. S.132.

<sup>56</sup> Czempiel. 1998. (genaues Werk konnte durch Angabe von zwei Werken mit selber Jahreszahl nicht eruiert werden). Zitiert nach: Gärtner. 2005. S.65.

<sup>57</sup> Auch einige andere in der Literatur zu findende Definitionen tun dies – Vgl. Buchbender. Wörtberbuch zur Sicherheitspolitik mit Stichworten zur Bundeswehr. Hamburg, Berlin, Bonn. 2000. S.159. zitiert in Gärtner. 2005. S.65; oder: Woyke. Intervention. In: Woyke (Hg.).2006b. S.267.

<sup>58</sup> Vgl. ebd. S.267.

Abb. 3: Beispiele von Interventionen



Nach: Nye. 1993. S.133.

Zur Erläuterung: Während ein Staat relativ vielfältig (und eher einfach) auf die Rede eines anderen Staatsmannes reagieren kann, welche die Innenpolitik des eigenen Staates angreift, sind die Reaktionsmöglichkeiten bei einer stattfindenden militärischen Invasion eher eingeschränkt (z. B. Widerstand oder Kapitulation).

## B. Interventionsverbot

Das IOP der Souveränität manifestiert sich im Völkerrecht in den Satzungen der Vereinten Nationen. Vor allem zwei Absätze befassen sich mit dem Interventionsverbot:

„Alle Mitglieder enthalten sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Gewaltanwendung, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.“ (Kapitel I., Artikel 2/4)

„Keine Bestimmung der vorliegenden Satzung berechtigt die Vereinten Nationen, in Angelegenheiten einzugreifen, die ihrem Wesen nach in die innerstaatliche Zuständigkeit jedes Staates gehören, oder verpflichtet die Mitglieder, solche Angelegenheiten der in der vorliegenden Satzung vorgesehenen Regelung zu unterwerfen; dieser Grundsatz beeinträchtigt aber in keiner Weise die Anwendung der in Kapitel VII vorgesehenen Zwangsmaßnahmen.“ (Kapitel I. Artikel 2/7)<sup>59</sup>

Der erste hier genannte Absatz betrifft explizit die militärische Intervention eines Staates, während der zweite eine breite Definition von Intervention durch die UNO anspricht.

Ein weitergehendes Verbot der Intervention, die auch jene Arten der „unfreiwilligen“ Intervention nach der Definition von Nye erfasst, findet sich in der „*Declaration of Principles of International Law concerning Friendly Relations and Cooperation among States in accordance with the Charter of the United Nations*“.<sup>60</sup> Die Deklaration enthält eine weit gefächerte Aufzählung von Praktiken, die unter das Interventionsverbot fallen, besonders solche, welche nicht direkter militärischer Art sind. Daraus z. B.:

„Kein anderer Staat darf wirtschaftliche politische oder irgendwelche anderen Maßnahmen anwenden oder zu deren Anwendung ermutigen, um gegen einen anderen Staat Zwang in der Absicht anzuwenden, von ihm einen Verzicht auf die Ausübung souveräner Rechte zu erreichen oder von ihm Vorteile irgendwelcher Art zu erlangen, ...“<sup>61</sup>

---

<sup>59</sup> Beide in: Neuhold. Hummer. Schreuer. (Hg.): Österreichisches Handbuch des Völkerrechts. Band 2. Manz. Wien. 4. Auflage. 2005. S.3f.

<sup>60</sup> Annex zu Resolution 2625 vom 24.10.1970

<sup>61</sup> Zitiert nach: Woyke. In: Woyke (Hg.). 2006b. S.268.

### **C. Interventionen durch die UNO: das System der kollektiven Sicherheit**

Das grundsätzliche Interventionsverbot wird im Völkerrecht aber durch das System der kollektiven Sicherheit durchbrochen. Dies ist keine „Ausnahme“ vom Interventionsverbot, denn letztendlich beruht die Satzung der UNO auf einem völkerrechtlichen Vertrag, es wurden also Agenden freiwillig abgegeben. Durch die weite Verbreitung hat das Konzept aber eine globale Gültigkeit erlangt, der sich auch Nicht-UNO-Mitglieder kaum verschließen können.

Um ein Ausscheren aus den grundlegenden „Verhaltensregeln“ auch sanktionieren zu können, wurde das nach innen gerichtete System der kollektiven Sicherheit erstellt.<sup>62</sup> Grundidee ist die Drohung gegen Mitglieder bei Nichtbeachtung des Regelwerks Sanktionen von allen anderen Mitgliedern befürchten zu müssen. Ein solches Vorgehen beinhaltet natürlich, dass alle Mitglieder auch dementsprechend handeln und Ressourcen zur Verfügung stellen – was de facto nicht gewährleistet ist.

Kapitel VII. der UNO-Satzung listet unter dem Titel „Maßnahmen bei Bedrohungen des Friedens, bei Friedensbrüchen und Angriffshandlungen“ die Schritte auf, welche bei einer solchen Bedrohung unternommen werden sollen. Die Artikel bauen langsam auf und geben vor, wie der Druck zu erhöhen ist – letztendlich könnte dies so ähnlich aussehen wie in Abb. 3.

Was nun eine Bedrohung oder einen Bruch des Friedens darstellt, liegt ganz in den Händen des Sicherheitsrates. Das Vetorecht der ständigen Mitglieder führte zum bekannten Problem der Ineffektivität des Sicherheitsrates im Kalten Krieg. Seine „Auferstehung“ hatte der Sicherheitsrat schließlich im Golfkrieg 1990, bei dem das System erstmals zum Einsatz kam.<sup>63</sup> In Folge kam es wiederholt zu Interventionen unter UN-Flagge, zu denen auch der Fall Haiti zählt.

Die Blockade des Sicherheitsrates führte zudem zu einer anderen Art von Einsätzen. Die Zwangsmaßnahmen unter Kapitel VII. werden gemeinhin als

---

<sup>62</sup> Der Begriff selbst wird aber in den Satzungen der UNO nicht erwähnt – Vgl. Gärtner. 2005. S.71.

<sup>63</sup> Im Koreakrieg wurde der Sicherheitsrat von der UdSSR boykottiert, sodass dort auch eine Intervention stattfand, aber das Zustandekommen war nicht gerade im Sinne der Satzungen.

„peace-enforcement“ bezeichnet, während sich „peace-keeping“ als Handlungsmuster etablierte, um Streitparteien zu trennen, ohne jedoch den „Schuldigen“ zu bestrafen (Streitbeilegungen werden in Kapitel VI. der UN-Satzung behandelt).

Für den hier behandelten Fall Haiti spielt auch Kapitel VIII. eine Rolle, denn eine regionale Organisation (die OAS) war involviert. Dort heißt es unter Artikel 52/2:

„Die Mitglieder der Vereinten Nationen, die solche Abkommen schließen oder solche Organe schaffen, sollen alle Anstrengungen machen, um örtliche Streitfälle durch solche regionale Abkommen oder durch solche regionale Organe friedlich zu regeln, bevor sie diese dem Sicherheitsrat vorlegen.“<sup>64</sup>

Auch die anderen Artikel betonen die Rolle regionaler Abkommen als Streitschlichter, welche zuerst Maßnahmen ergreifen sollen. Problem dabei ist aber, dass regionale Institutionen oft in viel größerem Ausmaß vom guten Willen ihrer Mitglieder in Bezug auf Ressourcen abhängig sind. Als regionale Organisationen wurden unter anderem 1948 die *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS), für Afrika 1963 die *Organisation der afrikanischen Einheit* (OAU, heute Afrikanische Union) oder für die arabischen Länder die *Arabische Liga* 1945 gegründet, wobei bei den genannten Organisationen die Erfolge im Konfliktmanagement insgesamt als eher bescheiden gewertet werden.<sup>65</sup>

Da ich auf die tatsächlichen Entwicklungen im Fall Haiti im zweiten großen Teil der Arbeit noch eingehen werde, möchte ich das UNO-Regelwerk hier nicht weiter ausführen. Dies soll aber nicht heißen, dass es aufgrund der Probleme durch die Unterstützung der Staaten nicht relevant sei oder gar willkürlich und darum keiner weiteren Betrachtung bedarf (dies geschieht hier nur aus der Erwägung, dass eine ausführliche Behandlung den Umfang der Arbeit bei Weitem sprengen würde). Im Gegenteil: Auch wenn jeder Staat prinzipiell das System ständig missachten und jeder aggressiv im rein realistischen Sinne vorgehen könnte, usw., so bringt das Sicherheitssystem kollektive Vorteile für

---

<sup>64</sup> Neuhold. Hummer. Schreuer. (Hg). 2005. S.21.

<sup>65</sup> Vgl. Rittberger. Zangl. 2003. S.55.

alle, sodass es günstig für die Beteiligten ist, es nicht in den Grundfesten zu erschüttern und es obsolet zu machen. Also ist es auch für jeden Staat ein grundlegendes Bedürfnis, seine Aktionen vor anderen Staaten zu rechtfertigen (selbst wenn reine Machtinteressen dahinter stehen) und diese nicht übermäßig vor den Kopf zu stoßen: Legitimität ist ein wichtiges Gut in den internationalen Beziehungen.<sup>66</sup>

#### **D. Intervention: Begriff im Völkerrecht und in der Analyse**

Es gibt also einen globalen Konsens über das Interventionsverbot. Doch Interventionen finden ständig in verschiedenen Formen und Intensitäten statt und viele kommen nicht auf die Agenda des Sicherheitsrates. Darum ist es für eine analytische Betrachtung vorerst nachrangig, inwieweit eine Intervention gegen das Regelwerk der UNO verstößt – erst wenn ein Streitfall innerhalb der UNO behandelt wird, sind die Rechtfertigungsgründe bedeutend. Wie wir in unserem Fallbeispiel sehen werden, fanden in Haiti Interventionen statt, welche nicht von der UNO als solche festgestellt oder gar geahndet wurden, de facto aber existierten. Auch normative Einteilungen von guten und bösen Interventionen sind wenig zielführend, da sie je nach Blickwinkel der Involvierten stark variieren.

Um also die Intervention in der breiten Definition zu analysieren (und damit lassen sich, wenn man die Situation der einzelnen Beteiligten beleuchtet und eine Position einnimmt, auch normative Aussagen treffen), schlägt Nye drei Dimensionen vor, wie eine Intervention analysiert werden kann:

- Motive
- Mittel
- Konsequenzen

Nur die Kombination aller drei Dimensionen bringt ein vollständiges Bild, während die Konzentration auf nur eine Dimension eine falsche Antwort in sich bergen könnte. Nye bringt dabei den Begriff der „Rechtfertigung“ („to judge

---

<sup>66</sup> Vgl. Nye. 1993. S.141f.

interventions“) ein. Dabei ist aber zu beachten, dass hier wohl noch keine definitive Rechtfertigung gemeint ist, denn auch wenn es für die eine Seite eine gute Sache ist, das IOP der Souveränität zu missachten, kann es für die andere nicht so sein – wie schon erwähnt hängt dies mit der jeweiligen Position im Gefüge zusammen, sodass die drei Dimensionen als Analysemittel verstanden und so auch weiter verwendet werden.<sup>67</sup>

## **E. Mögliche Klassifizierung von Interventionen**

Interventionen können durch ihre Mittel, aber auch durch die Motive unterschieden und dementsprechend klassifiziert werden. Die nachfolgende Auflistung und kurze Beschreibung zweier möglicher Arten ist darum unvollständig und eine Intervention kann auch in mehrere Bereiche fallen – letztendlich bezieht sich die Wahl der beiden Ausführungen auf die konkreten Bedingungen des Falles.

### Militärische Intervention - Invasion

Eine militärische Intervention im klassischen Sinne bedeutet die Ausübung von Zwang mit gewaltsamen Mitteln, um einen anderen Akteur zu zwingen, nach dem eigenen Willen zu handeln bzw. ihn zu hindern, seinen durchzusetzen. Solche Handlungen fallen natürlich unter das Gewaltverbot, es sei denn, es ist eine militärische Intervention im Sinne der UN-Satzung. Militärische Intervention bedeutet ein enormes Druckmittel, hat jedoch auch weitreichende Konsequenzen für alle Beteiligten, selbst wenn eine starke Asymmetrie zwischen den Beteiligten herrscht.<sup>68</sup>

Um in diesem Falle eine zu große Unklarheit in der Klassifizierung zu vermeiden, ist es sinnvoll, einfach den Begriff „Invasion“ für eine militärische Intervention zu verwenden. Als Invasion wird die tatsächliche Entsendung von Truppen in ein Land bezeichnet. Damit kann auch die vorhergehende Darstellung um ein faktisches Element erweitert und damit eingengt werden.<sup>69</sup>

---

<sup>67</sup> Vgl. Nye. 1993. S.137f.

<sup>68</sup> Vgl. Gärtner. 2005. S.67.

<sup>69</sup> Vgl. Zangl. Zürn. 2003. S.229.

## Humanitäre Intervention

Ein einfacher Fall einer humanitären Intervention wäre der Einsatz von Polizei oder militärischen Einheiten zum Schutze von eigenen Staatsbürgern in einem anderen Land, wenn dessen Regierung dies billigt. Schwieriger, aber global bedeutender sieht die Intervention eines Staates oder einer Gruppe auf fremdem Gebiet aus, vor allem wenn dies dem Schutz fremder Staatsbürger dienen soll. Im Völkerrecht müsste ein Staat über das System der Vereinten Nationen eine Erlaubnis zur Intervention erhalten. Sieht der Sicherheitsrat im Falle einer humanitären Katastrophe eine Bedrohung nach den Satzungen, so kann er Truppen mit einem Mandat zur Intervention ausstatten. Da aber im Völkerrecht die Staatensouveränität einen sehr hohen Stellenwert einnimmt und eine Invasion aus humanitären Gründen ein schwerwiegendes Eingreifen bedeutet, wurden in der Regel gegen Staaten, welche sich dem Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sahen, oft Embargos oder Ähnliches als Zwangsmaßnahmen verhängt.

Durch den weitläufigen Begriff „Intervention“ existieren natürlich viele Interventionen, welche als humanitär betrachtet werden, aber außerhalb des UN-Kontexts ablaufen. Eine neue Dimension wurde aber erreicht, als die NATO mit einem Militärschlag aus „humanitären Gründen“ ohne UN-Mandat 1999 im Kosovo-Krieg intervenierte. So hatte also eine Gruppe von Staaten außerhalb des etablierten Systems ein kollektives Gut festgestellt, das so schützenswert war, dass das Prinzip der Souveränität missachtet werden musste, um Schlimmeres zu verhindern. Natürlich kann eine Intervention, auch wenn sie unter dem Banner „humanitär“ geführt wird, ganz anderen Zielen dienen. Nichtsdestotrotz ist die Kategorie sinnvoll, um Interventionen zu klassifizieren, denn es spiegelt auch das Ringen um Legalität (im völkerrechtlichen Sinne) wider. Ob eine Intervention legitim ist, ist eine moralische Frage, die auch die Beteiligten oft unterschiedlich beantworten.

In dieser Arbeit wird der Begriff „humanitäre Intervention“ vorrangig so gebraucht, wie ihn die Akteure als Legitimation ins Feld führen. Dennoch bleibt die Intervention aus humanitären Gründen die wahrscheinlich wichtigste Kategorie gemessen an der öffentlichen Aufmerksamkeit, die sie genießt.<sup>70</sup>

---

<sup>70</sup> Vgl. Woyke. In: Woyke (Hg.). 2006b. S.269f; Gärtner. 2005. S.65-67; Rittberger. Zangl. 2003. S.75f; Nye. 1993. S.136.

### Erbetene Intervention

Viele Gruppen können eine Intervention von außen erbeten: Rebellengruppen militärische Hilfe von anderen Staaten, verfolgte Bevölkerungsgruppen den Schutz durch ausländische Soldaten usw. Um aber diesen Begriff sinnvoll einsetzen zu können, wird er hier mit der IOP Souveränität in Verbindung gebracht. Erbetene Intervention bedeutet in dieser Arbeit, dass die international als legitim angesehene Vertretung des Landes um eine Intervention von außen bittet. Wenngleich auch die Bitte um Hilfe für die Bevölkerungsgruppe, die von ihrer Regierung verfolgt wird, in unseren Augen „legitim“ und wünschenswert ist, so bringt dies keinen analytischen Nutzen bei der Beurteilung im UN-Regelwerk. Die erbetene Intervention ist ein spezieller Faktor bei einer Intervention, er begünstigt den Legimitätsanspruch der Beteiligten, während einer von Außen beschlossenen Zwangsmaßnahme dieser „Freibrief“ fehlt. Eine Intervention mit transnationalen Akteuren kann also nicht erbeten sein.<sup>71</sup>

### **F. Transnationale Akteure und Intervention**

Interventionen, wie sie im vorangegangenen Teil beschrieben wurden, scheinen sich in dieser Form vorerst auf Interventionen von Staaten gegenüber anderen Staaten zu beziehen. Im transnationalen Ansatz zur Analyse eines Konfliktfalles werden aber auch nichtstaatliche Akteure einbezogen, sofern sie in signifikanter Weise die Internationalen Beziehungen beeinflussen.<sup>72</sup> Wie lässt sich nun diese Annahme mit der Definition der Intervention vereinigen?

Als erste Annahme gehe ich davon aus, dass die gewählte Definition auch auf transnationale Interaktionen zwischen einem nicht-staatlichen Akteur und einem Staat zutrifft. Niemand würde von Intervention sprechen, wenn ein Konzern mit Sitz im Staat A im Wettbewerb mit einem Konzern im Staat B diesen derart übertrifft, dass dies auch signifikante Veränderungen der Wirtschaft im Staat B nach sich zieht. Aber das Unternehmen des Staates A könnte eine Rebellenorganisation (oder einfach eine kriminelle Organisation) im Staat B finanziell unterstützen, um die Politik des Staates B zu beeinflussen. Für einen

---

<sup>71</sup> Diese Kategorie ist aber von mir eigenständig in dieser Ausformung gewählt. Andere Ausführungen zu dem Begriff finden sich noch in: Woyke. In: Woyke (Hg.). 2006b. S.267-272.

<sup>72</sup> Vgl. Abb. 2.

solchen Fall verwende ich ebenfalls den Begriff Intervention, da eine solche Einflussnahme darauf abzielt, die Außenpolitik (bzw. die Souveränität) eines Staates wesentlich zu beeinflussen. Dies zieht die Frage nach sich, ob damit alle transnationalen Interaktionen eine Intervention darstellen? Nein. Denn eine Intervention ist ein beabsichtigtes Handeln (obwohl in der angegebenen Definition nicht explizit erwähnt). Rein wirtschaftliche Tätigkeit mit einer Regierung z. B. kann einfach auf das Ziel gerichtet sein, Gewinn zu machen – keine Intervention. Ein Unternehmen kann aber auch Wirtschaftspraktiken einsetzen, um eine Regierung unter Druck zu setzen, eine bestimmte Politik zu verfolgen. Obwohl dies im Völkerrecht keine Intervention darstellt, ist es für eine Analyse mit transnationalen Ansatz von Vorteil, eine solche Aktion als Intervention zu bezeichnen.

Zur Verdeutlichung meiner Wahl eines so breiten Ansatzes ein weiteres, nicht-wirtschaftliches, Beispiel: Die (fiktive) TNO „Tierfreunde“ kann bei den Regierungen A und B „intervenieren“ um in beiden Staaten einheitliche Standards für Tierschutz durchzusetzen. Dabei setzt sie auf Öffentlichkeitsarbeit und den guten Kontakt einiger Mitglieder zu Politikern beider Länder. Diese Arbeit zielt absichtlich auf die Veränderung der Politik beider Staaten ab und da die anschließende Einigung über gemeinsame Standards auch ein Importverbot von Tierprodukten, welche nicht diesen Kriterien entsprechen beinhaltet, auch auf die Außenpolitik der beiden Länder. Die TNO hat also eine erfolgreiche Intervention durchgeführt.

Abschließend sei an dieser Stelle angemerkt, dass sich in der verwendeten Literatur keine explizite Stellungnahme findet, ob der Begriff Intervention auch auf nicht-staatliche Akteure und Regierungen passt (es sei denn eine Regierung benutzt einen Akteur als Vehikel zur Intervention in einem anderen Staat). Einzige Ausnahme, ohne jedoch explizit den Begriff Intervention zu verwenden, ist folgende Aussage:

„... in transnational relations, people in society 1 will put pressure on government 2 directly, or people in society 1 may put pressure on people in society 2 directly.“<sup>73</sup>

---

<sup>73</sup> Nye. 1993. S.177 – bezogen auf Abb. 2

Obwohl das Phänomen im Fall Haiti nicht vorrangig von Bedeutung ist, möchte ich nochmals festhalten, dass der Begriff Intervention von mir auch auf oben beschriebene Fälle ausgedehnt wird. Dies geschieht zum einen, um dem transnationalen Ansatz gerecht zu werden, andererseits auch, um ihn komplett von der rechtlichen Interpretation im UNO-Regelwerk zu trennen, dessen Subjekt die Staaten sind.

## **2.7. Methode**

Diese Arbeit beruht auf einem konkreten Fall, dem sich auf eine deduktive Weise im Rahmen des Neoinstitutionalismus genähert wird. Analysiert wird der Fall durch eine Interdependenzkonstellationsanalyse, die den Fall in Faktoren zerlegt. Damit wird auch eine Vergleichbarkeit hergestellt und andere Fälle können damit behandelt werden – was wiederum einen Rückschluss auf die Brauchbarkeit der Theorie und der Analysemethode zulässt.<sup>74</sup> Bevor jedoch die Schritte der Analyse im Detail vorgestellt werden, soll ein kurzer Exkurs beleuchten, welche Rolle Fallstudien in der vergleichenden Politikwissenschaft spielen.

### **2.7.1. Zum Vergleich als Methode und den Möglichkeiten einer Fallstudie**

„Im Gegensatz zum Vergleich im Allgemeinen, kann die vergleichende Methode zu generalisierbaren Ergebnissen gelangen, indem sie aufgestellte Hypothesen empirisch überprüft. Die vergleichende Methode lenkt den Schwerpunkt des Interesses von den Fällen hin zu Beziehungen zwischen Variablen.“<sup>75</sup>

Politikwissenschaft, besonders wenn sie auf einer vergleichenden Methode aufgebaut ist, zielt eher auf Erklärung (nomothetisch – im Gegensatz zu

---

<sup>74</sup> Auf einen konkreten Vergleich mit einem ähnlichen Fall (auch als kurz gefasstes Beispiel) musste aber verzichtet werden, da dies den Umfang der Arbeit bei Weitem sprengen würde.

<sup>75</sup> Jahn. Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2006. S.160.

idiographisch, Verstehen) ab. Ein nomologisches Vorgehen rückt, im Gegensatz zum empirisch-historischen Vorgehen (welches in diesem Fall die Anbindung der Identifikation am konkreten Beispiel Haiti ist), Variablen und deren Verhältnis zueinander in den Vordergrund – im extremen Fall könnte man also die Namen der untersuchten Fälle auch beiseite lassen.

Nach Jahn stellen drei Aspekte den Vergleich als Methode dar:

#### *Warum vergleichen?*

Die Methode nutzt den Vergleich zum Kontrollieren der Hypothesen, ob eine Generalisierbarkeit über mehrere Fälle hinweg noch hält, oder ob sie modifiziert oder fallengelassen werden müssen.

#### *Was vergleichen?*

Zuerst müssen Kriterien identifiziert werden, die über das Einzelphänomen hinausgehen. Des Weiteren müssen die Kriterien eine Varianz besitzen, also klären, ob Dinge gleich sind und wann ihre Unterschiedlichkeit beginnt.

#### *Wie vergleichen?*

Dabei sind die zu vergleichenden Fälle von Bedeutung, welche Aussagen nun fallspezifisch sind und was generalisierbar. Es entsteht dabei ein Dilemma zwischen der Konzentration auf den Fall (bzw. eigentlich die Fälle) – also idiographisch und der Konzentration auf die Variablen (nomothetisch). Denn um zu abstrahieren, müssen wieder Umstände (Variablen), welche für den Fall interessant, aber womöglich für einen Vergleich nicht von Bedeutung sind, vernachlässigt werden.<sup>76</sup>

Es existieren verschiedene wissenschaftliche Methoden, um dem Ziel einer empirischen Verifikation näher zu kommen bzw. diese zu erlangen: Das Experiment führt Untersuchungen in einem kontrollierten Raum durch, eine unabhängige Variable wird bewusst verändert, um sie mit einer Kontrollgruppe vergleichen zu können – in der Politikwissenschaft kann das Experiment jedoch selten angewandt werden. Die statistische Methode unterteilt die untersuchten

---

<sup>76</sup> Vgl. Jahn. 2006. S.161-166.

Einheiten in Gruppen, um die vermuteten Zusammenhänge, also die Variablen, in Korrelation zu setzen. Unterscheiden sich die Gruppen, so kann man (sofern eine Signifikanz gegeben ist), davon ausgehen, dass ein Zusammenhang besteht. Von einer Gruppe wird auf ein Gesamtverhalten hin geschlossen (z. B. Einkommen und Wahlpräferenz). In der vergleichenden Politikwissenschaft stehen den vielen Fällen einer gesellschaftspolitischen statistischen Erhebung jedoch wenige Fälle (die Staaten) zur Verfügung, was ein wesentlicher Unterschied ist, denn hier liegt somit ein Augenmerk auf den Kriterien, nach denen Fälle für die Untersuchung ausgewählt werden – die Aussagen treffen im Ergebnis auf die ausgewählten Fälle zu und nicht auf eine Grundgesamtheit, sodass streng genommen auch kein Signifikanztest nötig wäre.<sup>77</sup>

Die Fallstudie stellt einen besonderen Fall dar. Da es sich bei dieser Arbeit auch um eine Fallstudie handelt, deren Analyse jedoch Bezug auf eine mögliche Anwendung in der vergleichenden Methode nimmt, soll diese ausführlicher betrachtet werden.

Die Fallstudie ist ein oft benutztes Instrument in der vergleichenden Politikwissenschaft, obwohl sie keine in der Disziplin genuine Untersuchungsmethode darstellt. Fallstudien haben sowohl einige Vorteile als auch Nachteile. Vorteilhaft ist, dass sie mit wenigen Ressourcen auskommen können und der Praxisbezug gegebenenfalls Einfluss auf Politik oder andere Problemfelder ermöglichen kann. Fallstudien besitzen eine gewisse Flexibilität, sodass beim Auftauchen neuer Erkenntnisse während des Prozesses die Vorgehensweise verändert werden kann, ihr explorativer Charakter ermöglicht eine Auseinandersetzung zwischen Ideen, Hypothesen und empirischen Beweisen.

Ein großer Nachteil von Fallstudien besteht darin, dass die Ergebnisse aus dem einen Fall nicht unbedingt Gültigkeit für andere Fälle haben müssen, der Generalisierungsgrad ist sehr begrenzt. Die Ergebnisse hängen oft mit einer Interpretation und Argumentation der Kausalitäten, also auch der Auswahl der relevanten Variablen, zusammen und könnten von anderen Forschern durch eine andere Auswahl und einer „besseren“ Argumentation widerlegt werden –

---

<sup>77</sup> Vgl. Jahn. 2006. S.175-179.

eine Überprüfung verlangt also den Vergleich mit einem anderen Fall, um die behaupteten Zusammenhänge testen zu können. Einen höheren Stellenwert in der vergleichenden Politikwissenschaft erreichen also Studien, in denen konkret mehrere Fälle verglichen werden – was aber deutlich mehr Ressourcen verlangt. Größte Fehlerquelle bei der Fallstudie ist logischerweise der Forscher selbst, da die Auswahl des Falles, der Theorie und der Variablen sehr subjektiv sind, auch wenn während der Untersuchung selbst auf Objektivität geachtet wird.

Ein Problem der Definition ist auch, was denn nun ein „Fall“ ist. Verschiedene Definitionen existieren, von einem Zugang, wo ein Fall nur ein bestimmtes Phänomen, ein Datenpunkt, ist, andere jedoch mehrere Einflüsse einbauen – egal welcher der Definitionen man folgen würde, ist es im Prinzip wesentlich zu definieren, für was ein Fall ein Fall ist. Damit ergibt sich eine Verknüpfung zwischen der verwendeten Theorie und dem untersuchten Fall.<sup>78</sup>

Die Vorgänge in Haiti werden z. B. in dieser Fallstudie zwar der Verständlichkeit halber mit Daten erklärt, welche nicht unbedingt relevant für die Darstellung des Falles sein werden, letztendlich soll aber die Identifizierung der Variablen und die Überprüfung der Hypothesen zeigen, ob die Theorie adäquat für weitere Fälle ist. Kurz gesagt: Haiti (die konkret untersuchten Vorgänge) hat die Eigenschaften a, b, c, usw. Die Theorie geht davon aus, dass diese Eigenschaften zu Phänomenen A und B führen. Stimmt das, kann man letztendlich überprüfen, ob ein anderer Fall mit den Eigenschaften a, b, c, usw. zu denselben Phänomenen führt. In dieser Fallstudie werden in konkreten Problemfeldern mit dem theoretischen Überbau der Interdependenz Phänomene und ihre Zusammenhänge dargestellt, sodass diese Darstellung einen Vergleich möglich macht. Die Ausführungen zuvor geben die Eigenschaften wider.

Bei einem Vorschlag zur Kategorisierung von Fallstudien würde diese in die Kategorie „Theorieorientierte interpretative Fallstudie“ fallen. Dabei wird der Fall aus einem speziellen Interesse heraus ausgewählt und es wird nicht versucht, eine Theorie daraus zu generieren. Der Fall wird aber nicht rein konfigurativ-

---

<sup>78</sup> Vgl. Jahn. 2006. S.320-324.

idiographisch bearbeitet, sondern durch eine konkrete Theorie interpretiert. Ist der Nutzen zur Theoriebildung selbst in diesem Fall gering, ist es trotzdem umgekehrt wichtig, einer Theorie Sinn zu verleihen, denn zur Interpretation wurde sie „geschaffen“. Aber auch diese Interpretationen haben in einem vergleichenden Spektrum einen hohen Stellenwert: Denn wird derselbe Fall durch eine andere Theorie interpretiert, so kann der Vergleich der Ansätze sehr wohl Erkenntnisse über Defizite oder Vorteile der einen oder anderen bringen.<sup>79</sup>

Man möge sich zur Anschauung folgendes vor Augen führen: Diese Arbeit beruht auf der neoinstitutionalen Theorie vor allem nach den konkreten Ausführungen von Keohane und Nye. Würde man die Geschehnisse um die UN-Intervention in Haiti nun mit einem realistischen Theorieansatz<sup>80</sup> untersuchen, so würde der Ansatz zivile Gruppen ausblenden können, die Umstrukturierungen vor der Wahl Aristides bräuchten nicht erwähnt zu werden, die Interessen der ausländischen Mächte in Haiti selbst wären einzige Erklärung, usw. – d. h. eine drastisch andere Interpretation würde entstehen, welche Akteure international zu berücksichtigen sind und warum diese so gehandelt haben.

Abschließend sei noch einmal darauf verwiesen, dass es sich hier um keine theoriegenerierende oder testende Fallstudie handelt. Dennoch folgt die Strukturierung dem Ansinnen, die wichtigsten Theorieaspekte übersichtlich mit den konkreten Inhalten zu präsentieren und so ein Schema herzustellen, das einen Vergleich mit einem anderen Fall zur Untersuchung der Ähnlichkeiten und letztendlich Hilfe zu einer Prognose möglich macht.

### **2.7.2. Die Interdependenzkonstellationsanalyse**

Die Ausführungen von Keohane und Nye rücken die Interdependenzen in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Der Begriff wurde anfangs schon erläutert, doch um ihn in der Analyse besser verwenden zu können, muss er weitergehend betrachtet werden.

---

<sup>79</sup> Vgl. Jahn. 2006. S.325-29.

<sup>80</sup> Vgl. Ausführungen zu Morgenthau.

## **A. Merkmale von Interdependenz**

Interdependenz lässt sich in vier Dimensionen teilen, welche die Beziehung beschreiben können:

- der Grund
- die Gewinne
- die Kosten: Empfindlichkeit und Verwundbarkeit
- die Symmetrie

### Der Grund von Interdependenz

Diese Dimension ist von Feld zu Feld unterschiedlich. Wie bereits erwähnt, entsteht Interdependenz durch Interaktionen von Akteuren über Staatsgrenzen hinweg. Bei dieser Betrachtung (als Gegenkonzept zum Neorealismus) spielt auch der zeitliche Kontext eine Rolle, denn nach dem 2. Weltkrieg intensivierten sich die globalen Netze und auch die Qualität und Quantität internationaler Akteure nahm zu. Telekommunikation z. B. spielte dabei eine große Rolle. Doch wie auch „Interdependenz“ zu dieser Zeit als eine schwammige Phrase benutzt werden konnte,<sup>81</sup> so würde man diese Entwicklungen heute im Alltagssprachgebrauch mit „Globalisierung“ betiteln.

Im militärischen Bereich führte die Entwicklung von Nuklearwaffen zu einer bedeutenden Interdependenz – nicht nur zwischen den Atommächten, denn schließlich wären bei einem Krieg alle Staaten der Welt betroffen gewesen. Diese Interdependenz rührt also von klassischer zwischenstaatlicher Macht her und das Feld wurde (und wird) auch von diesen Akteuren hauptsächlich behandelt (denn letztendlich können nur die Staaten ihre Atomwaffen kontrollieren, selbst wenn zivile Akteure dabei forschen, beobachten, analysieren, intervenieren, etc.).

Auch der wirtschaftliche Bereich schafft hohe Interdependenzen und ähnlich wie beim militärischen, spielen auch hier staatliche Akteure eine große Rolle. Weiters sind, wieder ähnlich wie im militärischen Bereich, die meisten Staaten im System vernetzt.<sup>82</sup>

---

<sup>81</sup> Vgl. Keohane. Nye. 1977. S.6f.

<sup>82</sup> Vgl. Nye. 1993. S.161f.

Diese simple Darstellung mit zwei offensichtlichen Bereichen soll nur ein Analysemittel demonstrieren, zieht man nämlich ein anderes Problemfeld heran, sind die Gründe schon vielfältiger, denn es genügt nicht nur eine Aktion, sondern eine Wechselbeziehung muss entstehen. Als Beispiel kann man hier internationale Migration nennen. Die Gründe für eine Migration sind höchst unterschiedlich und es ist schwer vorherzusehen, wo in diesem Bereich überall Interdependenzen entstehen und welche Akteure daran beteiligt sind. Als Stichwörter denke man hier an „brain drain“ oder auch Auslagerung von Produktion in andere Staaten, Fluchtmigration, Bildungsmigration und das Etablieren von Beziehungen zwischen Wissenschaftsgemeinschaften zweier Länder usw. – letztendlich muss man im jeweiligen Problemfeld, so es möglich ist, den Grund der Interdependenz beschreiben, was oft schwieriger ist, wie bei den ersten beiden Beispielen.

### Gewinne

Ein wichtiges Merkmal, welches das Handeln von Akteuren in einem interdependenten System steuert, ist, welche Gewinne für den einzelnen entstehen. Grundsätzlich wird zwischen drei theoretischen Situationen unterschieden: dem Nullsummenspiel, dem Positiv-Summenspiel und dem Negativ-Summenspiel. In der ersten Situation gewinnt ein Akteur genau das, was der Verlust des oder der anderen ist. Der „Wert“ bleibt also grundsätzlich gleich, er wird nur immer wieder anders verteilt. In der zweiten Situation geht man davon aus, dass die Interaktionen bzw. Interdependenzen für alle Beteiligten Gewinne bringen. Genau das Gegenteil ist in der dritten Situation der Fall: Alle verlieren. Das bekannte Beispiel von Nye dazu:

„Dividing a pie is zero sum, baking a larger pie is positive sum, and dropping it on the floor is negative sum.“<sup>83</sup>

Diese Situationen reflektieren nicht nur einen Status, sondern eben auch Möglichkeiten, wie ein Problemfeld bearbeitet werden kann. Stellt sich z. B. ein Problemfeld relativ einfach dar, kann eine Interdependenzsituation, welche unbearbeitet ein Negativ-Summenspiel sein würde, durch Kooperation einfach

---

<sup>83</sup> Nye. 1993. S.162.

in ein Positiv-Summenspiel verwandelt werden. Schwieriger wären Situationen mit einem echten Verteilungskonflikt, der in einem Problemfeld ein Nullsummenspiel ist, aber durch „spill over“ womöglich in einem anderen ein Negativ-Summenspiel hervorruft. Man denke hier an einen Verteilungsstreit um Güter oder Rohstoffe, welcher als Nullsummenspiel für einen Akteur Gewinne bringt, einen anderen jedoch ausbeutet. Breitet sich der Konflikt auf eine militärische Ebene aus, kann dies gegebenenfalls den Status quo erhalten, aber auch ein Negativ-Summenspiel herbeiführen. Akteure haben also die Möglichkeit, das Interdependenzmerkmal der Gewinnverteilung zu beeinflussen – vorausgesetzt es wird als Problem erkannt (was evtl. zur Gründung einer IO führen kann).<sup>84</sup>

#### Kosten von Interdependenz: Empfindlichkeit und Verwundbarkeit

In einem gegebenen System von Interdependenz führt eine Interaktion dazu, dass die anderen Akteure davon betroffen sind. Mit „Empfindlichkeit“ wird bezeichnet, wie schnell im System die Auswirkung beim anderen Akteur sichtbar wird und wie sehr der Akteur davon betroffen ist. Dabei wird angenommen, dass der Akteur nicht reagiert bzw. nicht reagieren kann. Bleibt also das System gleich, besteht womöglich kein Handlungsbedarf oder es ist schwierig, sofort adäquate Lösungen zu implizieren. Dabei spielt es eine wichtige Rolle, wie hoch die Kosten im Bereich sind.

Über einen kurzen Zeitrahmen lässt sich also zeigen, wie empfindlich ein Akteur gegenüber einer Interaktion eines anderen ist, da er nicht reagieren kann oder will, um das System an sich nicht zu gefährden. Gibt es aber Alternativen, also mögliche Reaktionen auf eine Handlung, so können diese für jeden Akteur ganz unterschiedliche Kosten bringen: Man spricht von der „Verwundbarkeit“ durch Interdependenz. Tritt ein Effekt auf, der womöglich für den Betroffenen unerwünscht ist (es kann sich dabei aber auch um eine Chance auf Gewinn handeln), so werden in der Regel nicht zeitgleich Maßnahmen parat liegen, die im etablierten System zur Anwendung kommen. Die Kosten in dieser Zeit sind mit der „Empfindlichkeit“ verbunden. Treten aber Änderungen in Kraft – also meist später – so sind die dadurch entstehenden Kosten der Politikänderung die „Verwundbarkeit“.

---

<sup>84</sup> Vgl. Nye. 1993. S.162ff; Rittberger. Zangl. 2003. S.49.

Folgendes Beispiel demonstriert die Abgrenzung:

„Two countries, each importing 35 percent of their petroleum needs, may seem equally sensitive to price rises; but if one could shift to domestic sources at moderate cost, and the other had no such alternative, the second state would be more vulnerable than the first.“<sup>85</sup>

Empfindlichkeit und Verwundbarkeit können von Problemfeld zu Problemfeld variieren. Ein Akteur kann eine Empfindlichkeit in Kauf nehmen, also nicht reagieren, weil die Kosten einer Policy-Änderung (d. h. seine Verwundbarkeit) zu groß sind. Wiederum scheinen die Beispiele maßgeschneidert auf Staaten zu sein, doch auch an dieser Stelle sei nochmals erwähnt, dass auch transnationale Akteure ein Interdependenzverhältnis hervorrufen können. Auch eine INGO kann z. B. mit Problemen konfrontiert sein, die eine Policy-Änderung nötig machen: Schließlich kann die Verwundbarkeit in diesem Bereich so groß sein, dass ein Akteur auch daran zerbrechen kann.<sup>86</sup>

### Symmetrie

Entsteht durch Interaktionen zwischen Akteuren eine Interdependenz, so kann diese weiter auf ihre Ausrichtung untersucht werden. Diese Stärke der Abhängigkeit wird an Symmetrie ausgerichtet. Besteht eine Ungleichheit in den Abhängigkeiten (d. h. einer ist abhängiger als der andere), so besteht ein asymmetrisches Verhältnis – was mehr oder weniger in allen Bereichen der Fall ist. Eine perfekte Symmetrie in den Beziehungen ist eine Ausnahme – eine totale Abhängigkeit aber ebenso.

In asymmetrischen Interdependenzen ergibt sich für den Akteur, welcher weniger abhängig ist, eine Quelle der Macht. Je stärker er im Bereich dominiert, desto mehr Möglichkeiten, das Verhältnis zu beeinflussen, hat er. Wie aber schon unter dem Merkmal „Gewinne“ ersichtlich war, ist es nicht immer ratsam, diese aus der Asymmetrie in einem Bereich entstehende Macht zu sehr gegen die anderen Akteure auszureizen. Sollte in einem anderen Bereich die Symmetrie anders gelagert sein, so kann der „Unterlegene“ versucht sein, in einem anderen Feld seine Macht spielen zu lassen, um im ursprünglichen Feld

---

<sup>85</sup> Keohane. Nye. 1977. S.13.

<sup>86</sup> Vgl. ebd. S.11-16; Nye. 1993. S.164-166; Zangl. Zürn. 2003. S.87.

die Dominanz seines Gegenübers zu bremsen. Folge könnte eine Ausweitung der Krise sein, im Extremfall kann dies wiederum in ein Negativ-Summenspiel für alle umschlagen. Eine Abwägung der Handlungsoptionen in den möglichen Feldern, in denen eine Interdependenz besteht, ist also eine wichtige Komponente im Krisenmanagement: Dazu gehört die Analyse, wie die Symmetrien gelagert sind, um nicht in die Falle zu gehen, sich durch die Auskostung einer Asymmetrie in einem anderen Bereich zu schaden. Die eigentliche Macht aus einer asymmetrischen Interdependenz besteht also zuerst in den jeweiligen Ressourcen im Bereich oder dem Potential, Ergebnisse einer Interaktion beeinflussen zu können.<sup>87</sup>

## **B. Durchführung der Analyse**

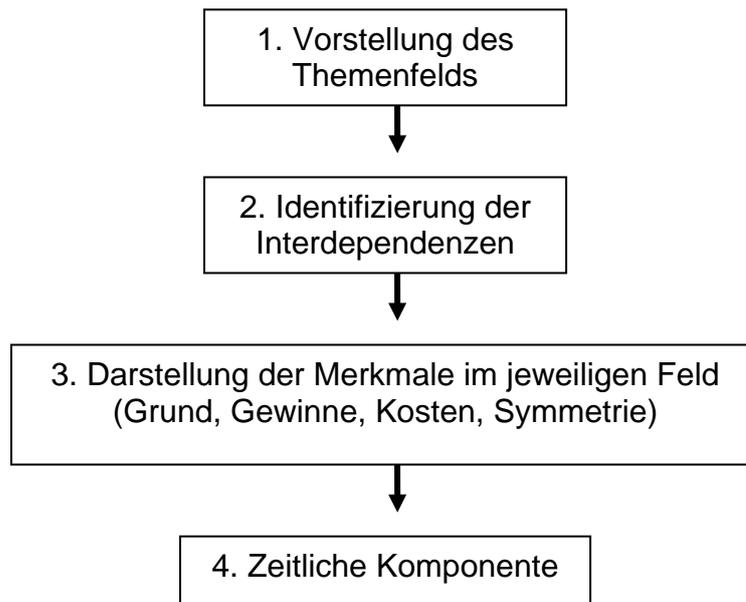
Mit diesen vier Dimensionen kann nun ein Analysemittel erstellt werden, das uns hilft, die Realität entsprechend zu zerlegen. Im Detail wird in dieser Arbeit so vorgegangen:

Zuerst werden drei Hauptthemenfelder (Politische Stabilität und Sicherheit, Migration und Drogenhandel) vorgestellt. In jedem Feld wird anfangs die Faktenlage erläutert. Der nächste Schritt filtert aus dieser Empirie die Interdependenzen heraus. Diese müssen nun auf ihre vier Dimensionen untersucht werden und weil diese Arbeit auch die Entwicklung der Interdependenzen untersucht, wird die zeitliche Komponente ebenso eingebunden (also die Veränderungen).

---

<sup>87</sup> Vgl. Nye. 1993. S.166ff; Keohane. Nye. 1977. S.11.

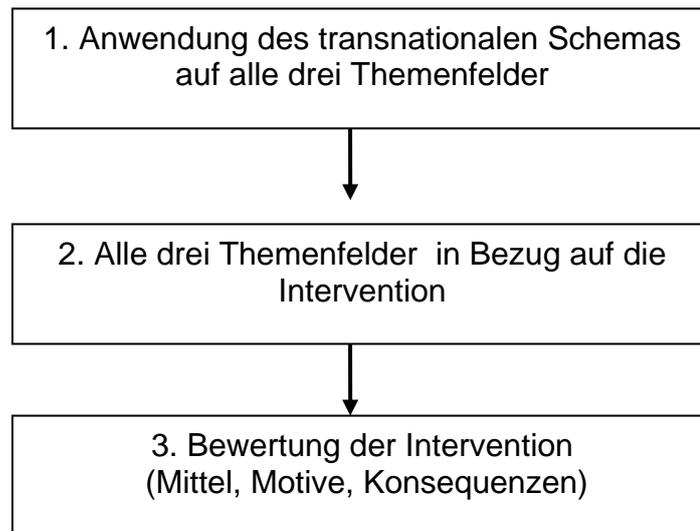
Abb. 4: Untersuchungsschritte in einzelnen Themenfeldern



Grafik: Eigendarstellung

Sind die drei relevanten Themenfelder ausreichend untersucht, kann man sie in Beziehung zueinander setzen. Zuerst wird dies in jedem Themenfeld gesondert nach dem transnationalen Schema von Keohane und Nye durchgeführt, weil nun auch die relevanten Akteure identifiziert sind. An diesem Punkt sind also die Themenfelder auf ihre Interdependenzkonstellation hin untersucht worden. Als finaler Punkt kann nun dargestellt werden, in welcher Weise sich diese drei Themenfelder auf den Entschluss und die Modalitäten der Intervention auswirkten und eine Bewertung in Hinsicht auf die Motive, Mittel und Konsequenzen getroffen werden.

Abb. 5: Schritte zur Verknüpfung aller Themenfelder



Grafik: Eigendarstellung

Nach diesen Schritten wurde der Fall grundlegend auf die Interdependenzkonstellation hin untersucht und es können die Forschungsfragen beantwortet werden. Eine genauere Erläuterung aller Abschnitte findet sich im nächsten Kapitel.

### **2.7.3. Quellen und Aufbau der Studie**

#### Quellen

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine theorieorientierte interpretative Fallstudie. Als empirisches Mittel wird Literatur verwendet (in deutscher und englischer Sprache, wobei bei direkten englischen Zitaten auf eine Übersetzung verzichtet wurde), außerdem Artikel aus Zeitschriften und Daten aus Übersichtsbänden oder Online-Archiven zu den jeweiligen Problemgebieten. Zur Darstellung der Theorien wurden Sammelbände als Sekundärliteratur benutzt, bei der Vorstellung der einzelnen Richtungen Primärliteratur der wichtigsten Vertreter. Die Grundlagen des Neoinstitutionalismus beruhen zudem auf Sekundärliteratur, wobei manche Autoren selbst eine klare Theoriepräferenz in diese Richtung bestätigen.

In der Fallstudie selbst werden Sekundärquellen interpretiert, Artikel aus Fachmagazinen behandelt und Internetquellen verwendet. Werden Daten oder

Aussagen aus der subjektiven Sicht eines „Erzählers“ übernommen, wird darauf hingewiesen. Dabei ist ein Spezialfall die Autobiographie Aristides, da sie 1994 erschien (also vor seiner Rückkehr nach Haiti) und sich seine Angaben zum Großteil mit anderen Quellen decken, jedoch an dieser Stelle auf das Problem der starken Subjektivität hingewiesen werden muss. Da sie aber Aufschluss über seinen Werdegang und seinen Vorstellungen über ein politisches Programm für Haiti (welches er zumindest zu diesem Zeitpunkt so präsentiert) gibt, wurde sie von mir als Quelle herangezogen (siehe dazu die entsprechenden Zitate).

Selbst durchgeführte empirische Studien kommen in dieser Arbeit nicht vor, es wurde in Österreich zugängliche Literatur verwendet.

### Aufbau der Studie:

#### *Historischer Abriss*

Da einige Faktoren, welche für die Interdependenzen relevant sind, sich im Laufe der Geschichte zusammenfügten, ist der erste Teil ein historischer Abriss bis zu der Zeit vor dem Putsch.

#### *Militärputsch und UN-Intervention 1991 - 1994*

Dieser Teil trifft die oben gestellte Frage, für was dieser Fall ein Fall ist. Der Kernpunkt besteht darin, dass es sich um ein Land handelt, in dem eine Intervention (auch eine der ersten nach dem Fall des Ostblocks) einer IO mit einer Invasion stattfand. Dies meint auch, dass hier tatsächlich eine Intervention durchgeführt wurde, auch wenn eine Nicht-Intervention eine Möglichkeit gewesen wäre. Im Detail konzentriert sich die Darstellung zuerst auf die Verhandlungen und Vorgänge auf diplomatischem Boden unter Beachtung der „klassischen“ Akteure auf internationaler Ebene. Somit wird der Fall vorerst ohne vordergründige Berücksichtigung von Kausalitäten dargestellt.

Da die Person Aristide und die Lavalas-Bewegung eine wichtige Komponente in den Vorgängen zum Putsch spielen, werden diese vorab gesondert vorgestellt.

### *Entwicklung der Interdependenzen in ausgewählten Problemfeldern*

In ausgewählten Problemfeldern wird in diesem Teil dargestellt, welche Motive ausschlaggebend für das Handeln der jeweiligen Akteure im Problemfeld waren, verbunden mit ihrer Einbindung in die Intervention. Hiermit werden also die vorigen Teile in Hinblick auf Interdependenzen zerlegt, die durch transnationales Handeln entstanden sind bzw. deren Veränderung. Die Kausalitäten stehen in diesem Teil im Vordergrund, interpretiert durch die gewählte „Theoriebrille“. Chronologisch zieht sich die Betrachtung der Problemfelder bis heute hin, da die Auswirkungen der Intervention wichtig sind und auch die Handlungsmotive der Akteure auf die Zukunft ausgerichtet waren. Die Auswahl der Problemfelder selbst scheint dabei zuerst subjektiv, in zweiter Linie ist sie natürlich an die prominente Stellung in der Literatur gebunden (welche sie einnehmen), und der wichtigste Punkt: die Tragweite des transnationalen Handelns der Akteure. Zum Verständnis folgt der Exkurs mit einigen weiteren Teilbereichen in Kürze, die zum Verständnis des Gesamtbildes nicht völlig ausgeblendet werden sollen, die aber nicht explizit auf die Interdependenzen hin untersucht werden.

Nach diesen Kapiteln folgt die schon zuvor vorgestellte Interdependenzkonstellationsanalyse.

### *Überprüfung der Hypothesen und Beantwortung der Forschungsfragen / Fazit*

Der letzte Teil nimmt Bezug auf die anfangs gestellten Forschungsfragen und überprüft an der Studie die Hypothesen, gefolgt von einem Fazit zur Arbeit.

#### **2.7.4. Hypothesen**

Da der theoretische Rahmen, die Begriffe und die Art der Analyse ausreichend erklärt und eingegrenzt wurden, können schließlich noch die Hypothesen angeführt werden, mit denen an den Fall herangegangen wird:

1. Es bestanden starke Interdependenzen zwischen den Akteuren in den für als wichtig empfundenen Problemfeldern. Kombiniert ergaben sie die Konstellation, dass eine Entscheidung für die Intervention(en) getroffen wurde.
2. Es ist anzunehmen, dass in den meisten Problemfeldern Asymmetrien bestanden und diese die Richtung zum Nachteil Haitis annahmen. Einzelne Richtungen müssen aber zum Defizit anderer, wichtiger Akteure (vor allem der USA) gegangen sein, um überhaupt eine Intervention möglich zu machen.
3. Die heutige Lage des Staates legt nahe, dass eine bessere Berücksichtigung der Interdependenzen und deren gegenseitige Effekte in der Vorgehensweise für fast alle Beteiligten (mit einigen Ausnahmen) einen besseren Status gebracht hätte.

## **3. Fallstudie**

### **3.1. Historischer Abriss**

Die Geschichte Haitis ist für den konkreten Fall ein wesentlicher Baustein. In den jeweiligen Epochen kamen immer neue Faktoren hinzu, die zusammengenommen die Situation zu Beginn der Neunziger Jahre bildeten, vor deren Hintergrund die erste freie Wahl abgehalten wurde. Doch nicht nur politische, sondern auch ökonomische und auch ökologische Probleme des Landes wurzeln oft weit zurück, sodass die Historie die Situation verstehen hilft. Aus diesem Grund sind die einzelnen Epochen zwar nur kurz dargestellt, jedoch muss man bei der Kolonialisierung beginnen, um alle Faktoren einzubeziehen.

#### **3.1.1. Kolonialgeschichte**

Die Insel, dessen Westteil das heutige Haiti bildet, wurde am 5. Dezember 1492 von Christoph Kolumbus entdeckt und auf „Hispaniola“ getauft („Die spanische Insel“). Sie wurde in Folge die Basis für die Expansion am Kontinent – wie so oft wurde dies der einheimischen Bevölkerung zum Verhängnis, welche zum Großteil direkt oder durch Krankheiten der Eroberer getötet wurden (50 Jahre nach der Entdeckung waren gerade noch an die 1000 der Ureinwohner übrig). Damit begann auch 1552 der Sklavenimport aus Afrika nach Hispaniola. Im Westen der Insel waren die Goldvorräte schneller erschöpft als im anderen Teil und so wanderten die spanischen Siedler wieder ab, das Gebiet unterlag keiner Kontrolle mehr.

So konnten sich Engländer, Holländer und Franzosen dort festsetzen, deren Siedlungen durch Schmuggel und als Piratenhäfen ihr Geld machten. Vor allem die französischen „*Bukaniere*“ konnten sich erfolgreich behaupten. Nach Jahren der Auseinandersetzung zwischen den Kolonialmächten kam der Westteil zur französischen Krone (1697), die heutige Grenze wurde 1777 festgelegt (Name: *Saint-Domingue*).

Eine extensive Plantagenwirtschaft (zuerst hauptsächlich Zucker, dann überwiegend Kaffee) und der damit verbundene Bedarf an Sklaven teilte die Bevölkerung in eine sehr kleine Schicht der Besitzenden und eine sehr große Schicht der afrikanischen Sklaven. Dazu kam noch eine wachsende Zahl an Mulatten. Da jedoch Letztere (und nach dem Siebenjährigen Krieg auch eine beträchtliche Anzahl neuer französischer Siedler) Landbesitz in den unzugänglicheren Gebieten hatten, wenn auch nur geringen, erwuchs ein eigenes Identitätsgefühl, es gab also keine wirkliche Identifikation mit Frankreich mehr. Später lebten in Haiti auch Gruppen von freien Sklaven und Banden von entlaufenen Sklaven. (Schätzung Ende des 18. Jahrhunderts: 560000 Bewohner, davon ca. 88 Prozent in Afrika geborene Sklaven, der Rest die oben genannten Gruppen). Neben Französisch entstand dabei auch aus einem Mix mit afrikanischen Sprachen und in Verbindung mit dem Voodoo-Kult das Kreolische.

Mit der französischen Revolution versuchten sowohl die europäischen Siedler in Haiti unabhängiger von Frankreich zu werden, als auch die farbigen Einwohner politische Gleichstellung (also nach dem Spruch „*Egalité*“) zu erreichen. Schließlich begann am 14. August 1791 ein Sklavenaufstand, der das Schicksal der Kolonie veränderte. Eine verwirrende Kette von Kampfabläufen in dem sowohl französische Truppen französische Konterrevolutionäre (d. h. die weiße Oberschicht) bekämpften, sich Siedler der englischen Krone und Sklaven der spanischen unterstellten und wieder alle die Seiten wechselten, war die Folge. Der Sklavenführer und Nationalheld Francois Dominique Toussaint-L'Ouverture (1745 - 1803) unterstellte sich mit seiner Armee schließlich der französischen Krone, konnte die weißen und mulattischen Gegner bezwingen und etablierte sich auch als politischer Führer der Kolonie – seine Machtstellung veranlasste Frankreich dazu, ihn zum Gouverneur zu machen. Toussaint-L'Ouverture konnte dann auch den ehemaligen spanischen Besitz im Osten der Insel besetzen und proklamierte eine eigene Verfassung. Napoleon ließ ihn aber verhaften (die Kolonien sollten wieder unter starke Kontrolle kommen und die Sklaverei wieder eingeführt werden; er starb in einem Gefängnis nahe der Schweiz), doch die französische Expeditionsarmee wurde geschlagen und am

1. Januar 1804 wurde der Staat Haiti (nach *Ayti* „Bergiges Land“) unabhängig – als erste Kolonie Lateinamerikas.<sup>88</sup>

### **3.1.2. Unabhängigkeit bis zur US-Invasion**

Am 8. Oktober 1804 wurde in Haiti Jean-Jacques Dessalines (1758 - 1806) zum Kaiser Jacques I. gekrönt (nach dem Vorbild Napoleons). Dessen Programm war zwar auf gute Nachbarschaft mit den Großmächten (die größte Bedrohung bestand weiterhin von außen) ausgerichtet, im Inneren wurden Weiße aber verfolgt und auch gegen den Westteil der Insel führte er einen Feldzug, der jedoch an der Einnahme Santo Domingos scheiterte. In dieser Zeit verfestigte sich auch die soziale Trennlinie zwischen „Schwarzen“<sup>89</sup> und den „*affranchis*“, den Mulatten (ca. zehn Prozent der Bevölkerung), welche durch ihren schon in der Kolonialzeit erworbenen Besitz und höhere Ausbildung einen Führungsanspruch stellten. Die Generäle und Offiziere aus dem Unabhängigkeitskrieg bildeten zudem ein weiteres Element, welche sich als Elite sah, wogegen die Bauernbevölkerung oft noch aus in Afrika geborenen ehemaligen Sklaven bestand. Da die ehemaligen Plantagen der weißen Besitzer zumeist an die Generäle etc. verteilt wurden, waren die einfachen Bauern letztendlich wieder Plantagenarbeiter auf fremdem Grundbesitz – eine neue Form der Sklaverei entstand in Haiti. Dessalines versuchte noch eine Reform, hatte sich aber mittlerweile alle Gruppen zum Feind gemacht, sodass er in einem Aufstand 1806 getötet wurde.

Auf einer Verfassung nach US-amerikanischen Vorbild wurde nun eine Republik gegründet, der Präsident wurde Exekutivorgan mit einem starken Senat als Kontrolle. Das Wahlrecht war jedoch ein Zensuswahlrecht mit hohen Beschränkungen. Der erste Präsident Henri Christophe spaltete jedoch die Insel, nachdem er mit seiner Rolle nicht zufrieden war, in zwei Teile: ein Königreich im Norden und die Republik im Süden (mit Alexandre Pétion an der Spitze, welcher das Präsidentenamt auf Lebenszeit ausdehnte).

---

<sup>88</sup> Vgl. Bernecker. Kleine Geschichte Haitis. Suhrkamp. Frankfurt am Main. 1996. S.11-46.

<sup>89</sup> Anmerkung: bezeichnet alle Haitianer in der neuen Verfassung; da es sich auch um eine Selbstbeschreibung handelte, wird der Begriff, obwohl problematisch, für diesen Teil der Arbeit übernommen.

In dieser Zeit manifestierten sich Probleme, die bis in die heutige Zeit in Haiti nachwirken. Zum einen die schon erwähnte Spaltung der Gesellschaft nach Linien der Hautfarbe, welche im realen Zusammenhang mit den Lebensbedingungen der Betroffenen stand. Weiters war nach dem Unabhängigkeitskrieg eine mögliche Industrialisierung des Exports mit Zuckersiedereien zum Erliegen gekommen, exportorientierte cash-crops wiederum verlangten ein Arbeitssystem, welche dem Befreiungsgedanken der ehemaligen Sklaven entgegenstand. Effekt war auch eine Absiedelung in Hanglagen, wo Kleinbauern mit Kaffee noch selbstständig wirtschaften konnten, es aber zu einer katastrophalen Rodungstätigkeit und der damit verbundenen Abspülung kam – die einst kultivierten Ebenen verödeten, die mulattische Schicht konzentrierte sich auf die Städte und auf Tätigkeiten im Handel und der Verwaltung.

Kurz gesagt, war es ein Kampf zwischen staatlich gelenkter Plantagenwirtschaft mit hoher Eigentumskonzentration und einer kleinbäuerlichen Privatwirtschaft, verbunden mit dem Kampf um echte Freiheit der ehemaligen Sklaven.

Im Norden regierte Christophe nach dem Vorbild europäischer Monarchen mit viel Prunk, Prestige- und Befestigungsbauten. Ökonomisch war der Norden durchaus erfolgreich, denn Christophe setzte mit eiserner Hand eine Weiterführung der Plantagenwirtschaft durch und genehmigte ausländischen Händlern größte Freiheiten. Die sozialen Spannungen wurden dadurch natürlich extrem verschärft (die Arbeiter wurden mit militärischer Gewalt zur Arbeit gezwungen) und nachdem ihn 1820 ein Aufstand in eine ausweglose Situation gedrängt hatte, verübte er Selbstmord – der neue Staatschef des Südens, Jean Pierre Boyer, vereinte Haiti im selben Jahr wieder.<sup>90</sup>

In der Amtszeit Boyers fanden wichtige Schritte in der Außenpolitik statt. Mit Frankreich konnte man sich auf eine Anerkennung des Staates einigen, der jedoch mit exorbitanten Wiedergutmachungszahlungen verbunden war, zudem erkannten Großbritannien und kleinere europäische Länder Haiti an. Weiters wurde wiederum der Westteil der Insel von Haiti besetzt und dieser „haitisiert“. Für die weitere Geschichte von großer Bedeutung waren auch die neuen großen Handelsbeziehungen zu den USA. Obwohl sie den Staat nicht

---

<sup>90</sup> Vgl. Bernecker. 1996. S.47-66.

anerkannten, machten amerikanische Händler dort gute Geschäfte: 1821 kamen 45 Prozent des Imports aus den USA, zudem wurde ein Versuch unternommen, afroamerikanische Nordamerikaner in Haiti anzusiedeln, da qualifizierte Handwerker gebraucht wurden und Thomas Jefferson einen Staat freier Afroamerikaner in den USA verhindern wollte.<sup>91</sup>

Für afroamerikanische Bürger war Haiti jedoch nicht nur ein Auswanderungsland, sondern auch Symbol für Selbstbewusstsein. Dazu trugen auch die militärischen Erfolge der Kriege bei, welche Haiti als „starken“ Zufluchtsort vor der Unterdrückung in der Heimat erscheinen ließen. Theoretisch bot das Land auch die Möglichkeit der gesetzlichen und ökonomischen Gleichstellung, auch der Partizipation am System, welches in den USA verwehrt blieb. Ausländische Besitzungen waren in Haiti prinzipiell zwar verboten, für diese Gruppe wurden jedoch (selbstverständlich) Erleichterungen und dazu Immigrationsbehörden geschaffen (ab 1860). Im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts emigrierten ca. 6000 Afroamerikaner nach Haiti.<sup>92</sup>

Im ökonomischen Bereich fiel die Zeit Boyers jedoch bescheiden aus. Nachdem immer weniger Güter für den Export hergestellt wurden, die Staatskassen aufgrund der Reparationszahlungen und spezieller Vergünstigungen für französische Händler immer leerer wurden, versuchte auch er es mit einem autoritären Arbeitsgesetz, dem „*code rural*“, hatte jedoch dabei wenig Erfolg, obwohl das Land hoch militarisiert war (28000 Armeeangehörige, 40000 Milizionäre bei einer Bevölkerung von nicht ganz 800000). Als Beispiel: Die Exporte von Rohzucker waren im Jahr 1789 noch 141089831 Pfund, im Jahr 1841 nur noch 1363 Pfund.<sup>93</sup> Der Staat finanzierte sich vor allem durch die Kaffee-Exportzöllen, die ländliche Bevölkerung trug also die Hauptlast.

Gesellschaftlich verfestigte sich die Dichotomie des Staates: Die schwarze Landbevölkerung lebte isoliert von Bildung oder Infrastruktur und unterhielt trotzdem den Staat. Die mulattische Oberschicht konzentrierte sich auf die Städte, kontrollierte den Handel und die Verwaltung. Deren Beziehungen zu

---

<sup>91</sup> Vgl. Bernecker. 1996. S.66-71

<sup>92</sup> Vgl. Coupeau. The History of Haiti. Greenwood Press. Westport. 2008. S.53-56.

<sup>93</sup> Bernecker. 1996. S.74.

ausländischen Händlern wurde auch immer mehr zur Finanzfalle für den Staat, welcher mehr und mehr Kredite dort aufnahm. Auch in der Sprache manifestierte sich der Gegensatz: Französisch in den Städten und innerhalb einer kleinen Elite, Kreol wurde vom Rest gesprochen. Aufstiegschancen gab es nur in der Armee, was wiederum zu einer Dominanz der Schwarzen in den oberen Rängen führte – ein Dorn im Auge der mulattischen Schicht. Boyer floh 1843 nach Jamaika, nachdem ein Aufstand gegen ihn aufgrund der ökonomischen Missstände ausgebrochen war.<sup>94</sup>

In den Jahren 1843 – 1915 waren die Ereignisse in Haiti von stetem Aufruhr gekennzeichnet. 22 Präsidenten wechselten sich ab, von denen nur 11 mehr als ein Jahr im Amt waren. Die Abhängigkeit von ausländischem Kapital wuchs ständig, da keine Einkommenssteuern, sondern nur Export- oder Importsteuern, welche in unruhigen Zeiten spärlich flossen, eingehoben wurden, was mit der Gründung der Staatsbank von Haiti 1880, welche aus einem französischem Unternehmen bestand und damit ein Vermögen machte, einen traurigen Höhepunkt fand. Auch US-amerikanische Gelder wurden in dieses Unternehmen investiert. Fertigprodukte flossen nach Haiti, während dort kaum Industrialisierung stattfand, da ausländische Investoren durch die hohe politische Instabilität von langfristigen Investitionen absahen. Bei Problemen zwischen ausländischen Händlern und der Regierung kamen deren Regierungen oft mit militärischer Macht, um ihnen unter die Arme zu greifen: Zwischen 1849 und 1913 ankerten US-amerikanische Kriegsschiffe 26 mal vor Haiti, sogar Kaiser Wilhelm II. intervenierte mit einem Kriegsschiff, als ein deutscher Bürger wegen Beleidigung eines Polizisten zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

Ausländische Händler schürten oft Aufstände, da sie gutes Geld mit den stark überhöhten Reparationszahlungen durch den Staat machten oder finanzierten politische Gegenspieler des Präsidenten, wenn dieser nicht ihrem Willen folgte. Die zuvor so starken amerikanischen Importe wurden von den Deutschen abgelöst, was in den USA zu einer Lobbybildung führte, welche sich für ein Engagement durch den Staat in Haiti stark machte – selbst ein vorteilhafter Vertrag von 1864 konnte die USA nicht an die gewünschte Position bringen.

---

<sup>94</sup> Vgl. Bernecker. 1996. S.74-81

Der Streit innerhalb der Handelsgruppen eskalierte zusehends. Arabische Händler, die sich in Haiti niedergelassen hatten, nahmen oft eine amerikanische Staatsbürgerschaft an, da sie aufgrund des alten Vertrages dann gleiche Rechte wie die Haitianer hatten, zudem aber den Schutz der USA erhofften. Die USA sahen sie wiederum als gute Partner beim Import amerikanischer Güter und konnten die geplante Ausweisung (welche von einheimischen Händlern angestrengt wurde) erfolgreich verhindern. 1915 gab ein weiterer Sturz eines Präsidenten dann die Gelegenheit, in Haiti eine Invasion zu starten.<sup>95</sup>

### **3.1.3. US-Besatzung**

Schon 1914 waren amerikanische Marines kurzfristig in Haiti gelandet, um „ausländische Interessen“ zu schützen. Ein Vertrag mit General Vilburn Guillaume Sam, der mit Gewalt die Präsidentschaft an sich riss, hatte das Ziel, die Zollkontrolle unter direkte US-Aufsicht zu stellen. Dieser erwies sich aber als sehr eigenwillig und nachdem er 1915 durch einen Angriff des nächsten Präsidentschaftsanwärters zur Flucht gezwungen und schließlich ermordet wurde, landeten am 28. Juli 350 Marines vom Kriegsschiff *U.S.S. Washington* in Port-au-Prince und besiegelten damit das Schicksal der ersten unabhängigen „Sklavenrepublik“.

Der radikale Schritt wurde offiziell mit der Aufrechterhaltung der Ordnung, dem Schutz ausländischer Investitionen (vielmehr wurden aber der französische Einfluss zurückgedrängt und die Deutschen, nachdem Haiti gezwungen wurde, im Ersten Weltkrieg dem Deutschen Reich 1918 den Krieg zu erklären, enteignet und ausgewiesen) und der Einforderung der Schulden (obwohl Haiti trotz der innenpolitischen Wirren den Forderungen regelmäßig nachgekommen war) gerechtfertigt.

Tatsächliche Gründe waren eher geopolitischer und wirtschaftlicher Natur. Die USA hatten durch die strategische Bedeutung der „Windpassage“ zwischen Kuba und Hispaniola (hier führen die Schiffe vom Panamakanal aus) die Befürchtung, eine andere Macht könnte hier die Kontrolle erlangen. Ein interessantes Detail dabei ist auch, dass der starke deutsche Einfluss in der

---

<sup>95</sup> Vgl. Coupeau. 2008. S.61-68.

haitianischen Gesellschaft die Angst aufkommen ließ, das Deutsche Reich würde hier einen Flottenrückzugspunkt aufbauen.

Wirtschaftlich gesehen ist die Argumentationsweise, warum es tatsächlich zur Invasion kam, etwas schwieriger. Die US Investitionen in Haiti selbst waren vergleichsweise (zu anderen Staaten, in denen die USA Geld hatte) gering und die Importquote aus den USA schon extrem hoch. Doch scheint es, dass eine Mixtur aus der Vorstellung, eine exportorientierte Wirtschaft unter US-Kontrolle (ähnlich wie in Kuba) in Haiti zu ermöglichen und einigen Persönlichkeiten, die gezielt eine Lobby zur Intervention bildeten (also Informationstransfer nach Washington steuerten), um persönlich davon zu profitieren, letztendlich der entscheidende Faktor war. Umgekehrt könnten jedoch auch Militärs und Politiker der Überzeugung gewesen sein, dass eine militärische Invasion nur mit wirtschaftlichen Investitionen eine längerfristige Anbindung schaffen konnte.

Die Amerikaner übernahmen die Kontrolle weiter Teile der haitianischen Verwaltung und installierten einen Präsidenten nach ihrem Wunsch. Eine für die Zukunft wichtige Aktion der Amerikaner war die Aufstellung einer neuen Armee in Haiti, eine Mischung aus Polizei und Armee, die „Garde“. Anfangs nur unter amerikanischen Offizieren, sollten sie die in der Vergangenheit immer wiederkehrenden Aufstände bekämpfen. Weiters waren sie auch in der Durchsetzung eines neuerlichen Gesetzes zur Zwangsarbeit (Infrastrukturausbau) tätig, was in der Durchführung mehr oder minder wieder Sklaverei bedeutete: Das Gesetz musste zurückgenommen werden, wurde aber weiterhin praktiziert, was blutige Aufstände nach sich zog.

Insgesamt hatten die Amerikaner aus der Zeit der Besatzung keinen großen Gewinn gezogen. Nur die Kontrolle der Finanzwirtschaft war eine gute Einkommensquelle, alle anderen Unternehmungen scheiterten und auch die aufgebaute Infrastruktur und der Verwaltungsapparat zerfiel rapide, da durch eine rassistische Einstellung den Haitianern gegenüber keine qualifizierten Personen nachkamen, welche die Aufgaben übernehmen konnten – oder wollten. Denn auch die Rivalität zwischen schwarzer Landbevölkerung und mulattischer Elite wurde kurzfristig zurückgedrängt und vom gemeinsamen Antiamerikanismus überlagert.

Ein anschauliches Beispiel der Einstellung der Amerikaner gibt das Zitat von W.J. Bryans, dem US-Außenminister unter Wilson, nach einem Besuch in Haiti:

„Dear me, think of it! Niggers speaking french.“<sup>96</sup>

Der Staat wurde stärker zentralisiert, sodass die Hauptstadt mehr Kontrolle über den Norden haben konnte (die Region war zuvor immer wieder der Ausgangspunkt von Umstürzen gewesen) und, wie schon erwähnt, gab es nun eine Armee, welche nicht zur Verteidigung, sondern zur Unterdrückung der Bevölkerung geschaffen wurde. Bernecker bewertet die negativen Auswirkungen der Besatzung schließlich als viel stärker, als die wenigen positiven.<sup>97</sup>

Coupeau stellt im Wesentlichen die selben Tendenzen fest, nur fügt er noch einen Punkt als Auswirkung der US-Okkupation hinzu: die Arbeitsmigration nach Kuba und die Dominikanische Republik. Auf diese Tendenzen wird später noch genauer eingegangen, aber hier soll erwähnt werden, dass Migration nun alle Schichten der Bevölkerung betraf, während zuvor nur finanziell besser gestellte diese Möglichkeit in Betracht zogen.<sup>98</sup>

#### **3.1.4. Post-US-Okkupation bis zur Duvalier-Diktatur**

In der Zeit des Abzugs der US-Truppen 1934 (der Vertrag lief aus, doch nicht zuletzt war auch der Druck Bevölkerung ausschlaggebend) kamen mit Sténio Vincent (seit 1930 Präsident) und Elie Lescot (ab 1941) sehr US freundliche Präsidenten ins Amt, die zudem noch stark die völlige Durchsetzung des Staates mit Mulatten forcierten. Abgelöst wurde Lescot vom Schwarzen Dumarsais Estimé 1946, dessen Reformen zwar ambitioniert waren (er konnte die Kontrolle der USA über den Finanzhaushalt abschütteln), aber nicht den großen Aufschwung zur Folge hatte. Er wurde von einem Militärputsch aus dem

---

<sup>96</sup> Bernecker. 1996. S.135.

<sup>97</sup> Vgl. ebd. 1996. S.120-138.

<sup>98</sup> Vgl. Coupeau. 2008. S.78-88.

Amt vertrieben – ein Mitglied der Militärjunta, Oberst Paul Magloire, folgte ihm (bis 1956).<sup>99</sup>

### **3.1.5. Francois „Papa Doc“ Duvalier**

Der Arzt Francois Duvalier kam als Kandidat der Schwarzenbewegung 1957 ins Amt, er war auch ein von den USA akzeptierter Präsident und Teile der Armee standen hinter ihm. Schon zuvor hatte er sich für einen autoritären Staat zur Verwirklichung großer Reformen eingesetzt. 1961 ließ er sich im Amt bestätigen, 1964 sogar als Präsident auf Lebenszeit.

Duvalier konnte durch geschickte Manöver die Macht des Militärs begrenzen und Kontrolle über den Generalstab erlangen. Als eine der wichtigsten Tätigkeiten war zudem die Schaffung der berüchtigten „*Tonton Macoutes*“ (später „*Volontaires de la Sécurité Nationale*“, doch der ursprüngliche Name ist bis heute präsent), welche seine bewaffnete Machtbasis waren (der Name kommt von einer volkstümlichen Figur, welche unartige Kinder in einen Sack steckte und mitnahm). Kurz gesagt, waren sie eine große Truppe, die sich vor allem aus den ärmeren Schichten rekrutierte und zugleich Informationsbeschaffer und Miliz Duvaliers war.

Mit den *Macoutes* und anderen Maßnahmen drängte Duvalier den traditionellen Einfluss der Mulatten im Staat zurück, dies ließ jedoch während seiner Amtszeit kontinuierlich nach. Auch in allen anderen Bereichen ging Duvalier ähnlich vor: Entweder er hatte die Kontrolle über eine Gruppe oder er band sie solange ein, bis er genug Macht besaß, sie unter Kontrolle zu bringen. Trotzdem erfolgten viele Umsturzversuche (Anschläge, Aufstände), auf die Duvalier mit blutigem Terror reagierte. Obwohl Präsidenten vor ihm auch autoritär vorgegangen waren, so ist es doch die Kombination all dieser Faktoren, zudem gepaart mit einem fast schon skurril anmutenden Personenkult (auch das „Vater Unser“ - Gebet wurde auf seine Person umgeschrieben), dass er als Diktator in der Literatur beschrieben wird.

Zu den USA versuchte Duvalier gute Verbindungen zu halten (ein Bonus für ihn war die Revolution in Kuba, sodass er die USA quasi mit einer Annäherung an

---

<sup>99</sup> Vgl. Bernecker. 1996. S.138-150.

die UdSSR erpresste). Interessant war auch sein Schachzug, wieder US-Truppen als Trainer für die Armee ins Land zu holen: Er schuf sich damit auch eine Truppe als Gegengewicht zur normalen Armee. Ein Kräftemessen mit der Dominikanischen Republik (ein Attentäter hatte sich in der Botschaft der Republik versteckt, *Macoutes* wollten sie stürmen, eine Invasion wurde angedroht) mit Hilfe der USA konnte Duvalier für sich entscheiden. Nach einem Umsturz in der Dominikanischen Republik verbesserten sich die Beziehungen aber enorm und Duvalier initiierte eine Vermittlung von Saisonarbeitern.

Im Inneren presste er mit Unterstützung der *Tonton Macoutes* alles an Steuern aus der Bevölkerung und seiner Kreativität waren dabei keine Grenzen gesetzt. Die Meinungen, ob sein Regime nun totalitär oder autoritär war, gehen auseinander. Obwohl er am Ende alles im Land brutal kontrollierte, so hatte er trotzdem, vor allen bei den schwarzen Kleinbauern, Unterstützung, da sie abseits der Politik standen, außerdem gab es keine alles durchdringende Ideologie, die das Land beherrschte. Abseits der Terminologie bleiben aber die Zahlen der Herrschaft Francois Duvaliers (er starb 1971): geschätzt werden zwischen 30000 und 60000 Opfer der *Tonton Macoutes*.<sup>100</sup>

### **3.1.6. Jean-Claude „Baby Doc“ Duvalier**

Sein Sohn, Jean-Claude „Baby Doc“ Duvalier, folgte seinem Vater als Diktator nach (ein Referendum ohne eine einzige Nein-Stimme hatte ihn „legitimiert“). Er setzte anfangs die Politik seines Vaters fort, doch die Balance, die sein Vater geschaffen hatte, konnte er nicht aufrechterhalten. Zu sehr wandte er sich der mulattischen Mittelschicht zu, deren Unterstützung zu labil war, um eine echte Machtbasis zu bilden. In Haiti etablierte sich durch enorme Steuerbegünstigungen eine Fertigungsindustrie, die geschaffenen Arbeitsplätze konnten jedoch die enorme Landflucht nicht abfedern. Vor allem US-amerikanische Konzerne siedelten sich in Haiti an (ausschließlich um Port-au-Prince), daneben aber auch Haitianer, sogar welche, die zuvor vor Papa Doc ins Ausland geflohen waren. Die Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern

---

<sup>100</sup> Vgl. Bernecker. 1996. S.150-163.

wuchs enorm, die Auslandsschulden vervierfachten sich und die Probleme der Landbevölkerung wurden überhaupt nicht berücksichtigt.

Auf Druck der Carter-Regierung musste Baby Doc schließlich auch den autoritären Griff lockern, was zwar mit Reagan ein jähes Ende nahm, doch die entstandenen Bewegungen trugen zum Ende der Duvalier-Ära in Haiti bei.

Massenproteste durch zunehmende Versorgungsschwierigkeiten zwangen Duvalier zu Zugeständnissen, doch als auch die Reagan-Administration die Unterstützung für „ihren“ Diktator aufgab, verließ Jean-Claude Duvalier am 6. Februar 1986 Haiti ins Exil nach Frankreich.<sup>101</sup>

### **3.1.7. Wirkungen des Regimes**

Die Diktatur der Duvaliers brachte bzw. verschärfte mehrere Faktoren in Haiti. Erstens kamen die *Tonton Macoutes* als neue politische Gruppe auf die Bühne. Dann wurde die Hautfarbe wiederum zum alles bestimmenden Merkmal in der Gesellschaft und zum Schlüssel für Positionen im Staat. Während vorher eine Rivalität zwischen der meist armen schwarzen Bevölkerung und einer mulattischen Oberschicht in den Städten war, setzte Papa Doc auf die Etablierung einer schwarzen Mittelschicht, die sein System tragen sollte, zugleich präsentierte er sich aber als Vorkämpfer für das Wohlergehen aller Schwarzen. Die Umgestaltung des Staates ging nach dem Prinzip der Hautfarbe vor, jedoch verstand es Francois mehr als sein Sohn, die mulattische Schicht einzubeziehen, ohne die Kontrolle über sie zu verlieren. Auch Voodoo wurde offiziell wieder ein Faktor (vorhergehende Präsidenten hatten oft versucht, diese Religion zu unterdrücken, um die Unterstützung des Vatikans zu halten), da sich damit Papa Doc eine mystische Aura geben konnte.

Nicht zuletzt war die Diktatur der Duvaliers auch abhängig von den Beziehungen zu den USA. Waren vorerst nur strategische Überlegungen wichtig, so kamen nun auch noch ideologische. Obwohl Duvalier die USA auch provozierte, so war er ein Garant gegen eine kommunistische Revolution in Haiti. Die Versuche, die Menschenrechtslage in Haiti durch Druck zu

---

<sup>101</sup> Vgl. Bernecker. 1996. S.163-170; Coupeau. 2008. S.105f .

verbessern, waren auch nur kurzfristig, die Unterstützung (insbesondere durch Nixon und Reagan) jedoch „nachhaltig“.

Die Wirtschaftslage in Haiti verschlechterte sich unter Baby Doc zusehends und nachdem die USA gesehen hatten, dass dieser zu schwach war, aber die drohende Revolution keine kommunistische war, ließ man auch ihn fallen.

Weitere Auswirkung war die Etablierung der Sektionschefs. Diese waren die Aufsichtsbehörde der Sektionen (politische Verwaltungseinheiten, ein Produkt der US-Besatzung, die alles in Militärdistrikte eingeteilt hatte) und hatten eine außerordentliche Machtstellung. Sie waren Verwaltungsbeamte und Justizvertreter in einem. Durch die Verteilung der Ressourcen konnte ein Sektionschef Loyale in bessere Positionen bringen, gestützt auf ein System von Informanten und „Vasallen“. Er konnte Gesetze verabschieden, Verhaftungen initiieren, Gerichtsurteile fällen und setzte auch noch die Strafe fest. Dem Sektionschef übergeordnet war der Präfekt, der ein enger Vertrauter des Präsidenten war.<sup>102</sup>

In diese Zeit fiel auch das Aufkommen zivilgesellschaftlicher Gruppen, die zum Ende des Duvalier-Regimes beitrugen: Bauernorganisationen, Frauenrechtsgruppen, religiöse Gruppierungen und auch eine unabhängige Presse. Hauptsächlich Radiosender, oft die der katholischen Kirche, spielten eine große Rolle in der Verbreitung des Reformgedankens. Dabei wurde das Kreol nun Bestandteil der Politik und als gängigste Sprache auch Ausdruck für eine Inklusion aller Bevölkerungsteile in das politische Geschehen. Nachdem auch die städtischen Eliten Duvalier die Unterstützung versagten, konnten sie das Ende dieser Zeit einläuten.<sup>103</sup>

### **3.1.8. Die Übergangsphase bis zu den Wahlen 1991**

Unter General Henri Namphy bildete sich in Haiti eine Übergangsregierung, der „*Conseil National de Gouvernement*“, der aus vier Militärs und zwei Zivilisten bestand. Obwohl das Gremium bis auf einen aus Duvalier-Anhängern bestand, war die neue Verfassung von 1987 doch revolutionär und wurde auch von einer

---

<sup>102</sup> Vgl. Coupeau. 2008. S.93-100.

<sup>103</sup> Vgl. ebd. 2008. S.104-106.

großen Mehrheit der Bevölkerung, welche der Versammlung vorher skeptisch gegenübergestanden war, im anschließenden Referendum unterstützt: Aktivisten des Duvalier-Regimes sollten auf zehn Jahre von Ämtern gesperrt sein, ein vom Parlament getragener Premier ein Gegengewicht zum Präsidenten darstellen, die Polizeifunktionen von der Armee abgekoppelt werden und das Kreolische offizielle Landessprache werden.

Durch die anhaltende Gewalt im Lande musste die Wahl auf 1988 verschoben werden und diese war wiederum manipuliert. Der „Gewinner“ Leslie Manigat versuchte zwar die Spitze des Militärs umzustrukturieren, um nicht reine Marionette zu sein, doch schon im Juni des Jahres wurde er aus dem Amt geputscht und General Namphy wurde neuer Präsident. Politische Morde und Terror nahmen unter Namphy extrem zu, sodass sich auch gegen ihn Widerstand in der Armee regte und er von einer Gruppe von Unteroffizieren unter Prosper Avril gestürzt wurde (bereits im September 1988). Avril wiederum wurde vom neuen Armeechef Abraham abgesetzt (März 1989) und mit der provisorischen Nachfolgerin, der ehemaligen Verfassungsrichterin Ertha Pascal-Trouillot, wurde endlich der Weg für die ersten demokratischen Wahlen in Haiti frei. Die politische Landschaft war (und ist) geprägt von einer großen Palette von Parteien und Bewegungen. Zum einen wurde dies als Ausdruck des demokratischen Wandels gedeutet und die Partizipation größerer Gruppen am politischen Leben hervorgehoben,<sup>104</sup> auf der anderen Seite wurde auch interpretiert, dass sich für viele Parteien eine organisatorische und inhaltliche Schwäche ergab, politische Ziele oder Programme zu artikulieren und feste Zielsetzungen zu kommunizieren oder auch klar erkennen zu lassen, welche Interessen sie vertreten würden, was nicht unbedingt zur Stabilisierung der Verhältnisse beitrug.<sup>105</sup>

Erster frei gewählter Präsident wurde Jean-Bertrand Aristide an der Spitze der Lavalas-Bewegung, der am 7. Februar 1991 (nachdem ein neuerlicher Putschversuch Roger Lafontantes, ein Ex-Duvalier-Minister und einer der Gegenkandidaten Aristides, fehlgeschlagen war) sein Amt antrat.<sup>106</sup>

---

<sup>104</sup> Siehe dazu: Bernecker.1996. S.171.

<sup>105</sup> Siehe dazu: Coupeau. 2008. S.112.

<sup>106</sup> Vgl. Bernecker. 1996. S.170-177; Coupeau. 2008. S.111f.

### 3.2. Exkurs: Jean-Bertrand Aristide und die Lavalas-Bewegung

Jean-Bertrand Aristide wurde am 15. Juli 1953 in bäuerlichem Milieu (doch mit kleinem Wohlstand) in Port-Salut geboren, zog aber schon bald mit seiner Mutter in die Hauptstadt des Landes. Unterrichtet wurde er in der Schule der Salesianer - Mönche, wo er unter anderem Französisch lernte. Durch die Erziehung der Mönche wurde Aristide dazu bewogen, Priester zu werden, sodass er nach der Schule das Priesterseminar in Port-au-Prince besuchte, gefolgt von einem Jahr Noviziat in der Dominikanischen Republik. Nach diesem Jahr studierte er Psychologie und Philosophie an der Staatsuniversität in Port-au-Prince, mit Abschluss im ersten Fach 1979.

Die Radiosender Haitis waren schon zu dieser Zeit ein Ort, an dem Kritik an Baby Doc Duvalier geübt wurde. Auch Aristide versuchte durch kritische Inhalte im Sender *Radio-Cacique* ein Bewusstsein für Veränderung herbeizuführen, oft begleitet durch Konfrontationen mit den Programmverantwortlichen. Seine politische Aktivität stieß auch in der Führungsschicht der katholischen Kirche auf Kritik, da Teile den *Macoutes* angehörten oder zumindest mit ihnen zusammenarbeiteten. Man empfahl Aristide ein Bibelstudium in Israel zu beginnen – weil er der Obrigkeit ein Dorn im Auge war, wie er selbst vermutete, aber auch weil ihn einige Salesianer gerne als Lehrer des Seminars gesehen hätten.

Aus Israel kam er 1982 zurück, wurde anschließend zum Priester geweiht und nach einer provisorischen Tätigkeit in der Gemeinde Saint-Joseph neuerlich auf Druck der Obrigkeit ins Ausland geschickt, diesmal nach Kanada, wo er sein Psychologiestudium fortsetzte. In den letzten Atemzügen des Duvalier-Regimes, 1985, kehrte er nach Haiti zurück.

Während der Unruhen gegen das Duvalier Regime und anschließend gegen die Regierung unter Namphy war Aristide in den kirchlichen Gruppierungen („*ti-legliz*“), welche für einen demokratischen Wandel eintraten und oft Ziel von Angriffen der *Macoutes* waren, aktiv. Dabei wurden wiederholt Anschläge auf ihn verübt, diesen entkam er jedoch immer knapp. Sein Engagement führte schließlich dazu, dass er im Jahr 1988 vom Orden der Salesianer ausgeschlossen wurde.

Die zersplitterte Parteienlandschaft in Haiti vor den Wahlen drohte den Gegnern des Regimes zum Verhängnis zu werden. Auch Aristide erkannte das Problem und stützte sich auf die *ti-legliz*, die eine breite Basis in der Bevölkerung hatten, die Partei „Nationale Front für Wandel und Demokratie“ stand aber als organisatorische Gruppierung bei.

„Lavalas“ bedeutet „Strom“, Aristide bezeichnete sie auch oft als „reinigende Flut“. Das Bild entspricht den verschiedenen Strömungen, die zusammen das Land von den zahlreichen Facetten der Diktatur befreien sollten. Lavalas war also keine Partei, sondern eine Bewegung, die sich hinter die Kandidatur Aristides stellte. In Hinblick auf die zukünftigen Problemlösungsstrategien versuchte man auch Teile der wohlhabenderen Bevölkerung einzubinden. Mit dieser breiten Unterstützung konnte Aristide die von Gewalt überschattete Wahl gewinnen, die jedoch von den zahlreichen ausländischen Beobachtern weitgehend als fair bewertet wurde und somit Aristide zum ersten wirklich frei gewählten Präsidenten Haitis in der Geschichte des Landes machten.

Aristides politisches Programm war eher lose, doch stellte er seine Politik in seiner Autobiographie, die im Exil erschien und hier als Quelle verwendet wird, detaillierter dar. Während sich die wirtschaftlichen Reformen durch die geplünderten Staatskassen als schwierig erwiesen, war seine Regierung doch sehr ambitioniert in der Reform der Verwaltung, da die Korruption und Ineffektivität dem Staat praktische keine Steuern einbrachten. Rachezüge gegen *Macoutes* oder andere Anhänger des alten Regimes ebten nach der Wahl ab und die Reform der Polizei und der Armee wurde in Angriff genommen, um einen neuen Staatsstreich zu verhindern. Da die Schattenwirtschaft in Haiti jedoch einer der Haupteinnahmequellen von *Macoutes* und Teilen der Armee war (andere Teile standen aber auch aktiv hinter Aristide), bedeutete die bevorstehende Umstrukturierung nicht nur einen Machtverlust, sondern auch den Verlust der lukrativen Einkünfte.<sup>107</sup>

---

<sup>107</sup> Vgl. Aristide. Haiti – Plädoyer für ein geschundenes Land. Peter Hammer Verlag. Wuppertal. 1994. S.30-170.

### 3.3. Putsch und Intervention

*„Eine Wolke von Dieselöl und Kerosin schwebt über der Stadt – Port-au-Prince gleicht einem Benzinfass, das auch ohne zündenden Funken jederzeit explodieren kann. Nachts sind Schüsse zu hören, und morgens liegen Tote am Straßenrand – meist Jugendliche aus den Armenvierteln, die als Hochburgen des gestürzten Präsidenten Aristide galten.“<sup>108</sup>*

#### 3.3.1. Der Putsch, erste Reaktionen und Maßnahmen

Präsident Aristide startete ambitionierte Reformen in Haiti. Die Armeespitze wurde ausgetauscht, das berüchtigte Gefängnis *Fort Dumanche* wurde geschlossen, eine Anzahl von Personen, welche verdächtigt wurden, an früheren Massakern teilgenommen zu haben, wurden verhaftet, das System der Sektionschefs wurde abgeschafft und von einer ländlichen Polizei abgelöst, welche nicht mehr dem Militär, sondern dem Justizministerium unterstellt war.<sup>109</sup>

Doch diese Reformen waren nur von kurzer Dauer, denn schon am 29. September 1991 putschte die Armee unter Generalleutnant Raoul Cédras, den Aristide ironischerweise nach seinem Amtsantritt selbst zum neuen Oberkommandierenden bestellt hatte. Aristide wurde festgenommen, kam nur knapp mit dem Leben davon und verließ Haiti am 30. September mit einem Flugzeug, das der Präsident Venezuelas, Carlos Andrés Pérez, geschickt hatte. Zwischen 2000 und 4000 Tote forderte der Putsch bereits in den ersten Tagen alleine in Port-au-Prince.<sup>110</sup>

Auf den Putsch reagierte das Ausland relativ schnell und klar. Schon am 30. September, als das Schicksal Aristides noch unklar war, verurteilte die OAS den Putsch aufs Schärfste, der UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar folgte noch am selben Tag mit einer Mitteilung. Am 2. Oktober sprach Aristide zu den Ministern für Auswärtiges der OAS, welche am 3. Oktober als Sanktion

---

<sup>108</sup> Buch. Standort Bananenrepublik. Zu Klampen Verlag. Springe. 2004. S.153f.

<sup>109</sup> Vgl. Stotzky. Silencing the Guns in Haiti. University of Chicago Press. Chicago. 1997. S.28f.

<sup>110</sup> Vgl. Aristide. 1994. S.164; S.200.

eine diplomatische, wirtschaftliche und finanzielle Isolation der de facto Regierung vorschlugen, was von der UNO unterstützt wurde.<sup>111</sup> Die OAS schickte ihre erste Delegation schon am 4. Oktober nach Haiti, doch diese wurde von Soldaten am 7. Oktober aus dem Land verwiesen, was zu einer Verschärfung der Sanktionen führte. Die Mitglieder der UNO wurden gebeten, dieses Embargo zu unterstützen: Die Generalversammlung folgte der Ansicht der OAS und bat um Unterstützung der OAS-Maßnahmen.<sup>112</sup> Das verhängte Embargo war aber vorerst sehr durchlässig, viele südamerikanische Staaten, die USA und die EG belieferten Haiti weiterhin, auch wenn der Markt noch so klein war.<sup>113</sup>

Am 23. Februar 1992 unterzeichneten Aristide und Vertreter des Parlaments von Haiti das so genannte Protokoll von Washington: Darin enthalten war unter anderem die Wiedereinsetzung Aristides als Präsident, die Ernennung eines neuen Premierministers, um die Amtsgeschäfte während Aristides Abwesenheit zu führen und ein Amnestiepassus, der jedoch von den USA (die Putschführer sollten davonkommen) und Aristide (Cédras vor Gericht) ganz verschieden interpretiert wurde. Natürlich folgte das de facto Regime diesem Protokoll nicht, sondern verschärfte die Situation weiter, indem sie am 6. März Joseph Nerette als neuen Präsident ausriefen und schließlich noch Marc Bazin, ehemaliger Ökonom der Weltbank und Finanzminister unter Duvalier, Premierminister wurde.

Trotz der offensichtlichen Vergehen der Militärführer in Haiti übte vor allem die Bush-Administration Druck auf Aristide aus, Verhandlungen zu führen, was zur Entsendung einer OAS Beobachtungsdelegation nach Haiti führte. Diese war größtenteils ineffektiv, da sie nur geringe Bewegungsfreiheit hatte.<sup>114</sup>

An der Delegation nahm auch die UNO – mit Vertretern des neuen Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali – teil und trotz des Unwillens (oder gerade deshalb) des Regimes zur Kooperation berichtete der Generalsekretär

---

<sup>111</sup> Mit „de facto Regierung“ wird, wie in der verwendeten Literatur, das Regime unter Cédras bezeichnet, um eine Unterscheidung zur gewählten Regierung unter Aristide zu haben.

<sup>112</sup> Resolution 46/7.

<sup>113</sup> Vgl. United Nations Department of Public Information. The United Nations and the Situation in Haiti. 1994. S.1f; Aristide. 1994. S.202.

<sup>114</sup> Vgl. Stotzky. 1997. S.31.

am 3. November von den weitreichenden Menschenrechtsverletzungen, was zu Resolution 47/20<sup>115</sup> führte, dessen Inhalt mehr oder weniger wieder dasselbe wie zuvor forderte, doch die UNO übernahm de facto jetzt die Führung, indem am 11. Dezember Dante Caputo (früherer Außenminister Argentiniens) zum Sondergesandten der UNO für Haiti ernannt wurde und die OAS am 13. Januar 1993 dem folgte.

Aristide nahm wiederholt Kontakt zur UNO und der OAS auf und bat ausdrücklich um die Entsendung einer (zivilen) Mission nach Haiti, die die Menschenrechtsverletzungen verhindern und die Wiederherstellung der gewählten Regierung vorantreiben sollte. Am 17. Januar erreichten den Sondergesandten Botschaften von Cédras und Bazin, in denen sie der geforderten Entsendung überraschend zustimmten – am nächsten Tag sagte die UNO ihre Beteiligung (mit der OAS) zu.

Das Mandat von MICIVIH hatte vorrangig die Aufgabe, die Menschenrechtssituation in Haiti zu beurteilen, aber auch Vorbereitungen für die Wiederherstellung der konstitutionellen Ordnung zu treffen und den Sondergesandten zu unterstützen, Verhandlungen zwischen den Parteien zu führen. In der Resolution 47/20B<sup>116</sup> wurde unter anderem die Beteiligung der UNO bewilligt, ein Vorab-Team war bereits vor Ort, ebenso Beobachter der OAS: Am 3. Juni folgte der erste Bericht, welcher die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Haiti zum Thema hatte.<sup>117</sup>

Doch während auf diplomatischer Ebene Zugeständnisse signalisiert wurden, setzte das Regime zur nächsten Provokation an: Es hielt bereits am 18. Januar „Wahlen“ ab, mit dem ein Drittel des Senats neu besetzt wurde.

Neben der OAS und der UNO agierten auch die USA, jetzt unter der Clinton-Administration, und übten zunehmend Druck auf das Militärregime aus, auch ein Spezialberater, Lawrence Pezzullo, wurde ernannt. Unterstützend beschloss der Sicherheitsrat ein Waffen- und Ölembargo,<sup>118</sup> welches am 23. Juni in Kraft treten sollte, falls das Regime in Haiti nicht einlenken sollte.<sup>119</sup>

---

<sup>115</sup> Vom 24. November 1992.

<sup>116</sup> Vom 20. April 1993.

<sup>117</sup> Vgl. United Nations Department of Public Information. 1994. S.2-4.

<sup>118</sup> Auf Initiative der legalen Regierung Haitis – Resolution 841-1993.

<sup>119</sup> Vgl. Stotzky. 1997. S.31f; United Nations Department of Public Information. 1994. S.5.

### **3.3.2. Governors Island Agreement**

Vor diesem Hintergrund erreichte Caputo am 21. Juni 1993 eine Nachricht Cédras', in der er eine Teilnahme an Gesprächen zur Lösung der Krise zusagte.

Die Verhandlungen brachten einige Zugeständnisse von Seiten des Militärregimes. So wurde die Rückkehr Aristides auf den 30. Oktober 1993 festgelegt, die Militärführer würden zurücktreten und die Abgeordneten der Wahl vom 18. Januar inzwischen ihre Sitze nicht innehaben. Mit UN-Hilfe sollte das Militär reformiert und eine neue Polizei eingerichtet werden. Als Belohnung sah der Vertrag die Aussetzung der Sanktionen vor. Gebunden daran war auch die Forderung, den von Aristide nominierten Premierminister einzusetzen, was am 25. August mit der Ernennung Robert Malvals geschah.

Trotz der Aussicht auf eine baldige Rückkehr waren die Gespräche für Aristide aber ein herber Rückschlag. Er argumentierte, dass es ihm verfassungsrechtlich nicht erlaubt sei, eine Amnestie für die Führer des Putsches zu erlassen, doch die UN und die USA machten keinen Hehl daraus, dass sie glaubten, eine vollkommene Amnestie sei unumgänglich, um den Konflikt zu lösen. Um sich die Schwierigkeit dessen noch einmal vor Augen zu führen: Eine Regierung, die mit einem Putsch an die Macht gekommen war und diese mit tausenden Morden und Folter aufrechterhielt, wurde als Verhandlungspartner quasi legitimiert und den Verbrechern Straffreiheit zugesichert.

Auf dem Papier eine demütigende Lösung für den Präsidenten, hatte sie letztendlich aber wenig Auswirkung auf das weitere Geschehen, denn während sich die Exilregierung daran machte, die Punkte des *Governors Island Agreements* umzusetzen (im so genannten *New York Pact*), tat das Militärregime genau das Gegenteil.

In Haiti bildete sich in dieser Zeit auch die „*Front d'Action pour le Progrès de Haïti*“, FRAPH, eine quasi-politische Gruppe der *attachés* (also der Nachfolger der *Tonton Macoutes*), welche die Situation für die Zivilbevölkerung weiter verschlimmerte. Aristide-Anhänger, wie der finanzielle Unterstützer Antoine Izméry und der Justizminister Guy Malary, fielen der FRAPH zum Opfer.

Das endgültige Scheitern des Agreements und der Unwille der Militärführer nachzugeben, erreichte ihren Höhepunkt am 11. Oktober, als das Hauptkontingent der neuen UN-Mission UNMIH (Militärberater, Polizeitrainer etc. der UNO) mit der *USS Harlan County* in Port-au-Prince landen wollten: UN und OAS Beobachter wurden vom Militär gestoppt und im Hafen sammelte sich eine Menge von *attachés* und Militär, welche die Landung des UN-Personals verhinderte. Danach verließen auch die meisten anderen Mitarbeiter internationaler Organisationen Haiti.<sup>120</sup>

Nach diesem Vorfall traten die Sanktionen verschärft in Kraft. Die USA froren Auslandskonten von Unterstützern des Regimes ein und Kriegsschiffe patrouillierten in den Gewässern um Haiti – was nichts daran änderte, dass Schmuggelware über die Grenze zur Dominikanischen Republik fließen konnte. Auf diplomatischer Ebene ergab sich kaum etwas Neues. Während des Regime mehrmals bewiesen hatte, dass es nicht nachgeben wollte, auch wenn es laufend ankündigte, den Forderungen nachzukommen, wurde immer wieder Aristide die Schuld am Scheitern von Verhandlungen gegeben – selbst wenn bei einigen Gelegenheiten nicht einmal Vertreter des Regimes erschienen waren. Auch eine Initiative Malvals, Gespräche in Haiti zu starten, scheiterte und er trat zurück. Wieder gab Clinton indirekt Aristide die Schuld und kündigte an, die Haitipolitik zu überdenken. Zusätzlich wurden Aristide immer weitere Pläne vorgelegt (ab Februar 1994), welche noch mehr Zugeständnisse von seiner Seite forderten. In diesen waren weder ein Zeitpunkt seiner Rückkehr nach Haiti festgelegt, noch wurde von der generellen Amnestie abgesehen und die Streitkräfte sollten ebenfalls nicht reformiert werden. Für Aristide war dies unannehmbar, wofür er erneut bezichtigt wurde, er sei an der Situation Schuld.<sup>121</sup>

### **3.3.3. Entschluss zur Invasion**

Von UN-Seite wurden die Sanktionen immer wieder verschärft, doch das Regime reagierte darauf mit mehr Provokation – so wurde am 11. Mai 1994

---

<sup>120</sup> Vgl. Stotzky. 1997. S.32-35; United Nations Department of Public Information. 1994. S.5-8.

<sup>121</sup> Vgl. Stotzky. 1997. S.35-37.

plötzlich Emile Jonassaint als „Provisorischer Präsident“ eingesetzt. Auch an die Dominikanische Republik wurde appelliert, das Embargo besser zu kontrollieren, doch war dies nicht wirklich im Sinne der Beteiligten, welche sich durch das Embargo bereichern konnten, während die Bevölkerung unter den steigenden Preisen leiden musste. Der neue „Präsident“ Haitis kündigte Wahlen zu Jahresende an und verhängte den Ausnahmezustand, schließlich erklärte er das verbliebene MICIVIH-Personal am 12. Juli als „unerwünscht“, sodass die Mission am 13. Juli evakuiert werden musste.

Alle Unterfangen die Krise auf diplomatischem Wege beizulegen, waren gescheitert und die Situation wurde mit den zahlreichen politischen Veränderungen in Haiti zunehmend komplizierter. Vor diesem Hintergrund und der sich verschärfenden humanitären Krise in Haiti wurde ab Mitte Juli 1994 an einem Beschluss gearbeitet, der die Basis für eine Invasion internationaler Streitkräfte in Haiti bilden sollte. Dieser wurde am 31. Juli 1994 unter Kapitel VII der Charta durch den Sicherheitsrat gefasst.<sup>122</sup> Die Streitkräfte sollten das Funktionieren der UNMIH, welche auf eine Stärke von 6000 Mann ausgeweitet wurde, die Rückkehr des Präsidenten und den Übergang sichern.<sup>123</sup>

Am 15. September sprach sich Präsident Clinton für eine Invasion aus, nachdem alle Gespräche gescheitert waren. Als letzte Chance für das Regime entsandte er jedoch noch eine Delegation unter Ex-Präsident Jimmy Carter nach Haiti mit der Hoffnung, die bevorstehende Invasion mit Kooperation der Militärs zu starten und Kämpfe zu vermeiden. Carter war in dieser Hinsicht auch erfolgreich, denn da das Eingreifen der internationalen Streitkräfte jetzt real geworden war, gaben auch die Militärführer nach. Erreicht wurde dies aber mit einem mehr als denkwürdigen Abkommen zwischen der Delegation und dem Regime (am 18. September): In diesem wurde vereinbart, die U.S. Streitkräfte<sup>124</sup> würden bei ihrer Landung in enger Kooperation mit dem haitianischen Militär vorgehen können, des Weiteren wiederum eine generelle Amnestie, die Möglichkeit eines freiwilligen Rücktritts der Putschisten und die Aufhebung der Sanktionen in Aussicht gestellt. Das Abkommen stellte damit also fest, dass Angehörige der Junta in Haiti bleiben konnten, möglicherweise

---

<sup>122</sup> Resolution 940-1994.

<sup>123</sup> Vgl. United Nations Department of Public Information. 1994. S.11-13

<sup>124</sup> Sie hatten die Führung, insgesamt waren aber 28 Nationen beteiligt.

Pensionen beziehen sollten und nicht weiter für ihre Taten während der Exilzeit belangt werden konnten. Das Abkommen wurde von Emile Jonassaint unterzeichnet, Aristide oder seine Rückkehr wurden gar nicht erwähnt und der „Provisorische Präsident“ dadurch eigentlich zusätzlich legitimiert, obwohl die Invasion de facto die Rückkehr Aristides bedeutete – alles Punkte, die einen Übergang zur Demokratie erschwerten. Trotzdem konnten größere Kämpfe vermieden werden, selbst wenn davon auszugehen ist, dass die regulären Streitkräfte der Invasionsmacht wenig entgegenzubringen hatten.

Kurze Zeit nach dem Abschluss der Verhandlungen mit Carter trafen am 19. September die ersten Truppen der Operation „*Uphold Democracy*“ in Haiti ein, vier Tage später das erste UNMIH-Personal. In der Übergangszeit zeigte sich schon sehr früh, dass die von den USA angestrebte „enge Kooperation“ dazu führte, dass hauptsächlich größere Waffen beschlagnahmt wurden, Handfeuerwaffen wurden kaum eingesammelt und Mitglieder der FRAPH, Militärs, *attachés* etc. konnten noch immer mehr oder weniger ungehindert gegen Aristide-Anhänger vorgehen. Doch das umstrittene Amnestiegesetz kam dann doch anders zustande, da verhindert wurde, dass Mitglieder des Senats, die im Januar gewählt worden waren, an der Sitzung teilnahmen. Damit wurde Aristide ermächtigt eine Amnestie für „politische“ Verbrechen zu erlassen, aber nicht für humanitäre – die Linie, die Aristide von jeher verfolgt hatte.

Der Putsch gegen den ersten frei gewählten Präsidenten Haitis endete schließlich im Oktober 1994: General Cédras und andere hochrangige Militärs gingen am 13. Oktober ins Exil nach Panama, Aristide kehrte am 15. Oktober nach Haiti zurück.<sup>125</sup>

---

<sup>125</sup> Vgl. Stotzky. 1997. S.39-41; United Nations Department of Public Information. 1994. S.14-16.

### **3.4. Interdependenzen in ausgewählten Themenfeldern: Politische Stabilität und Sicherheitslage, Migration und Drogenhandel**

Die folgenden drei Kapitel widmen sich genauer den Interdependenzen in den drei für relevant erachteten Themenbereichen. Am Ende jedes Kapitels werden die Interdependenzen auf ihre Merkmale hin untersucht, später werden die Themenfelder dann in Verbindung gebracht, sodass bei der Beschreibung der einzelnen Themenfelder vorerst auch offensichtliche Effekte zwischen den Bereichen weitgehend ignoriert werden. Andere Einflüsse, die jedoch keine explizite Analyse auf ihre Interdependenzen hin enthalten, finden sich im Anschluss im Exkurs „Weitere Teilbereiche in Kürze“.

#### **3.4.1. Themenfeld politische Stabilität und Sicherheitslage**

*„In der Ankunftshalle ein neu geschaffenes Wandgemälde: Das Staatswappen der Republik Haiti, eine mit einer Jakobinermütze gekrönte Palme, an deren Fuß Kanonenkugeln zu Pyramiden aufgeschichtet sind, (...). Die Mündungsrohre der Kanonen sind nicht aufs Meer gerichtet, zur Abwehr einer auswärtigen Invasion, sondern ins Landesinnere, gegen die eigene Bevölkerung.“<sup>126</sup>*

Die Entwicklung und der Status bei der Invasion wurden schon zuvor dargestellt, sodass einige Aspekte nun mit der Theorie in Verbindung gebracht werden.

Die Beziehungen zu den IO und den USA hatten für die Regierung Aristide eine interessante Wendung genommen. Dem IOP der Souveränität der Staaten zufolge wäre Aristide der rechtmäßige Vertreter seines Landes gewesen, der noch dazu um eine gewünschte Intervention zur Wiederherstellung seiner Macht warb – die auf der Basis einer als allgemein als fair beurteilten Wahl fußte. Je länger die Verhandlungen dauerten, desto mehr musste er aber von

---

<sup>126</sup> Buch. 2004. S.163

seinen Rechten als Präsident abtreten, um noch internationale Unterstützung zu erhalten. Wenngleich auch feststeht, dass im Management der OAS und der UNO zuvor andere Schritte der Intervention stehen (siehe dazu Skala der Intensität von Interventionen), war die gleichzeitig stattfindende Dekonstruktion des eigentlichen Präsidenten eine für die Stabilität kontraproduktive Maßnahme. Aus bereits bekannten Gründen wurde die Legitimität der Entscheidungen der Regierung von ausländischer Seite in Frage gestellt und bewusst untergraben. Insofern kann man argumentieren, dass das IOP der Souveränität von den anderen Staaten nicht durch die Interventionen gebrochen wurde, sondern durch die damit gekoppelte Einflussnahme auf die Gesetzgebungskraft der legitimen Regierung. Überspitzt gipfelte es in folgender Situation (bezogen auf das Abkommen, dass Carter aushandelte):

„Das Abkommen war in rechtlicher Hinsicht fragwürdig, da es zwischen einem ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten und einem illegitimen Präsidenten Haitis ausgehandelt worden war und dabei eine Generalamnestie von einem Marionettenparlament verabschiedet wurde, das unter der Diktatur wirkte.“<sup>127</sup>

## **A. Politische Entwicklung nach der Intervention**

Bei der Wahl zum Parlament im Mai 1995 gab es die ersten Spannungen. Berichte über Verfahrensfehler und Pannen häuften sich und der einseitige Wahlkampf im Vorfeld und der daraus resultierende überwältigende Wahlsieg der „*Organisation Populaire Lavalas*“ hatte negative Auswirkungen für die Ausbildung einer kompetitiven Demokratie in Haiti. Premierminister war Smarck Michel, der jedoch durch Kritik aus den eigenen Reihen (wegen der Sparpläne) bereits im Oktober wieder zurücktrat – begleitet von einem Aussetzen der Hilfsgelder von US-Seite und dem IWF.

Aristide konnte durch das Abkommen seine Exilzeit nicht zusätzlich zu seiner Amtszeit rechnen und so wurden schon 1995 wieder Wahlen abgehalten. Am

---

<sup>127</sup> Aguierre. Sanahuja. Haiti: Demokratie durch Einmischung?. In: Debiel. Nuscheler (Hg). Der neue Interventionismus. Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger. Bonn. 1996. S.174.

17. Dezember wurde René Garcia Préval (erster Premierminister unter Aristide) mit einer Mehrheit von 87,9 Prozent zum neuen Präsidenten gewählt und trat das Amt im Februar 1996 an (wobei nur ca. 28 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen – wohl auch wegen der Erfahrungen bei den Parlamentswahlen).

Der Disput über die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Konsolidierung (siehe dazu genauer: „Wirtschaftliche Entwicklung in Kürze“) spalteten die Lavalas-Bewegung, Jean-Bertrand Aristide gründete die neue Partei „Lavalas-Familie“ (*Fanmi Lavalas* – FL). Die internen Auseinandersetzungen, gefolgt von Rücktritten, beeinflussten zusätzlich die schon eingeschränkten Handlungsoptionen der Préval-Regierung negativ. Andererseits konnte sich Préval auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft verlassen und zudem eine Periode einleiten, bei der purer Staatsterror eingedämmt und Menschenrechte prinzipiell mehr geachtet wurden.<sup>128</sup>

Neben den Schwierigkeiten, die die Forderungen von internationaler Seite mit sich brachten, lässt sich ein Teil der politischen Instabilität auf Aristide selbst zurückführen. Einigen Berichten zufolge erlebte Aristide das Exil, die Beschneidung seiner Amtszeit und seiner Macht als persönliches Trauma, in dessen Folge er rasch in einen autoritären Führungsstil abschwenkte.

Erste Folge war die Spaltung der Lavalas-Gruppe. Aristide selbst hegte Misstrauen gegen einen Teil der politischen Organisation der Lavalas-Bewegung (der *Organisation du Peuple en Lutte* - OPL), die der operative Zusammenschluss verschiedener Strömungen war und über Aktivisten, Kader und Programme verfügte – wenngleich sie auch zahlenmäßig gesehen sehr klein und auf eine Entpersonifizierung der Macht aus war. Er selbst sah sich als direkter Kontaktmann zur Bevölkerung ohne einen Apparat dazwischen. Unter der Präsidentschaft Prévals konnte die OPL Rosny Smarth als Premierminister durchsetzen, der jedoch 1997 wieder zurücktrat – wegen der schwierigen Wirtschaftspolitik, aber vor allem auch wegen der Wahlunregelmäßigkeiten zu Gunsten der neuen Partei Aristides bei den Teilwahlen zum Senat am 9. Juni 1997.

---

<sup>128</sup> Vgl. Coupeau. S.136-139; Bernecker. 1996. S.195f.

Wie schon erwähnt, hatte Aristide der Regierung mittlerweile mehr und mehr seine Unterstützung entzogen und seine eigene Partei gegründet. Die FL entstand im November 1996 und sollte Aristide den Weg zum Amt bei den nächsten Präsidentschaftswahlen ebnen. Dieses ständige Drängen an die Macht spaltete die politischen Kräfte im Land noch mehr, viele Lavalas-Mitglieder, die in der Politik aktiv waren, wendeten sich nun endgültig von Aristide ab – der Rest formte die oben erwähnte OPL (unter der Führung von Gérard Pierre-Charles bis zu seinem Tod 2004).<sup>129</sup>

Der politische „Bruderkrieg“ in Haiti lähmte zusehends die Regierung, die unfähig wurde, die anstehenden Parlaments- und Lokalwahlen zu organisieren, die Ende 1998 anberaumt waren. Im Frühjahr 1999 verschärfte sich die Situation weiter, nachdem Préval alle Mitglieder der Legislative, deren Mandat abgelaufen war, entließ und die frei werdenden Sitze mit Lokalpolitikern der FL nachbesetzte. Trotz allgemein geringer Wahlbeteiligung bei den verschiedenen Wahlen zuvor konnte Aristide insgesamt vom Streit profitieren, da sein Ansehen bei vielen armen Bevölkerungsgruppen nach wie vor hoch war – den politischen Streit und die Lähmung der Regierung kreidete man jedoch eher den Oppositionskräften an, obwohl Aristide maßgeblich daran beteiligt war.

Als Reaktion des größer werdenden Einflusses der FL durch unregelmäßige Nachbesetzungen formte sich ein breites Oppositionsbündnis (*Espace de Concertation*), sodass Préval gezwungen wurde, einen Wahlrat einzurichten. Nach mehreren Verzögerungen konnten am 21. Mai 2000 ein Teil der Wahlen abgehalten werden (Lokalräte, Stadtregierungen, Delegierte, Abgeordnetenkammer und 2/3 des Senats), die sich durch eine hohe Wahlbeteiligung von 60 Prozent auszeichneten. Schnell kamen aber einige Wahlunregelmäßigkeiten und Manipulationen bei der Auszählungsmethode ans Licht, welche klar die FL bevorzugte, die dadurch einen Sieg im Senat erringen konnte (die Wahl an sich wurde von internationalen Beobachtern als weitgehend fair eingestuft, die umstrittene Auszählungsmethode und die Weigerung, einen zweiten Durchgang zu starten, führten aber zum Abzug der OAS Beobachter). Der Präsident des Wahlrates floh daraufhin, andere, die sich

---

<sup>129</sup> Vgl. Cassen. Aristide wäscht seine Hände in Unschuld. In: Le monde diplomatique. Deutsche Ausgabe. Onlinearchiv. Archivtext vom 17.10.1997.

gegen dieses Zahlenspiel gestellt hatten, traten zurück. Trotzdem trat das neue Parlament am 28. August 2000 zusammen.

Im Schatten der Erfahrungen dieser Wahlen folgten im November schon die Präsidentschaftswahlen (plus dem Rest des Senats). Die mittlerweile geformte „*Convergence Démocratique*“ (CD), welche eine Koalition von an die 200 kleinen Gruppierungen war und unter anderem von der US-Regierung finanziert wurde (geführt von Evans Paul, einem ehemaligen Aristide-Anhänger), boykottierte die Wahlen. Die Wahlbeteiligung war mit 5 Prozent außerordentlich niedrig und sicherte Aristide seine zweite Amtsperiode und den Rest der Senatssitze seiner FL. Die CD ernannte daraufhin einfach den Menschenrechtsaktivisten Gerard Gourgue als „Präsidenten der alternativen Regierung“.

Die turbulente politische Situation veranlasste die OAS eine Resolution zu verabschieden, um den Weg für die Neubestellung des Wahlrates und evtl. eine Wiederholung der umstrittenen Wahlen zu erreichen.<sup>130</sup> Dazu wurde auch eine Mission nach Haiti entsandt. Die Vorschläge zur Bewältigung der politischen Krise in Haiti wurden von Präsident Aristide stets abgelehnt. Schon Anfang 2003 hatte ihn auch die Caribbean Community (CARICOM) dazu gedrängt, bald die Legislativwahlen zu wiederholen – dies sagte Aristide auch zu, es folgte aber keine entsprechende Handlung. Schließlich akzeptierte er einen Plan zur Lösung der Krise im Jänner 2004, den er jedoch wieder hinausschob. Am 21. Februar 2004 einigte man sich auf einen endgültigen Zeitplan – die Krise war aber schon so weit fortgeschritten, dass große Teile der Gesellschaft und der politischen Opposition auch dies ablehnten. Die Sicherheitslage hatte sich in der Amtszeit Aristides dramatisch verschärft<sup>131</sup> und endete mit der Flucht Aristides am 29. Februar 2004 ins Exil nach Afrika, nachdem eine Rebellengruppe unter Guy Philippe auf Port-au-Prince zumarschierte. Schwierig ist dabei zu beurteilen, welche Rolle die US-Regierung gespielt hatte. Aristide und seine Anhänger behaupteten, von US-Streitkräften entführt worden zu sein, was sich jedoch durch die vorhandenen Quellen nicht bestätigen lässt, ein

---

<sup>130</sup> OAS Resolutionen 806 und 822.

<sup>131</sup> Details dazu im folgenden Unterkapitel

Druck von Seiten der USA und Frankreichs zum „Rückzug“ ist aber wahrscheinlich.<sup>132</sup>

## **B. Sicherheit**

Eine grundlegende Intention der Entsendung von Truppen war die Verbesserung der Sicherheitslage im Land, welche ein wichtiger Baustein eines funktionierenden Staates ist. Die Entwaffnung ging jedoch sehr unorganisiert vor sich und offenbarte schnell große Lücken. Während von den Militärs großes Gerät leicht eingesammelt werden konnte, so verlief das Einsammeln kleinerer Waffen ungleich komplizierter. Die Truppen hatten weder eine gezielte Organisation noch sah das Mandat vor, sich der Waffen notfalls mit Gewalt zu bemächtigen. Weiters bezog sich das Programm auf illegale Waffen, da jedoch FRAPH-Mitglieder, andere *attachés* usw. meist einen Waffenschein besaßen, betraf sie diese Maßnahme kaum. Meist wurden alte und verrostete Waffen übergeben, in den sechseinhalb Monaten bis zur Übergabe an die UNMIH wurden ca. 30000 Stück gesammelt.

Verhaftete wurden meist schnell den haitianischen Behörden übergeben, welche aber oft auf derselben Seite standen und diese wieder freiließen. Mehr noch war die Durchsetzung staatlicher Ordnung abhängig vom Raum. Während die Interventionstruppen an einigen Orten gegen paramilitärische Gruppen rigoros vorgingen und so Rückhalt in der Bevölkerung gewannen, kam es vorwiegend im Norden Haitis dazu, dass Truppenteile sogar für die alten Eliten Stellung bezogen bzw. Übergriffe nicht verhinderten. Selbst aus den eigenen Reihen kam Kritik, z. B. durch den Geheimdienstoffizier Lawrence P. Rockwood, der die Kritik an der mangelnden Härte im Vorgehen gegen die paramilitärischen Kräfte publik machte.<sup>133</sup>

---

<sup>132</sup> Vgl. Wargny. Letzte Chance für Aristide. In: Le monde diplomatique. Deutsche Ausgabe. Onlinearchiv. Archivtext vom 14.7.2000; Laguerre. Republic of Haiti. In: Schlager. Weisblatt (Hg). World Encyclopedia of Political Systems and Parties. Band 2. Infobase Publishing. New York. 2006. S.543-549; o.A. Haiti: Aristide Backs Early Elections. In: NACLA. Jänner/Februar 2003. S.5.

<sup>133</sup> Vgl. Bernecker. 1996. S.188f; Aguirre. Sanahuja. 1996. S.174f.

Weitere Brisanz erfuhr das Vorgehen im Bereich der öffentlichen Sicherheit durch Berichte, dass die CIA schon während der Verhandlungszeit eigenwillig gegen Aristide mobilisierte und dazu die Gründung der FRAPH, wenn nicht schon initiiert, so doch maßgeblich unterstützt hatte: Der Anführer Emanuel „Toto“ Constant wurde zu dieser Zeit von der CIA bezahlt (wahrscheinlich auch der Organisator der Blockade gegen die *USS Harlan County*).<sup>134</sup>

Die polizeilichen Aufgaben der US-Streitkräfte wurden am 31. März 1995 an die UN-Kräfte übergeben. Für die haitianischen Sicherheitskräfte selbst folgte kurz danach auch eine Zäsur: War zuvor noch von einer Reform die Rede, agierte Aristide nach seiner Rückkehr noch radikaler und löste das Problem der eigenwilligen Armee mit deren Auflösung am 28. April selbst, wobei der Schritt auch von ausländischen Regierungen begrüßt wurde. Unterminiert wurde dies aber durch die Entscheidung seiner Regierung, 1000 ehemalige Soldaten in die neue nationale Polizei aufzunehmen, insbesondere vor dem Hintergrund der langen Tradition von Menschenrechtsverletzungen durch die Armee. Die neue Polizei wurde weiters wieder dem Justizministerium unterstellt, sodass sie unter ziviler Kontrolle war.<sup>135</sup>

In der Zeit der umstrittenen Wahlen von 2000 kam es zu einer Reihe von Gewalttaten, die dem Anfang der unblutigen Regierungswechsel (Aristide an Préval 1995) wieder ein Ende setzten. Der Präsident des Wahlrates Léon Manus musste nach Todesdrohungen ins Ausland fliehen, nachdem er sich geweigert hatte, die verfassungswidrige Auszählungsmethode abzuseggen (es wurden nur die Stimmen der ersten vier Kandidaten gezählt um die Fünfzigprozenthürde zu berechnen, wären alle Stimmen gezählt worden, hätte die FL weniger Sitze bekommen). Weiters nahm die Polizei an die 30 Oppositionelle, darunter auch einige Kandidaten zur Wahl fest. Aristide-Anhänger gingen in gewalttätigen Demonstrationen für die FL auf die Straße –

---

<sup>134</sup> Vgl. Soderlund, Nelson. *The Attempted Restoration of Jean-Bertrand Aristide to the Presidency of Haiti, 1993*. In: Soderlund. *Mass Media and Foreign-Policy*. Praeger. Westport. 2003. S.42-44.

<sup>135</sup> Vgl. Coupeau. 2008. S.120; Soderlund, Nelson. *The Restoration of Democracy to Haiti*. In: Soderlund. 2003. S.63.

schließlich mussten auch die restlichen Mitglieder des Wahlrates durch die Drohungen zustimmen oder zurücktreten.<sup>136</sup>

Die zweite Amtszeit Aristides ab 2000 verschlechterte die Sicherheitslage in Haiti zusehends. Teile der demobilisierten Armee waren weiterhin aktiv und nutzten dazu die Dominikanische Republik als Rückzugsgebiet. Die alten Eliten mit ihren Verbindungen zu den *attachés* taten inzwischen das ihre, um das System in Haiti zu ihrem Vorteil zu verändern. Doch auch Aristide hatte nicht nur auf der politischen Bühne in die Autorität umgelenkt, sondern in Verbindung mit FL auch bewaffnete Kräfte zur Verfügung, die so genannten „*chimères*“, die sich aus Jugendlichen aus den Slums rekrutierten und auf deren Konto zahlreiche Morde gingen. An die 5300 Personen waren nach Schätzungen 2003 in paramilitärischen Organisationen tätig.

Die politische Auseinandersetzung wurde in Haiti also wie zuvor wieder mit Gewalt geführt und erreichte einen Höhepunkt zwischen 2003 und 2004. Anführer krimineller Banden hatten sich dem Anti-Aristide-Lager angeschlossen und immer häufiger kam es zu Zusammenstößen der bewaffneten Gruppen. Auslöser für die Flucht Aristides war dann der blutige „Feldzug“ der „Kannibalen-Armee“, einer Straßengang (vorher selbst im Lager der Aristide-Anhänger), die mit Teilen des Militärs (unter der Führung Guy Phillippes) gegen die Aristide-Regierung arbeitete. Unter dem Namen „*Front de Résistance de l'Artibonite*“, später dann „*Front de Reconstruction Nationale*“, griffen sie im Jänner 2004 die Polizeistation in Gonaives an und töteten die Polizeibeamten, am 5. und 6. Februar nahmen sie schließlich die Stadt ein, am 22. Februar Cap-Haitien, am 24. Port-de-Paix und 25. Île de la Tortue. Erschwerend für die Bevölkerung kam noch dazu, dass die Lager des WFP in Cape-Haitien geplündert worden waren. Nachdem die Rebellen schließlich kurz vor Port-au-Prince standen, flüchtete Aristide am 29. Februar.

Noch am selben Tag erließ der UN-Sicherheitsrat überraschend schnell die Resolution 1529, um eine neue multinationale Truppe ins Land zu senden und die Ordnung wiederherzustellen. Beginnend mit 1. März entsandten die USA

---

<sup>136</sup> Vgl. Chamberlain. Electoral Turmoil in Haiti. In: NACLA. Juli/August. 2000. S.55-57.

2000, Frankreich 800, Kanada 400 und Chile an die 300 Soldaten, um der Lage Herr zu werden. Mit der Resolution 1542 vom 1. Mai 2004 wurde schließlich die „UN Stabilization Mission in Haiti – MINUSTAH“ geschaffen, die die kurzfristige multinationale Truppe ablöste (ab 30. Juli). In Bezug auf die Theoriebasis sei hier kurz auf das besondere Engagement Brasiliens hingewiesen, dass einen Hauptteil des Personals (im Dezember 2004 1212 Soldaten und drei Polizisten) stellte und die Führung der Mission übernahm: Im Hinblick auf die Diskussionen rund um eine Reform des Sicherheitsrates und der Ambitionen Brasiliens war dies für die Schnelligkeit der Etablierung der Mission und somit für die Lage in Haiti sicherlich eine günstige Komponente, die nichts mit dem Land selbst, sondern mit den außenpolitischen Interessen eines Staates in einer IO zu tun hatte. MINUSTAH musste bei ihrer Übernahme der Aufgaben zuerst einmal nicht nur die sicherheitspolitische Lage behandeln, sondern auch Hilfseinsätze nach schweren Überschwemmungen im Südosten des Landes durchführen. Auch die OAS war mit einer etwas kleineren Mission („OAS Special Mission for Strengthening Democracy in Haiti“) in Haiti präsent.<sup>137</sup>

Für die Aufrechterhaltung der Sicherheit auf haitianischer Seite waren die Aufstände ein Todesstoß. War die nationale Polizei vorher schon geschwächt durch Korruption und Kriminalität (siehe dazu auch „Themenfeld Drogenhandel“), kollabierte sie bei den Ereignissen 2004 regelrecht. Aristide-Anhänger und Aristide-Gegner beider Lager attackierten Polizeistationen, plünderten und vernichteten sie. Die wenigen Polizisten, sofern sie nicht getötet wurden, gaben bald auf, flohen vor den Angreifern oder schlossen sich diesen an. Die UNO musste quasi ihr Programm wiederholen und die Polizei neu aufbauen. Trotzdem ist sie noch immer nicht völlig imstande, Sicherheit für die Einwohner zu gewährleisten, viele von ihnen sind in den Drogenhandel verstrickt, nehmen an den weit verbreiteten Entführungen teil, vergewaltigen oder morden.<sup>138</sup>

---

<sup>137</sup> Vgl. IISS (Hg.). The Military Balance 2004-2005. Oxford University Press. Oxford. 2004. S.194, S.209, S.356; IISS (Hg.). Strategic Survey 2003-2004. Oxford University Press. Oxford. 2004. S.XXV, S.63, S.173, S.180, S.274f.

<sup>138</sup> Vgl. Kumar. The role of the military in democratization and peacebuilding: the experiences of Haiti and Guatemala. In: Schnabel. Ehrhart. Security sector reform and post-conflict peacebuilding. United Nations University Press. New York. 2005. S.274f.

Während Naturkatastrophen die soziale Lage in einigen Gebieten Haitis noch mehr verschlechterten, bekämpften sich die Kräfte der Interimsregierung unter Premier Gérard Latortue und Pro-Aristide-Anhänger. Von ihnen wurde die Welle der Gewalt, welche ab Ende September 2004 das Land heimsuchte (vor allem in Port-au-Prince), „*Operation Baghdad*“ getauft, Ziel war die Wiedereinsetzung Aristides als Präsident. Die *chimères* benutzten Überfälle, Enthauptungen und Heckenschützen, während die Polizei mit äußerster Gewalt gegen die Bevölkerung vorging: Hausdurchsuchungen, wahllose Verhaftungen und Massenexekutionen. Natürlich waren davon hauptsächlich Sympathisanten der FL betroffen, unabhängig davon, ob sie tatsächlich an den Gewalttaten beteiligt gewesen waren (die Gemäßigteren waren wiederum Ziele von Bedrohung durch die radikalen *chimères*, eine weitere Spaltung der FL stand im Raum). Laut Lavalas-Anwälten waren ca. 700 politische Gefangene inhaftiert (von der Regierung jedoch krimineller Aktivitäten verdächtigt), die ineffektiven Institutionen der Justiz hätten aber selbst durch entsprechenden Willen keine schnellen Verfahren garantieren können. So wurden im Nationalgefängnis ca. 1300 Menschen festgehalten, von denen jedoch nur 20 tatsächlich zu einer Haftstrafe verurteilt worden waren – der Rest erwartete erst ein Gerichtsverfahren.

Vier bewaffnete Gruppen kontrollierten also das Land: ca. 6000 UN-Soldaten, 3000 Polizisten, 2000 Ex-Soldaten und einige hundert Pro-Aristide-Gangmitglieder (neben den sonstigen Straßengangs). Die Ex-Soldaten konnten von den Kämpfen seit dem Frühjahr besonders profitieren, da sie nun leichter über die Grenze oder aus sonstigen Verstecken operieren konnten, Straßensperren errichteten, „Rekrutierungen“ vollzogen, Patrouillen organisierten und Verhaftungen vornahmen – ihre Forderungen waren die Wiedererrichtung der Armee und ihre Wiedereinstellung (sie waren durch die schon erwähnten halbherzigen Entwaffnungsaktionen noch gut mit leichten Waffen ausgerüstet).<sup>139</sup>

---

<sup>139</sup> Vgl. Regan. Haiti: In Bondage to History?. In: NACLA. Jänner/Februar 2005. S.4-7.

## C. Entwicklung seit 2004

Während sich die Sicherheitslage langsam aber doch allmählich bessert (vor allem durch den kontinuierlichen Erfolg bei der Etablierung der Polizei), bleibt die politische Situation fragil und schwer vorhersehbar. Rene Prével wurde im Mai 2006 wieder zum Präsidenten gewählt (mit einer Mehrheit von 51 Prozent) und seit dem 5. September 2008 ist Michele Pierre-Louis Premierminister. Die Parteienlandschaft ist nach wie vor stark zersplittert, das Beispiel einer Zusammensetzung des Senats verdeutlicht dies:<sup>140</sup>

L'ESPWA (11 – die Partei Prévals), FUSION (5 – eine Koalition unter Serge Gilles), OPL (4 – unter Edgard Leblanc), FL (3 – nun mit Rudy Heriveaux), LAAA (3-Youri Latortue), UNCRH (2- Marie Claude Germain), PONT (2- Jean Marie Cherestal) und ALYANS (1 – Evans Paul). Die Liste der bekannten Gruppierungen mit wechselnden Koalitionen würde hier den Rahmen sprengen. Letztendlich aber verfügt Haiti wieder über eine Regierung und die strukturelle Inaktivität der vorhergehenden Jahre durch die Interimposition konnte aufgehoben werden, was vielleicht in der Zukunft die Etablierung einer funktionierenden, kompetitiven Demokratie ermöglicht.<sup>141</sup>

## D. Interdependenzen

Vorab muss nochmals festgehalten werden, dass sich die folgenden Ausführungen nur auf die oben behandelten beiden Teilbereiche beziehen, die Verbindungen zu den anderen (folgenden) Bereichen wird in der letzten Analyse dargestellt. Des Weiteren wurden die genauen Abläufe schon präsentiert, sodass es sich hier um eine zusammenfassende, reduzierende Darstellung handelt.

Um das Muster der Interdependenzen nachzeichnen zu können, geht man zuerst von der innerstaatlichen Ebene aus. Die Bevölkerung Haitis hatte es nach den diversen Regimen geschafft, die ersten wirklich freien Wahlen

---

<sup>140</sup> In Klammer die Sitze der jeweiligen Partei und ihre Führer; zur Einfachheit werden die Kurzbezeichnungen angeführt, durch den Wahlmodus nicht mehr aktuell.

<sup>141</sup> Vgl. CIA. The World Factbook. Haiti. s. Internetquellen.

abzuhalten und der erste demokratische Präsident trat an die Spitze des Staates. Zugleich war aber schon im Vorfeld durch amerikanische Unterstützung in den Wahlkampf eingegriffen worden, sodass hier die erste transnationale Linie entstand, welche zu den Verbindungen zwischen der CIA und ehemaligen Machthabern trat. Da dies auch aktive Beamte und vor allem Armeeingehörige beinhaltete, bestehen die Verbindungen zu den USA sowohl zwischen Gesellschaft und Staat, wie auch zwischen Staat und Staat. Die Wahlbeobachter von internationaler Seite sind weitere Verbindungen (da sie die weitgehende Legitimität der Wahlen im Ausland bescheinigen).

Mit dem Putsch und der Intervention waren schließlich klar alle Ebenen involviert. Zuerst die OAS als IO, die sich relativ schnell gegen den Putsch engagierte – dies entspricht auch dem gedachten Regelwerk, danach die UNO. Die Regierung Aristides war also vom politischen Willen der internationalen Gemeinschaft abhängig und diese musste sich wiederum (weitere Linie) auf die Unterstützung ihrer Mitglieder in der Causa verlassen, um aktiv sein zu können. Durch das Ende des Kalten Krieges und der neuen Ära von Interventionen kam noch die Stellung der Gesellschaften in anderen Ländern (besonders der USA als militärischer Regionalhegemon) dazu – deren Unterstützung wirkt sich auf den Willen einer Regierung aus, aktiv Maßnahmen im Rahmen der UNO zu treffen. Aristide hatte durch sein Exil in den USA dazu ein gutes Forum, zudem die Unterstützung afroamerikanischer Politiker. Der Regierungswechsel in den USA begünstigte sein Vorhaben weiter. Langfristig gesehen profitierte Haiti (speziell bei der zweiten Entsendung 2004) auch vom Engagement lateinamerikanischer Staaten im Rahmen der UNO.

Dabei blieb aber immer noch der Versuch, auf die haitianische Gesellschaft einzuwirken und die Innenpolitik selbst nach eigenem Interesse zu beeinflussen – das IOP der Souveränität also zu ignorieren. Dies geschah zuerst durch die Einflussnahme auf die Konditionen von Aristides Rückkehr, auf die Unterstützung einzelner Politiker, finanziellem Druck usw. – es handelte sich also um Interventionen auf niedrigerem Grad.

Für die Sicherheitslage gilt grundsätzlich das Gleiche. Zur Zeit der Intervention war die Regierung völlig auf die Hilfe von außen angewiesen, zugleich natürlich auch die Bevölkerung. Das mangelnde Engagement in dieser Zeit und die

Halbherzigkeit in den darauf folgenden Jahren begünstigten das Klima der Gewalt, zudem traten noch mehr gewalttätige Gruppen auf die Bühne.

Die hier nur kurz umrissenen Verbindungen sind von ihrer Natur her sowohl auf der internationalen Ebene, auf der intergouvernementalen und auf der transnationalen Ebene zu finden. Durch die Dauer und Wechselwirkung ist es legitim von Interdependenzen zu sprechen und damit auch eine Bewertung nach der Theoriebasis vorzunehmen.

### Grund

Zieht man den ganzen historischen Bogen in Betracht, so liegt ein Teil der Interdependenzen zuerst in den Interessen der USA im karibischen Raum. Dazu kommen noch die Verbindungen einzelner Persönlichkeiten zu ausländischen Regierungen, die damit ihren Machtanspruch sicherten und aber auch in der besonderen Geschichte Haitis als Staat der revoltierenden Sklaven. Mit Bezug auf das eigentliche Thema der Arbeit resultieren die besonderen Interdependenzen aus einem innenpolitischen Konflikt, der auf eine internationale Ebene gehoben wird – wichtig dabei das neue „Interventionsklima“, wie im Theorieteil beschrieben. Einzelstaatliche Interessen gehen Hand in Hand mit einer Legitimitätsfrage der Außenpolitik und der zunehmenden Erkenntnis, kooperativ besser das Problem (politische Stabilität und Sicherheit in Haiti) bearbeiten zu können.

### Gewinne

Die Interdependenzen zur Zeit der Intervention hatten je nach Akteur unterschiedliche Gewinnausprägungen, im Großen und Ganzen hatte jedoch der Putsch ein Negativ-Summenspiel herbeigeführt. Für Aristide ergab sich eine Position völliger Abhängigkeit vom Ausland, für die Bevölkerung selbst eine Ära beispielloser Gewalt und Unterversorgung durch das Embargo. Profitieren konnten nur die Militärs und Länder und Personen, die finanzielle Gewinne von der Umgehung des Embargos machten (z. B. durch die Dominikanische Republik). Für die USA ergab sich die unglückliche Situation, dass die Putschisten, welche man zuvor gewähren ließ, nicht die erwünschte „Stabilität“ brachten und zudem noch negative Auswirkungen in anderen Feldern auftraten. Trotz der Position, die die USA in den Verhandlungen einnahmen und den

Militärs sehr entgegenkam, wurden die Vereinigten Staaten letztendlich auch außenpolitisch vom Regime immer wieder brüskiert. Die Legitimität des Amtsanspruches von Aristide fügte dieser Konstellation eine weitere Komponente hinzu: Wie im Theorieteil schon erläutert, bedeutet „Gewinn“ nicht nur finanzielle Profite, sondern in diesem Fall galt es auch Gefahr zu laufen, seine Legitimität und Autorität einzubüßen – auch vor der eigenen Bevölkerung. Trotz einiger Bedenken anderer autoritärer Regime in der Versammlung der UNO, die im Vorgehen gegen das Regime die Schaffung eines Präsidenzfalls fürchteten, mussten auch die Organisationen klar Stellung beziehen und folgerichtig den Putsch als Bedrohung des Friedens klassifizieren, was wiederum in Einklang mit der Ermächtigung steht, Interventionen durchzuführen – in diesem Fall am Ende eine, wenn auch für die internationalen Truppen unblutige, militärische Invasion.

Gewinne sind aber kein statisches Element. So veränderte sich mit der Invasion auch die Gewinnkonstellation in diesem Themenfeld hin zu einem Nullsummenspiel. Warum? Aristide war zwar wieder im Amt, jedoch kamen im Modus viele einzelstaatlichen Interessen zum Tragen, sodass sich in Folge keine politische Stabilität entwickelte, sich keine effizienten Institutionen und Foren entwickelten, die den innerpolitischen Konflikt in geregelte Bahnen weisen hätten können. Die Gewinne, die andere Akteure verbuchten, gingen zu Lasten sowohl der politischen Stabilität wie auch der Sicherheitslage – folglich ein Nullsummenspiel.

### Kosten

Die Empfindlichkeit von haitianischer Seite ist sehr hoch, sowohl in der politischen Stabilität wie auch im Sicherheitsbereich. Entscheidungen von ausländischer Seite, aber auch die Verbindung mit anderen Gesellschaften, die Unterstützung leisten können, treffen den Staat und die Gesellschaft schnell. Als Beispiel im Sicherheitsbereich sei die halbherzige Entwaffnung angeführt, die schnell zu neuerlicher Gewalt beitrug. Innenpolitische Entwicklungen werden oft von internationaler Seite mit „Belohnungen“ oder der Aussetzung von Unterstützungsleistungen quittiert. Am Beispiel der Polizeireform zeigte sich auch sehr kurzfristig, dass die Praktik von internationaler Seite, ehemalige Militärs mit Verwicklung in Menschenrechtsverletzungen in das Training zu

nehmen (auch um ehemalige Informanten und Kontaktleute zu schützen), das Programm an sich zum Scheitern brachte, mit den beschriebenen Auswirkungen für die Sicherheit der Bevölkerung. Da all diese Entscheidungen sehr schnell auf die haitianische Gesellschaft und den Staat wirken, aber immer lange Folgen haben, denen wenig Alternativen entgegenstehen, ist auch die Verwundbarkeit für Haiti sehr hoch. Leider haben vor allem die Versäumnisse dies bestätigt, positive langfristige Entwicklungen sind spärlich. Demokratie, politische Stabilität und Sicherheit für die Bevölkerung sind ein Gut, dass auf alle anderen Bereiche Einfluss nimmt. Das Ausscheren aus dem System an sich stellt für alle Beteiligten in diesem Fall keine realistische Alternative dar (hier würde das internationale politische Isolation bedeuten).

Wie sehen die Kosten bei den anderen Akteuren aus? Die Empfindlichkeit ist für Einzelstaaten oder IO relativ gering. Entwicklungen in der politischen Ordnung im Land haben keinen großen Einfluss auf andere Staaten (wieder: Verknüpfung zu anderen Feldern folgen in der Analyse), sie beschneiden nur den Glauben, dass effektive Maßnahmen getroffen wurden (oder verstärken dies, was jedoch selten belohnt wird). Während Einzelstaaten kaum von der Sicherheitslage in Haiti oder den politischen Entwicklungen betroffen sind, treffen diese IOs und INGOs, die vor Ort tätig sind: Ihnen droht, bei zukünftigen Aktivitäten Unterstützung zu verlieren, wenn sich die Maßnahmen dauerhaft als ineffektiv erweisen, selbst wenn diese durch einzelstaatliche Interessen unterminiert wurden.

### Symmetrie

Die Frage der Symmetrie stellt sich durch die anderen genannten Punkte klar dar: Die Interdependenzen sind ungleich asymmetrisch zu Lasten Haitis. Dieser Aussage liegen vorwiegend die Ausführungen über die Kosten zugrunde, denn der relativ schwachen Gegenwirkung im Politik- und Sicherheitsbereich bei anderen Akteuren stehen die großen Auswirkungen dieser im eigenen Land gegenüber. Ein Beispiel kann dies demonstrieren: Brasiliens Ambitionen für den Sicherheitsrat und als aufstrebender Regionalakteur in der Sicherheitspolitik haben gar nichts mit Haiti zu tun, jedoch wurde dies mit einer aktiven Rolle in UN-Einsätzen verknüpft: Ein Land stellt also Ressourcen für das UN-System zur Verfügung, was außenpolitische Gutpunkte für Brasilien bedeutet, für die

haitianische Bevölkerung aber mehr Sicherheitskräfte. Die weitere Entwicklung könnte zwar Legitimität kosten, aber dies würde der UNO an sich angelastet. Also: kleine außenpolitische Entscheidung (im konkreten Fall) bei einem Akteur, große Wirkung in Haiti. Die Wirkung in Haiti hat dagegen wenig Gegenwirkung im Ausland, auch bei Erfolgen.

Ein Sonderfall ist dabei vielleicht die Rolle der USA, die hohe innenpolitische Kosten bei der Entsendung selbst befürchten musste.<sup>142</sup>

### Zeitliche Komponente

Schon lange vorher gab es ausländische Truppen im Land (erste US-Besetzung) und Verbindungen zum Ausland der jeweiligen Machthaber, die Wahl Aristides sollte dies ändern und die Interdependenzen sowohl im wirtschaftlichen wie auch im politischen Bereich für Haiti günstiger umformen. Der Putsch machte diesen Hoffnungen ein Ende und mit dem Zwang, sich mit ausländischer Hilfe wieder den Zutritt zum Amt zu verschaffen, begann eine weitere Intensivierung der Interdependenzen, die sich durch die verknüpften Modalitäten aber wieder zu Lasten des Staates entwickelten. Mit der Beteiligung der IO an der Konfliktbearbeitung war eine aktive Rolle zwar gewünscht, jedoch sollte das IOP der Souveränität nicht in diesem Masse beschränkt werden. So nahmen ausländische Akteure weitreichenden Einfluss auf den Handlungsspielraum der haitianischen Regierung und auf einzelne gesellschaftliche Gruppen. Letztendlich spielte dies reformfeindlichen Kräften (wie z. B. dem „späteren“ Aristide) in die Hände, was IO und einzelne Staaten dazu nötigte, erneut in den Konflikt einzugreifen. Der Bereich der politischen Stabilität entwickelte sich zu einem Bereich mit sich immer wieder verstärkenden Interdependenzen, wenngleich auch mit verschiedenen Akteuren und nicht statisch, sondern eher immer sprunghaft.

Der Sicherheitsbereich dagegen war, geht man vom Zeitpunkt des Putsches und der damit verbundenen Gewaltwelle aus, ein eher konstanter Bereich im negativen Sinne. Kriminalität und politische Auseinandersetzung mit Waffengewalt, eine weitläufige „*the winner takes all*“ - Vorstellung von Politik konnte nur mit ausländischer Hilfe bekämpft werden, d. h. ab dem Zeitpunkt der Invasion hing ein großer Teil der Sicherheit mit dem Willen ausländischer

---

<sup>142</sup> Siehe dazu Unterkapitel „Somalia-Syndrom“.

Akteure zusammen, selbst Sicherheitskräfte zu entsenden und Ressourcen in den Aufbau des nationalen Sicherheitsapparates zu investieren. Nimmt man die Position ein, dass weitgehende Sicherheit des eigenen Lebens der normale Status ist, so blieb dies immer stark abhängig von ausländischen Kräften und wurde letztendlich auch nie erreicht – also eine Konstante. Von einer eher pessimistischen Warte aus gesehen „verbesserte“ sich die Sicherheitslage auch immer wieder, misst man sie an den Höhepunkten der Gewaltwellen. Letztendlich blieb also die Interdependenz in diesem Bereich konstant stark.

### **3.4.2. Themenfeld Migration**

*„Ohne den Zustrom von Dollars aus der so genannten Diaspora wäre Haitis Wirtschaft längst den Bach hinuntergegangen. (...) Die monatlichen Geldüberweisungen in den USA und Kanada lebender Haitianer sind höher als das offizielle Budget und tragen mehr zum Überleben der Bevölkerung bei als alle Entwicklungsprojekte zusammen.“<sup>143</sup>*

#### **A. Migranten als Akteure**

Bevor eine faktische Darstellung der Migration erfolgt, muss noch einmal auf die theoretischen Ausführungen im ersten Teil dieser Arbeit eingegangen werden, denn für die Analyse stellt sich zuerst das Problem, Migranten als Akteure zu verstehen. Folgende Fragen tauchen dabei auf und müssen vorher geklärt werden.

Stellt Migration eine transnationale Interaktion dar? Ja. Denn das Reisen, also die Bewegung von Personen zwischen nationalen Grenzen oder, und dies scheint in diesem Fall sehr wichtig, das alleinige Ausreisen aus dem eigenen Land, stellt nach dem hier verwendeten Definitionen klar eine transnationale Interaktion dar. Mit Abb. 2 könnte man dies auch so formulieren: die Gesellschaft 1 stellt eine Beziehung zur Gesellschaft 2 und / oder nur zur

---

<sup>143</sup> Buch. 2004. S.161.

Regierung 2 her. Zieht man auch IR im Bereich der Migration hinzu, so ergeben sich weitere Verbindungen. „Transnational“ trifft natürlich auch zu, weil Migranten keine staatlichen Akteure sind.

Sind Migranten nun eigene Akteure? Auch dies kann klar bejaht werden. Die hier vertretene Ansicht basiert auf der Feststellung, dass Akteure für ein Themenfeld von signifikanter Bedeutung sind. Migranten haben sowohl Einfluss auf die Struktur des eigenen Staates als auch auf die Einreisestaaten, sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht.

Die transnationalen Beziehungen, die durch Migration geschaffen werden, müssten theoretisch nicht unbedingt in eine Interdependenz münden, doch bei einer größeren Zahl und vor allem bei einer gewissen Kontinuität ist stark davon auszugehen.

Im Folgenden werden die zwei wichtigsten Ströme der Migration aus Haiti dargestellt (in die USA und die Dominikanische Republik), sodass die entstandenen Interdependenzen deutlich werden. Diese Aspekte werden wiederum in der Analyse in die Konstellation eingearbeitet, welche zur Intervention führten.

## **B. Zahlen zur Migration aus Haiti**

Eine Vorstellung, welche Ausmaße die Fluchtmigration aus Haiti hatte, geben die Statistiken des UNHCR. Um Vergleichszahlen zu haben sind auch einige Zahlen vor 1991 angeführt.<sup>144</sup>

---

<sup>144</sup> Nach: UNHCR. Statistical Yearbook 2001. Phoenix-Trukkeriet. Aarhus. 2002. ;  
Anmerkungen zur korrekten Interpretation:

- Die Zahlen beziehen sich auf alle Personen, die der UNHCR erfassen konnte (bzw. Schätzungen vorliegen) und er sich zuständig erklärte.
- Die Zahlen in Tabelle 1 beziehen sich auf die im Ausland lebende Population „refugee population“, in den anderen auf in den jeweiligen Ländern Asylsuchende („asylum-applicants“).
- Genaue Definitionen und Recherchemethoden: siehe Quelle S.71-79 ; S.149.

*Tabelle 1: Ausgewählte Zahlen zur Migration aus Haiti 1992 - 2001<sup>145</sup>*

<b>Beschreibung</b>	<b>92</b>	<b>93</b>	<b>94</b>	<b>95</b>	<b>96</b>	<b>97</b>	<b>98</b>	<b>99</b>	<b>00</b>	<b>01</b>
Im Ausland lebende Flüchtlinge gesamt	2500	3900	9800	13900	15100	15500	13500	8800	7600	7200
Flüchtlinge in USA lebend	200	2100	6900	9300	11000	11900	10600	6300	5200	5300
Flüchtlinge in NIC*	4300	-	800	0	0	0	-	-	-	-
Freiwillige Repatriierung aus NIC*	5300	2000	1300	700	400	-	0	0	100	0

\*Non-industrialized-countries

*Tabelle 2: Asylsuchende aus Haiti in Industriestaaten 1982 - 2001 mit Aufenthaltsbewilligungen 1992 - 2001 (Zahlen in Klammer)<sup>146</sup>*

<b>82</b>	<b>83</b>	<b>84</b>	<b>85</b>	<b>86</b>	<b>87</b>	<b>88</b>	<b>89</b>	<b>90</b>	<b>91</b>	<b>Gesamt</b>
125	143	131	1188	581	954	2307	1931	3339	1813	12512
<b>92</b>	<b>93</b>	<b>94</b>	<b>95</b>	<b>96</b>	<b>97</b>	<b>98</b>	<b>99</b>	<b>00</b>	<b>01</b>	<b>Gesamt</b>
6407 (924)	11593 (1273)	10282 (1640)	2772 (744)	4180 (1504)	4663 (688)	3215 (416)	3294 (258)	6503 (770)	7897 (1211)	60806 (9428)

*Tabelle 3: Asylsuchende aus Haiti nach Aufnahmeländern (Industrieländer) 1992 - 2001<sup>147</sup>*

<b>Jahre</b>	<b>Belgien</b>	<b>Kanada</b>	<b>Frankr.</b>	<b>Deutschl.</b>	<b>Niederl.</b>	<b>Spanien</b>	<b>Schweden</b>	<b>Schweiz</b>	<b>USA</b>
<b>92-96</b>	37	1787	1503	20	12	7	6	39	31823
<b>97-01</b>	10	1272	5593	6	8	5	-	5	18673

<sup>145</sup> UNHCR. 2002. S.89 ; S.92 ;S.97 ; S.102.

<sup>146</sup> Ebd. S.115f ; S.127.

<sup>147</sup> Ebd. S.119f.

### **C. Migration in die USA**

Die auf den ersten Blick etwas verwirrenden Zahlen in den Tabellen 1 - 3 erklären sich durch die wechselnde und eigenwillige Politik der USA gegenüber Flüchtlingen aus Haiti.

Schon in den Siebziger Jahren wurden Personen, die vor dem Duvalier-Regime in die USA flüchteten, meist nicht als solche anerkannt. Vor allem im Vergleich zu Asylsuchenden aus Kuba kam die Ungleichbehandlung ans Licht: Während diese ohne Probleme als politische Flüchtlinge aufgenommen wurden, wurden Haitianer trotz einschlägiger Berichte über Verfolgungen als „Wirtschaftsflüchtlinge“ eingestuft. Die seit Anfang der Siebziger an den Küsten Floridas Gelandeten stellten Asylanträge (die meist abgelehnt wurden) andere tauchten in der haitianischen Gemeinschaft in Miami unter. Weiter verschärft wurden die Regeln 1978 durch das so genannte „Haitianische Programm“, das jedoch von amerikanischen Gerichten gestoppt wurde und diese 1979 anordneten, abgelehnte Asylwerber erneut anzuhören. Durch öffentlichen Druck, Kubaner und Haitianer gleich zu behandeln, konnten 1980 Asylwerber aus Haiti ein Bleiberecht erhalten – im Gegensatz zu den Kubanern jedoch keine Daueraufenthaltsgenehmigung.

Präsident Reagan vereinbarte 1981 mit der Regierung unter Jean-Claude Duvalier ein Rücknahmeabkommen, sodass Flüchtlinge am offenen Meer abgefangen und nach Haiti zurückgebracht werden konnten – offiziell war es Personen, die Flüchtlinge sein könnten, möglich, von der Küstenwache in die USA gebracht zu werden, doch das Prozedere machte dies sehr schwierig.

Dieses Programm wurde nach dem Putsch gegen Aristide ausgesetzt – jedoch nur für einen Monat. Danach wurden die etwa 34000 Aufgegriffenen in das heute berüchtigte Guantánamo gebracht, wo sie mehr oder minder inhaftiert wurden, etwa 10500 konnten kurz nach dem Putsch in die USA einreisen und dort Asyl beantragen, doch schon im Mai 1992 ordnete Präsident Bush sen. an, keine Anhörungen durchzuführen und alle Haitianer in ihr Land zurückzuschicken – Clinton behielt diese Praxis bis 1994 bei. Die Küstenwache fing 1992 ca. 31400 Haitianer ab, 1993 ca. 2400 und 1994 ca. 25000 (danach im Durchschnitt 1150 pro Jahr).

Ab Juni 1994 versuchte man auf einem Schiff mit zivilen Behörden die Anhörungen durchzuführen und außergewöhnlich vielen Haitianern wurde die Einreise in die USA und die Niederlassung dort gewährt. Da die Kapazitäten durch die große Zahl an Aufgegriffenen aber schnell zu Ende war, wurde dieses System wieder eingestellt, alle Haitianer landeten erneut in Guantánamo: fast alle wurden vor der Invasion im September nach Haiti zurückgeführt, nach der Invasion die Verbliebenen mit Zwang.

Die Praxis, Haitianer auf See abzufangen, blieb jedoch bestehen: Die USA hatten zuvor schon gerichtlich zementiert, dass die Genfer Flüchtlingskonvention nur auf dem eigenen Territorium gelten würde, man hatte also ein Schlupfloch gefunden.<sup>148</sup>

Die große Zahl an Flüchtlingen war es auch, die in den USA Argumentation für, aber auch gegen, eine schnelle, greifbare Intervention – sprich Invasion – war: Zum einen wurde festgestellt, dass das Embargo mit den Menschenrechtsverletzungen Schuld an der großen Zahl an Flüchtlingen war, zum anderen aber auch befürchtet, dass eine gewaltsame Invasion den Strom noch anschwellen lassen würde. Die Zick-Zack-Politik Clintons gründete sich unter anderem in der Auffassung, dass ein gewaltloses Abdanken der Militärs (nebst den Einschränkungen für die legitime Regierung) den Flüchtlingsstrom weitgehend zum Versiegen bringen würde.<sup>149</sup>

Auch der Sicherheitsrat zog wiederholt die Argumentation heran (seit den Neunzigern), dass große Flüchtlingsbewegungen eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit darstellen können – damit wurden die Flüchtlinge zusätzlich zu anderen Aspekten eine Basis, warum der Sicherheitsrat das Recht hat, in einem souveränen Staat zu intervenieren. Diese Ansicht wurde in den Fällen Irak, Kosovo, Liberia, Ruanda, Somalia und eben auch Haiti (als eine der ersten bedeutenden Interventionen nach dem Ende der Sowjetunion) vertreten.<sup>150</sup>

---

<sup>148</sup> Vgl. UNHCR. Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt. Verlag Dietz. Bonn. 2000. S.199f.

<sup>149</sup> Vgl. Jansen. Streiflichter aus Amerika. Campus Verlag. Frankfurt / New York. 1997. S.67f.

<sup>150</sup> Vgl. UNHCR. State of the World's Refugees 2006. Oxford University Press. Oxford. 2006. S.66f.

Ein anderes Phänomen der Migration in die USA war die Rückkehr von Haitianern als Soldaten der US-Armee. Selbst wenn die Truppen die Erwartungen zur Stabilisierung der Sicherheitslage nicht erfüllen konnten, so repräsentierten sie doch eine neue Chance:

„Besonders deutlich wurde dies an den aus Haiti stammenden US-Soldaten, die in den Jahren vor der Invasion in die USA emigriert waren und nun als Befreier zurückkamen. Sie verkörperten für viele Haitianer eine äußerst positive Vision von den USA: die eines Landes, in dem unabhängig von der Herkunft oder Hautfarbe sozialer Aufstieg möglich zu sein scheint.“<sup>151</sup>

#### **D. Migration in die Dominikanische Republik**

Die Migration in die Dominikanische Republik unterscheidet sich von ihrer Art her von jener in andere Staaten, vor allem in die USA. Die Fluchtmigration vor den Regimen trieb viele aufs Meer, besonders in Zeiten steigender Gewalt in Haiti. Die Migration in die Dominikanische Republik mag zwar denselben Grund gehabt haben, dazu gesellt sich aber die aktive Rekrutierung als billige Arbeitskräfte über einen langen Zeitraum hinweg.

Schon ab 1918 wurden haitianische Arbeiter für die Arbeit auf den Zuckerrohrplantagen der Dominikanischen Republik rekrutiert, zuerst von Angehörigen der US-Marines, später von Armeeangehörigen beider Länder. Vertieft wurde diese Rekrutierung unter dem Duvalier-Regime 1965: Ein Abkommen sah vor, dass gegen Bezahlung jedes Jahr zwischen 10000 und 15000 Arbeiter für die Dominikanische Republik „zur Verfügung“ gestellt werden sollten (ratifiziert 1966). Dazu kam noch eine irreguläre Migration, vorwiegend in Jahren mit guten Zuckerpreisen.<sup>152</sup> Das Regime konnte mit der Emigration gute Geschäfte machen, denn neben den Zahlungen für die „Aufbringung“ der Arbeiter – die nicht immer freiwillig abwanderten – kamen noch Gebühren für Visa, Reiseversicherungen usw., welche zusätzlich die Staatskassen füllten.

---

<sup>151</sup> Bernecker. 1996. S.192.

<sup>152</sup> 1973-1975 und 1979-1981.

In den Achtziger Jahren veränderte sich mit dem Niedergang der Zuckerproduktion auch die Struktur der Migration aus Haiti. Die Arbeiter weiteten ihr Betätigungsfeld auf andere Bereiche aus, z. B. Bauwirtschaft und Kleingewerbe. Noch später (ab den späten Neunzigern) traf man haitianische Arbeiter auch in der expandierenden Tourismusbranche.<sup>153</sup>

Heute wandern ungefähr 25000 Haitianer zur Saison in die Dominikanische Republik – angeworben von den so genannten „buscones“, die mit traumhaften Verdienstmöglichkeiten locken. Unterwegs oft beraubt durch korrupte Polizisten oder Grenzsoldaten aber auch von kriminellen Banden, werden ihnen vor Ort meist die Papiere abgenommen und sie kommen in eingezäunten Lagern unter. Die Reise kostet zahlreichen Menschen das Leben: zurückgelassen, verhungert, vergewaltigt oder von den Grenzposten erschlagen oder erschossen. Da das Visum nach der Saison oft abgelaufen ist und sich viele verschuldet haben, bleiben sie in den Lagern hängen. Die dort geborenen Kinder haben keine Staatsbürgerschaft und werden sobald als möglich wieder als Zuckerarbeiter eingesetzt. An die 250000 solcher Kinder sollen schon im Land leben. Der Profit der illegalen Arbeitsmigration geht zumeist an die dominikanische Elite, wobei sich nur drei große Familien die Gewinne aus dem Zuckerrohranbau teilen.<sup>154</sup>

Innenpolitisch geht die Arbeitsmigration in die Dominikanische Republik mit starken Haitianerfeindlichen Kampagnen einher. Obwohl die größeren Plantagenbesitzer sehr wohl von den Arbeitskräften profitieren, wird politisch mit stark rassistischen Vorurteilen die Bevölkerung gegen die Einwanderer aufgebracht. Neben der Angst, am Arbeitsmarkt von den Haitianern verdrängt zu werden, liegt aber auch eine strukturelle, länger wurzelnde Abneigung gegen die Nachbarn aus dem Westen. Im 20. Jahrhundert war dabei das Massaker an Haitianern 1937 an der Grenze unter dem Diktator Rafael Leónidas Trujillo, bei dem 18000 Menschen zu Tode kamen, prominentes Beispiel.

Zentrale Rolle dabei spielt dabei die Ansicht, dass Haiti ein afrikanisches Erbe, eine „*Negritud*“ etc. darstellt (was historisch gesehen durchaus

---

<sup>153</sup> Vgl. Coupeau. 2008. S.148-150.

<sup>154</sup> Vgl. Fernandez. Immer der Arbeit nach. Le Monde diplomatique. August 2008. S.14f.

Gründungsmythos Haitis war), demgegenüber „Dominikanisch“ aber eine Berufung auf europäische, spanische Wurzeln und den Katholizismus ist.

In der Dominikanischen Republik wird neben der offenen Abneigung gegen die Haitianer wegen ihrer Hautfarbe auch ein ganzes Set an Vorurteilen bedient. Zuerst einmal ist der Voodoo vielen Dominikanern ein Dorn im Auge, dessen Zelebrierung mit einem Lebensstil assoziiert wird, der moralisch verwerflich sei und auch noch zur Verbreitung von Krankheiten wie AIDS beitrage – seltsamerweise gilt dies nach Ansicht von Menschen in einigen ländlichen Bereichen auch für Malaria. Im öffentlichen Leben läuft eine große Diskriminierung von dunkelhäutigen Menschen – seien sie nun Haitianer oder Dominikaner mit haitianischen Wurzeln. Die Hautfarbe als grundlegendes Merkmal zur Teilung der Gesellschaft und Zugang zum öffentlichen Leben, wie es auch für Haiti schon beschrieben wurde, ist auch in der Dominikanischen Republik stark ausgeprägt, nur das hier das „Weiß-sein“ in den Vordergrund gestellt wird (was in Haiti selbst als Mulatte bezeichnet werden würde und für lange Zeit die Zugehörigkeit zur Oberschicht sicherte). Kann man sich nicht klar zuordnen, so beruft man sich auf indianische Wurzeln:

„Although by the middle of the sixteenth century only a minute fraction of the original indigenous population of the island remained, many Dominicans prefer to use the term indio or india, rather than mulatto to describe themselves or others who can't easily be classified as white. The message is: If one is clearly not white, better to be 'Indian' than African.“<sup>155</sup>

Die Politik in der Dominikanischen Republik reagierte auf diese Feindseligkeiten in den Neunzigern mit Deportationsmaßnahmen, denn die Arbeitskräfte konnten schnell ersetzt werden: So wurden z. B. in den Jahren 1996/97 an die 15000 Haitianer deportiert, im Jahr 2000 Schätzungen zufolge wieder zwischen 12500 und 36400.

Ein weiteres Beispiel, wie sich die Migrationsbewegungen zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik auf die Innenpolitik auswirkte, war die Präsidentenwahl 1996. In einer Meinungsumfrage gaben neun Prozent an, sie

---

<sup>155</sup> Howard. Dominican Republic spurns haitian migrants. In: NACLA. Report on the Americas. Sept./Okt. 2001. S.25.

würden den Kandidaten der Dominican Revolutionary Party, Dr. José Francisco Pena Gómez, nicht wählen, da sie glaubten er sei Haitianer – er war jedoch ein in der Dominikanischen Republik geborener Schwarzer.<sup>156</sup>

## **E. Interdependenzen**

Die transnationale Interaktion der Migration in die USA und in die Dominikanische Republik stellte durch ihre Kontinuität und ihre Wirkung eine Interdependenz zwischen den Staaten her.

Für Flüchtlinge aus Haiti waren die USA ein geeignetes Ziel, um der Not und der Verfolgung im eigenen Land zu entgehen. Diese wiederum hatten eine restriktive Einwanderungspolitik, dazu noch eine Verbindung zum Duvalier-Clan, mit dem auch ein Rücknahmeabkommen zustande kam. Durch diese Verbindungen drückte sich aber auch die zunehmende Interdependenz zwischen den Staaten aus: Wollte man eine Regierung stützen, die politisch „genehm“ war, so konnten die Flüchtlinge nur an der Einreise gehindert werden, die Gründe zur Flucht konnte man jedoch nicht eliminieren. Dazu mussten die USA Mittel aufbringen, die sonst nicht notwendig gewesen wären. Doch die Ungleichbehandlung der Haitianer (im Gegensatz zu Kubanern) hatte in der Zeit auch direkten Einfluss auf die Innenpolitik. Afroamerikanische Politiker konnten zu Recht deklarieren, dass Asyl nicht aufgrund von allgemeinen Kriterien, sondern sehr selektiv gegeben wurde und in diesem Fall auch ein klarer Bezug zur Hautfarbe bestand. Die Haitianer wiederum waren von dieser Unterstützung abhängig, wurde doch die Einreise in die USA wahrscheinlicher.

Diese Thematik war auch später im Wahlkampf präsent und letztendlich musste sich Clinton mit der Frage auseinandersetzen, wie mit Flüchtlingen aus Haiti umgegangen werden sollte. Mit seiner Lösung stieß er aber schnell an die Grenzen der Kapazitäten, zudem ist das Abfangen auf See eine international eher umstrittene Praxis.

Flüchtlinge aus Haiti waren ein innenpolitisches Thema und Teil der Überlegung, wie man mit dem Regime in Haiti umgehen sollte. Der

---

<sup>156</sup> Vgl. Howard. In: NACLA. Sept./Okt. 2001. S.24-28.

Flüchtlingsstrom war, wie erwähnt, dabei Argument pro und contra eines militärischen Eingreifens. Letztendlich überwog in der Entscheidung, sich militärisch zu engagieren, das Pro-Argument.

Aus haitianischer Sicht bestand eine Beziehung zu den USA als Auswanderungsland, das Sicherheit vor Armut und Gewalt versprach. In weiterer Folge konnten die erfolgreich Ausgewanderten ihre Angehörigen unterstützen und die Renumerationen waren und sind eine wichtige Einkommensquelle in Haiti.

Die Dominikanische Republik profitiert von der Instabilität Haitis und dem daraus resultierenden Angebot an billigen Arbeitskräften. Neben dieser wirtschaftlichen Komponente der Migration treten dazu noch die Auswirkungen auf die dominikanische Innenpolitik, welche durch rassistische Kampagnen gegen Haitianer oder Dominikaner haitianischer Herkunft geprägt ist.

Nachdem das Feld nun auf die wichtigsten Aussagen reduziert wurde, kann es mit Hilfe der Theorievorgaben kategorisiert werden:

### Grund

Grund für die Migration war Flucht vor direkter Verfolgung, Arbeitslosigkeit und vor der allgemeinen Armut. Die beiden Hauptströme stellten durch ihre Kontinuität und durch ihre Wirkung auf das Gefüge in einem anderen Staat eine Interdependenz her.

### Gewinne

*USA - Haiti:* Hier handelt es sich im Großen und Ganzen um ein Nullsummenspiel. Während es für Haitianer ein Gewinn war, in die USA einreisen zu dürfen und für die Gesellschaft zu Hause ein Gewinn, dass Renumerationen flossen, so mussten die USA Ressourcen zur Grenzkontrolle aufbringen, politische Strategien mussten entwickelt und auch eine Invasion finanziert werden. Obwohl hier nicht genau gleiche Gewinne auf gleiche Verluste treffen: Im Themenfeld Migration alleine kann man mit einem

Nullsummenspiel argumentieren, die kooperative Bearbeitung der Migrationswelle nach dem Putsch war die Strategie dagegen.

*Haiti - Dominikanische Republik:* Auf eine nicht als zynisch zu verstehende Weise ist diese Interdependenz eine Positiv-Summenspiel. Auch wenn es für den Einzelnen ein grausames Schicksal darstellt, so gewinnen beide *Staaten* von dieser Situation der Ausbeutung. Zum einen die Dominikanische Republik, die sich sowohl billige Arbeitskräfte als auch ein „Feindbild“ erhält, gegen das innenpolitisch mobilisiert werden kann. Auf der anderen Seite Haiti, das einen Teil seiner Arbeitslosigkeit los wird und in manchen Fällen profitiert auch der haitianische Arbeiter, falls ihn nicht eines der oben beschriebenen Schicksale widerfährt – damit war auch keine Bereitschaft gegeben, in kooperativer Form den Status quo zu verändern (als Bsp. dafür die Nichteinhaltung des Embargos).

### Kosten

In beiden Konstellationen, also mit den USA und der Dominikanischen Republik, trägt Haiti große Kosten. Änderungen in der jeweiligen Migrationspolitik haben große Auswirkungen. Diese könnten theoretisch auch positiv sein, der gegebene Kontext zeigt aber, dass dies Ausnahmen sind – die Empfindlichkeit ist also groß. Da Haiti als schwacher Staat und die Migranten selbst als Akteure ohne viel Druckmittel nicht wirklich reagieren können, sind die gesellschaftlichen Auswirkungen längerfristig auch gravierend, die Verwundbarkeit ist also ebenso groß.

### Symmetrie

In diesem Merkmal verliert wieder Haiti in beiden Konstellationen. Obwohl eine Interdependenz zwischen den USA und Haiti herrscht, so sind die Auswirkungen ungleich stärker auf Haiti gerichtet, während Migration zwischen den beiden Staaten die USA nicht in großem Maße beeinflussen kann (wäre dies so, wäre eine Invasion vermutlich in einem viel kürzerem Zeitraum zustande gekommen). Für Haiti sind die Verbindungen zu den USA jedoch sehr wichtig, da, wie gesagt, ein Teil der Einkünfte aus ihnen kommt und sie einen Schutz vor Verfolgung darstellen – sofern man die Einreise schafft.

Ebenso gewinnt die Dominikanische Republik von den billigen Arbeitskräften enorm, während die oben genannten Effekte für Haiti nicht eine gravierende Verbesserung der Situation nach sich ziehen. Viel mehr muss noch einmal darauf verwiesen werden, dass der „Handel“ mit den Arbeitern weiterhin die Korruption im Land fördert.

### Zeitliche Komponente

Zur Zeit des Putsches gab es in die USA eine Auswanderungsspitze, während sie nach der Invasion wieder nachließ. Die Migration in die Dominikanische Republik war jedoch eher abhängig von der wirtschaftlichen Situation (darum auch Kontinuität), sie änderte sich auch mit dem Bedarf an Arbeitskräften. Folglich ist in Bezug auf die USA zu sagen, dass die Interdependenz im Themenfeld Migration vor und während des Putsches höher war, durch die Invasion aber sich kein gravierend absteigender Trend entwickelte, wie von den USA angestrebt.

Für die Dominikanische Republik änderte sich wenig durch die Invasion, da die instabile Lage im Nachbarland weiter anhielt und sich auch die Wirtschaftslage nicht verbesserte, sodass weiterhin leicht Arbeitskräfte rekrutiert werden konnten und können.

### **3.4.3 Themenfeld Drogenhandel**

*„Immer wieder werden an den Küsten wasserdichte Pakete angeschwemmt, deren Inhalt, ein mysteriöses weißes Pulver, nach der Beschlagnahme durch die Behörden spurlos verschwindet oder von Fischern unter der Hand verscherbelt wird.“<sup>157</sup>*

Neben der Migration und den wirtschaftlichen Verbindungen war der Drogenhandel durch Haiti stets ein Feld des Konflikts mit den USA. Seit dem Ende der Siebziger Jahre entwickelte sich Haiti zu einem wichtigen Umschlagplatz für den Kokainhandel. Dabei entstanden Verbindungen zwischen den Kartellen in den Herkunftsländern, vor allem Kolumbien, und

---

<sup>157</sup> Buch. 2004. S.166.

haitianischen Banden in den USA. Auch hochrangige Militärs waren als leichte Einkommensquelle in den Drogenhandel eingebunden, manche wurden auch während dieser Zeit in den USA vor Gericht gestellt (z. B. 1987 Oberst Jean-Claude Paul in Miami). Problematisch war dabei, dass die CIA auf der einen Seite Verbindungen zu den Militärs hielt, während auf der anderen Seite die DEA versuchte, dem Handel Herr zu werden – was zu einer dauernden nicht-offiziellen Konfrontation der beiden US-Behörden führte.<sup>158</sup>

### **A. Drogenbekämpfungsmaßnahmen und Antisubversionsstrategien**

Diese paradoxe Situation wird verständlich, wenn ein oberflächlicher Blick auf die Lateinamerikapolitik der USA geworfen wird. Das amerikanische Engagement zur „Antisubversion“ seit den Sechzigern beinhaltete militärische und geheimdienstliche Operationen, die (aus US-Sicht) kommunistische Bewegungen bekämpfen sollten. Mit der Zeit wurde das Feld auch auf Drogenbekämpfung ausgeweitet, d. h. eben genannte Aktionen auch gegen Anbau und Transport von Drogen in die USA ausgeweitet. Reagan deklarierte den Drogenhandel dann 1986 zur Bedrohung für die nationale Sicherheit. In den folgenden Jahren kam es zu einigen Einsätzen von US-Truppen, deren Ziele Antisubversion, Terrorismusbekämpfung und Drogenhandelsbekämpfung waren. Mit der „*Operation Snowcap*“ ab 1987 wurde aber auch in den USA selbst die Frage laut, wie genau die Ziele der Missionen in Lateinamerika waren. 1990 stellte der US-Kongress dann fest, dass antisubversive Operationen nicht automatisch an Drogenbekämpfungsmaßnahmen gekoppelt werden können, sondern dies auch deklariert werden müsse. Besonders die überproportionale Militärkomponente in den Missionen war auffällig.<sup>159</sup>

Obwohl diese Fakten auf den ersten Blick suggerieren, Drogenbekämpfungsmaßnahmen seien in den meisten Fällen nur Legitimierungsversuche für militärische Operationen gegen Gruppen, die die Hegemoniestellung der USA in Lateinamerika und ihnen freundlich gesinnte

---

<sup>158</sup> Vgl. Aguirre. Sanahuja. 1996. S.160f.

<sup>159</sup> Vgl. Del Olmo. Drogen und Konflikte niedriger Intensität in Lateinamerika. In: Labrousse. Wallon (Hg.). Planet der Drogen. Fischer. Frankfurt am Main. 1996. S.311-340.

Regierungen bedrohen könnten, bringt die Betrachtung der Drogenbekämpfungsmaßnahmen alleine die Erkenntnis, dass die Prioritäten oft anders gelagert waren. Zentraler Ansatz dabei ist, dass bei der Verteidigung der Hegemonialstellung in Lateinamerika und der Karibik Rebellengruppen zwar ein reales Problem darstellten, der Drogenanbau und -handel jedoch ein diffuses „Risiko“, das in der politischen Wahrnehmung (auch in der Öffentlichkeit) eine größere Stellung hat und auf Dauer gesehen längere Aktionen nach sich zieht.<sup>160</sup>

Präsident Reagan schuf die Voraussetzungen zum Einsatz der Streitkräfte zur Drogenbekämpfung – mit den oben beschriebenen Konsequenzen. Grundsatz dabei war, dass die US-Drogenpolitik vor allem auf die Reduzierung des Angebots abzielte, während andere im Gegenzug die Nachfrage in den Industriestaaten als eigentliches Problem sahen. Diesem Argument kam man ab 1988 mit dem *Anti-Drug Abuse Act* entgegen, ähnlich wie bei der Außenpolitik überwog auch hier stark die repressive gegenüber der präventiven Seite.

Drogenhandel wurde von Bush sen. wieder zentral auf die öffentliche Agenda gesetzt, verbunden mit einer Aufwertung der Streitkräfte als führenden Akteur in der Drogenbekämpfung. Auch Verteidigungsminister Richard Cheney propagierte den „Drogenkrieg“ und das Pentagon, das dieser Einbindung zuvor skeptisch gegenübergestanden war, konnte Ressourcen erhalten, die nach dem Ende der Sowjetunion gekürzt werden sollten.

Clinton betonte die Maßnahmen nicht mehr in dem Maße als außenpolitische Priorität wie seine Vorgänger (auch wenn immer wieder Drogen als Bedrohung der nationalen Sicherheit bezeichnet wurden), aber durch einen Bericht des National Security Council von 1993, der darauf verwies, dass Drogen an der Grenze und in den Transitländern nicht ausreichend aufgehalten werden könnten, verstärkte auch er nochmals die militärische Präsenz in Lateinamerika. Der übertriebenen Rhetorik standen und stehen aber durchaus Tatsachen zur Seite. Zuerst wird das meiste in den USA konsumierte Kokain in Lateinamerika hergestellt und durch Mexiko oder eben die Karibik in die USA transportiert. Weiters sehen die USA den Drogenhandel als einen

---

<sup>160</sup> Der Begriff Risiko steht hier im Gegensatz zu Bedrohung, da kein eindeutiger Akteur, keine feindliche Intention und kein militärisches Potential im Drogenhandel zu identifizieren ist.

destabilisierenden Faktor in der Region, was sich wiederum auf Handelsbeziehungen und auch der Sicherheit von US-Bürgern im Inland (durch den Konsum) oder im Ausland (durch Kriminalität) auswirkt. Insofern stellt der Drogenhandel ein reales Risiko für die USA dar, selbst wenn keine Gruppen existieren würden, die gegen die Partnerregierungen arbeiten. Damit geht auch einher, dass Politiker oder Militärs, die in den Drogenhandel involviert waren, von US-amerikanischer Seite gedeckt wurden und so Drogenbekämpfungsmaßnahmen manchmal hinter anderen Zielen zurückstecken mussten. Diese Unterstützungen waren aber nur punktuell und nicht Teil einer langfristigen Strategie, was wiederum erklärt, dass auf lange Sicht gesehen in vielen Regionen das Engagement gegen Drogen Priorität vor Hegemonialpolitik hatte – sobald diese Priorität wieder da war, drohte dem zuvor mit der CIA verbundenen Händler der Prozess wie beim anfangs genannten Beispiel.

Mit Verweis auf die theoretischen Grundlagen der Arbeit, des Neoinstitutionalismus, sei hier aber auch angemerkt, dass die USA durch die Problemerkognition und die Kooperationsnotwendigkeiten nicht nur einseitige Alleingänge in der Drogenbekämpfung durchführen. So sind sie Teil vieler internationaler Organisationen, die sich mit variierendem Integrationsgrad mit der Drogenproblematik befassen. Die wichtigsten dabei sind das Drogenkontrollprogramm der UN UNDCP, die Inter-Amerikanische Kontrollkommission zum Drogenmissbrauch CICAD, Interpol und die Weltzollorganisation.<sup>161</sup>

Das Regime in Haiti wurde von US-Seite durchwegs lange Zeit als zwar diktatorisch aber als antikommunistisch gewertet, sodass die Doktrin, geheimdienstliche Operationen zur Antisubversion durchzuführen, die Unterstützung der CIA für führende Personen in Haiti beinhaltete. Wenn auch manche Stellen in den USA noch im alten Muster Aristide als eine „kommunistische“ Bedrohung wahrnahmen, so überwog inzwischen bei Weitem das Problem des immensen Drogenschmuggels durch das Land mit der geografischen Nähe zu den USA. Die militärische Präsenz und die Herstellung

---

<sup>161</sup> Vgl. Friesendorf. Der internationale Drogenhandel als sicherheitspolitisches Risiko. LIT Verlag. Münster. 2001 .S.19 ; S.48-55 ; S.60-66 ; S.129.

von halbwegs stabilen Verhältnissen war für das offizielle Amerika die zu diesem Zeitpunkt beste Strategie, gegen den Drogenschmuggel durch Haiti vorzugehen.

Die Verwicklung von Militärs und anderen Behörden in den Drogenhandel hatten aber für die USA zu einer unangenehmen Situation geführt, welche nicht unbedingt restlos in der Öffentlichkeit geklärt werden sollte (z. B. durch eine Reihe von Prozessen, obwohl eine Auslieferung ja denkbar gewesen wäre). Um dem auszuweichen, versuchte man durch die Verhandlungsstrategie der Amnestieforderungen vorher inoffiziell unterstützte Personen in Haiti ein Schlupfloch zu geben, sodass eine genauere Untersuchung erschwert wurde – wie schon erwähnt ging z. B. Cédras sofort problemlos ins Exil wie auch einige andere hochrangige Offiziere.

## B. Zahlen zum Drogenschmuggel durch Haiti

Bevor auf die tatsächliche Umsetzung eingegangen wird, sollen einige Zahlen zum Drogenschmuggel einen Überblick über die Trends um die Zeit der Invasion und die Jahre danach geben (1994-99). Nicht alle Drogenarten scheinen in der Statistik auf, obwohl manche im Nachbarland Dominikanische Republik erfasst sind. Verfügbare Daten gibt es (und dies sind die meistgeschmuggelten Waren) für Kokain und Cannabis:<sup>162</sup>

*Tabelle 4: Beschlagnahmte Mengen 1994 - 1999<sup>163</sup>*

	1994	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Kokain</b>	716000	1357000	956000	2100000	1272000	436000
<b>Cannabis</b>	46 u.	114 u.	k.A.	4455000	24 u.	71030

<sup>162</sup> Tabellen 4 und 5: UNODCCP. Global Illicit Drug Trends 2001. United Nations Publications. New York. 2001. S.131 ; S.144.

<sup>163</sup> Angaben beziehen sich auf beschlagnahmte Mengen; Cannabis-Nebenprodukte wie Öl wurden von mir nicht extra angeführt – wenig aussagekräftige Daten. Angaben in kg falls nicht anders deklariert; die Bezeichnung „u.“ dürfte sich auf „units“ beziehen, jedoch konnte in der weiteren Recherche keine genauere Angabe dazu gefunden werden;

Um diese Zahlen in eine anschauliche Relation zu bringen, soll folgende Tabelle verdeutlichen, welchen „Rang“ im Vergleich zu anderen (angeführten) karibischen Staaten die jeweilige Menge pro Jahr hatte:

*Tabelle 5: Drogenschmuggel durch Haiti im Vergleich zu anderen Karibikstaaten<sup>164</sup>*

	<b>1994</b>	<b>1995</b>	<b>1996</b>	<b>1997</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>
<b>Kokain</b>	3.	2.	4.	2.	4.	7.
<b>Cannabis</b>	*	*	*	4.	*	17.

Hieraus ist ersichtlich, in welchem Maße der Kokainhandel durch Haiti eine Rolle spielt, werden doch im Vergleich zur Größe des Landes enorme Mengen transportiert. Auch die Dominikanische Republik liegt immer im Spitzenfeld. Eine weitere Brisanz erhält diese Statistik zusätzlich, da Quelle der Zahlen von der UNODCCP mit „National Police“ gekennzeichnet wurde – in Bezug zur Verstrickung vieler Beamter in den Handel kann man so von einer hohen Dunkelziffer ausgehen, auch wenn die kleine Anti-Drogeneinheit der Polizei trotz aller Widrigkeiten immer wieder Erfolge verbuchen konnte.

Insgesamt deuten Reduktionsmengen nicht unbedingt immer auf ein örtliches Phänomen bei der Drogenhandelsbekämpfung hin, es zeigt sich eher ein Trend, dass Kokain über die zentralamerikanische und mexikanische Route in die USA geführt wird, nach Europa teilweise über Afrika.<sup>165</sup>

In den Jahren 2001-2004 (also in etwa die 2. Amtszeit Aristides) sahen die Zahlen der beschlagnahmten Mengen wie folgt aus (wobei hier auf eine Reihung verzichtet wird, die prominente Stellung hat sich kaum verändert, die Anmerkungen zur ersten Tabelle gelten auch hier):

*Tabelle 6: Beschlagnahmte Mengen 2001 - 2004<sup>166</sup>*

	<b>2001</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>
<b>Kokain</b>	414000	272760	45000	74900
<b>Cannabis</b>	1705000	149050	31000	385000

<sup>164</sup> Anmerkung: Bei Cannabis nur Angabe, wenn Vergleich durch Angabe in gleichen Einheiten möglich.

<sup>165</sup> Vgl. UNODCCP. 2001. S.124-126.

<sup>166</sup> Nach: UNODC. World Drug Report 2008. s.Internetquellen.

### **C. Schmuggelrouten und –arten**

2007 kamen geschätzte acht Prozent des Kokains für die USA entweder durch Haiti oder die Dominikanische Republik. Die Drogen werden mit Schnellbooten vor die Küste Haitis transportiert und in Fischerboote verladen oder mit Kleinflugzeugen transportiert, welche auf einer der zahlreichen versteckten Pisten landen oder die Fracht abwerfen. Herkunftsorte sind überwiegend Kolumbien, Venezuela und Panama.

Der Weitertransport folgt nach einer Aufteilung in kleinere Mengen in Containern (meist durch den Hafen von Port-au-Prince) oder zuerst auf dem Land in die Dominikanische Republik. Auch mit kleineren Booten wird das Kokain weitertransportiert, meist über die Bahamas nach Florida, in Linienmaschinen werden größere Mengen versteckt: in Gepäck, in Speisewägelchen oder einfach bei Kurieren.

Neu ist das Auftauchen von Crack und Amphetaminen, was auf ein konsequenteres Vorgehen in der Dominikanischen Republik zurückzuführen sein dürfte, das die Schmuggelrouten nach Haiti verlagert hat.<sup>167</sup>

### **D. Verwicklung der Sicherheitskräfte in den Drogenhandel**

Ein Faktor, warum Haiti eine solche prominente Stelle im Drogenhandel einnimmt, ist sicherlich, neben den geografischen Gegebenheiten, die weit verbreitete Korruption. Lokale Polizeibehörden stehen dabei in Verbindung mit den kolumbianischen Drogenbanden: Die niedrigen Löhne der Polizisten und die Unfähigkeit der Regierung, durch die auferlegten Wirtschaftsvorschriften diese zeitgerecht zu bezahlen, machen die Korruption in Haiti billig. Vom Drogenhandel profitieren in Haiti aber nicht nur Behörden, sondern auch zahlreiche Zivilisten, die sich auf Verstecke oder den Weitertransport spezialisiert haben. Auch eine prozentuelle Beteiligung von Seiten der Polizei hat sich an manchen Orten etabliert. Daneben kommt das Geld der in Haiti lebenden kolumbianischen Händler noch dem Baugewerbe zugute – das meiste

---

<sup>167</sup> Vgl. U.S. State Department. International Narcotics Control Strategy Report for Haiti – 2006. s.Internetquellen; U.S. State Department. International Narcotics Control Strategy Report 2008. s.Internetquellen; U.S. Institute of Peace. Haiti's Drug Problems. s.Internetquellen.

Geld bleibt aber nicht als „Investition“ auf der Insel, sondern wird in anderen Staaten veranlagt.

Die Übernahme von ehemaligen Armeeinghörigen in die neue Polizei unterminierte die Drogenbekämpfungsmaßnahmen enorm. Die Sicherheitskräfte wurden zwar von der UNO ausgebildet, insgesamt war der Erfolg aber bescheiden. Von den zu Beginn ausgebildeten 6000 Polizisten blieben beim Jahrtausendwechsel noch etwa 3000 übrig. Grund dafür war (neben einigen offiziellen Enthebungen wegen Korruption) vor allem die Position der ehemaligen Militärs in der Polizei und ihre Kontakte zum Drogengeschäft, sodass viele korrekte Beamte den Dienst quittierten. Insbesondere waren natürlich jene Exil-Haitianer von der Realität enttäuscht, die im Ausland ausgebildet wurden und auf eine Position in einer reformierten Polizei hofften, die die alten Muster der Korruption und Gewalt gegen die Bevölkerung abgelegt hatte. Parallel etablierte sich in Haiti dazu ein Markt für private Sicherheitskräfte, die für jene, die es sich leisten können, die fehlende Polizei ersetzt.

Letztendlich beschränkt sich die Korruption nicht nur auf die Polizei, sondern betrifft auch die Politik. Am Anfang dieses Kapitels wurde schon auf die Problematik eingegangen, doch der Vollständigkeit halber muss auch erwähnt werden, dass auch nach der Wiedereinsetzung Aristides Politiker in den Drogenhandel verstrickt sind, egal welcher Partei: So verdächtigten die US-Behörden Senator Dany Toussaint des Drogenhandels und der Beteiligung an einem Mord – ein Mitglied der Lavalas-Partei. Auch nach der Flucht Aristides 2004 waren führende Mitglieder der FL in den Drogenhandel verwickelt.<sup>168</sup>

## **E. Entwicklung nach 2004 und außenpolitische Verbindungen**

Nach den Ereignissen 2004 konzentrierte man sich mit internationaler Hilfe wieder auf den Aufbau der Polizeikräfte, die UN-Kräfte konnten auf die Dauer keinen durchschlagenden Erfolg gegen den Drogenhandel erzielen. Innerhalb

---

<sup>168</sup> Vgl. WARGNY. Keine Entwicklung und viel Kokain. In: Le monde diplomatique. Deutsche Ausgabe. Onlinearchiv. Archivtext vom 15.6.2001; Chamberlain. In: NACLA. Juli/August 2000. S.57.

der Polizei wurde unter anderem mit Hilfe der DEA die Drogenbekämpfungseinheit (BLTS) ausgebaut, weiters nahm die haitianische Küstenwache wieder ihren Betrieb auf (Basis in Cap Haitien). Auch dem Geldwäscheproblem wurde begegnet und eine spezielle Einheit dafür geschaffen (UCREF).

Der Aufbau der Polizei war für die USA primär eine Maßnahme zur Drogenbekämpfung, wobei sich dieses Interesse ebenso auf die Sicherheitslage auswirkte - wenn auch anfangs in bescheidenem Maße. Selbst der neue Polizeidirektor ging 2005 noch davon aus, dass ca. ein Viertel seiner Polizisten in schwere kriminelle Handlungen verstrickt war. Die USA unterstützten zuerst durch Ausrüstung den Weiteraufbau der Polizei, es wurden Kommunikationsnetze aufgebaut und moderne Polizeistationen errichtet, die die Zusammenarbeit mit den ausländischen Polizeikräften erleichtern sollte, außerdem weiterhin die Ausbildung durch die UN-Zivilpolizei. Die Wiederaufnahme des Betriebs der Küstenwache wurde durch die Hilfe der USA ermöglicht, wobei die Basis neu errichtet und Reparaturen und Waffeninspektionen von der US-Küstenwache vorgenommen wurden.<sup>169</sup>

Der noch etwas vorsichtige Bericht des State Departments konnte schließlich aber 2008 eine allgemeine Verbesserung und Erfolge im Aufbau der Polizei und der Drogenbekämpfung anführen. Auffallend dabei ist unter anderem auch die Ausweitung der Ausbildungsgebiete der Polizisten (bis 2011 sollen es ca. 14000 sein) und ein allgemein schärferes Vorgehen gegen Korruption. 2007 wurden dabei 600 Beamte entlassen, auch hochrangige Offiziere. Verhaftungen oder Prozesse gab es jedoch vorerst keine.

Gemeinsame Operationen mit Luftunterstützung der DEA („*Rum Punch*“) konnten Drogenflüge nach Haiti kurzzeitig enorm eindämmen, der Hauptfokus blieb jedoch in der technischen Unterstützung und der Ausbildung (bilateral und mit MINUSTAH), wobei der Schwerpunkt bei jenen Einheiten lag, die primär mit Drogenbekämpfung zu tun hatten (Anmerkung: neu jedoch ist die Unterstützung im Bereich der Gefängnisse im Vergleich zum vorhergehenden Bericht). Auch

---

<sup>169</sup> Vgl. U.S. State Department. International Narcotics Control Strategy Report for Haiti – 2006. s.Internetquellen.

für die chronisch unterbesetzte Küstenwache gab es weitere US-Unterstützung – sie verfügte zum Zeitpunkt des Berichts nur über zwei Boote.<sup>170</sup>

Für die USA hatten die Terroranschläge vom 11. September 2001 auch Auswirkungen auf die Drogenbekämpfungsmaßnahmen in der Karibik. Vor allem die Küstenwache musste Ressourcen abziehen, um den Schutz heimischer Häfen zu sichern, während generell die außenpolitischen Prioritäten der Bush Administration weniger Ressourcen für Unterstützungsmaßnahmen des Karibikstaates übrig ließen.

Dies erklärt auch teilweise die schon erwähnten kurzzeitigen gemeinsamen Operationen („*Rum Punch*“ und „*Rum Chaser*“), welche zwar höchst erfolgreich waren, aber eben nur zeitlich begrenzt. Speziell der enorme Anstieg von Drogenflügen (von US-Seite wurde dabei nicht vergessen, dem Präsidenten Venezuelas Chavez eine Teilschuld anzulasten) machten dies notwendig: 159 Flüge wurden 2006 registriert, die Operation konnte die Zahl der Flüge um 40 Prozent senken (im Vergleich zu den vier Monaten vor der Operation).

Von haitianischer Seite wurde trotz der kleinen Erfolge in den letzten Jahren doch der Vorwurf laut, die US-Behörden nebst MINUSTAH könnten mehr zur Bekämpfung des Drogenschmuggels, der den haitianischen Staat selbst destabilisiert, unternehmen. Neben der Forderung weitergehender internationaler Zusammenarbeit fällt ganz besonders ein Kritikpunkt schwer ins Gewicht: Auf maritimer Seite konzentrieren sich die Bemühungen überwiegend auf die Gebiete im Norden des Landes. Dabei sollen die eingesetzten Ressourcen auch die Migranten aus Haiti abfangen helfen, während verstärkte Aktivitäten im Süden den Drogenschmuggel in das Land selbst eindämmen könnten – verbunden mit den gewünschten Wirkungen wie Eindämmung der Korruption und Verbesserung der Sicherheitslage.<sup>171</sup>

---

<sup>170</sup> Vgl. U.S. State Department. International Narcotics Control Strategy Report 2008. s.Internetquellen.

<sup>171</sup> Vgl. U.S. Institute of Peace. Haiti's Drug Problems. s.Internetquellen.

## **F. Interdependenzen**

Der Grund, warum Drogenhandel an sich existiert – das Angebot oder die Nachfrage – ist für diese Analyse nebensächlich. Die Existenz des Handels und die Kombination mit der geografischen Lage Haitis sind aber zuerst einmal die Ausgangsbasis zur Entstehung der Interdependenzen. Auch wenn im Vergleich kleinere Mengen in andere Regionen wie die EU oder Kanada gehen, bleiben die USA das Hauptzielland: Somit kann man mit Vermerk auf die Reduktion sich in der Analyse hauptsächlich auf die Verbindungen zu den Vereinigten Staaten beziehen.<sup>172</sup>

Im Themenfeld Drogenhandel sind in der Klassifizierung schon von Anfang an sowohl internationale wie auch transnationale Beziehungen vorhanden: Die Drogenhändler als transnationale Akteure, die Regierungen beider Länder sowohl im Kampf gegen den Handel wie auch in der Involvierung in ihn. Dazu kommen noch IO, sodass sich im verwendeten Muster der transnationalen Beziehungen alle Komponenten aufscheinen. Schließlich erlauben es die Dauer, die Intensität und die Wirkungen in beiden Ländern von Interdependenzen zu sprechen.

Mit Rücksicht auf die oben begründete Einschränkung der Analyse auf nur zwei Länder, lassen sich die Interdependenzen im Themenbereich Drogenhandel zwischen Haiti und den USA nun weiter klassifizieren.

### Grund

Angebot, Nachfrage und geografische Nähe ließen die Drogenschmuggelroute durch Haiti entstehen. Die Involvierung von Politikern, Behörden und Geheimdiensten manifestierte dies weiter. Nachdem alle Ebenen beider Länder betroffen waren, entstanden Wechselwirkungen, die beide Seiten betreffen und somit eine Interdependenz nach der Definition dieser Arbeit ergeben.

### Gewinne

Vernachlässigt man die Einzelpersonen, die vom Drogenhandel finanziell profitieren und den (auch aus Sicht der außenpolitischen Interessen der USA)

---

<sup>172</sup> Eine Konstruktion eines starken außenpolitischen Interesses z. B. der EU in Haiti aufgrund des Drogenhandels wäre wenig zielführend.

fragwürdigen „Erfolg“ der CIA, ein „anti-kommunistisches“ Regime zu unterstützen, so ergibt sich im Themenbereich Drogenhandel eine Konstellation des Negativ-Summenspiels: Alle verlieren. Die Gesellschaft der USA durch gesundheitliche Betroffenheit der Konsumenten und Drogenkriminalität, die Regierung durch die Notwendigkeit große Ressourcen zur Drogenhandelsbekämpfung einzusetzen, der haitianische Staat durch die Unterwanderung von korrupten Beamten und Politikern, was sich wiederum für die haitianische Gesellschaft in einer negativen Sicherheitslage und einem unfähigen Staatsapparat auswirkt.

### Kosten

Geht man davon aus, dass das Interesse der USA sich darauf bezieht, den Drogenschmuggel ins eigene Land zu stoppen und das Haiti, den Drogenhandel durch das Land einzudämmen, um die politische Stabilität und die Sicherheitslage zu erhöhen, so ergeben sich zwei verschiedene Kostensysteme. Die USA haben eine hohe Empfindlichkeit gegenüber Maßnahmen im Drogenschmuggel durch Haiti: Im Positiven wenn Erfolge erzielt werden, der Schmuggel über diese Route daher abnimmt und die Ressourcen anders eingesetzt werden können (z. B. an der mexikanischen Route), im Negativen, wenn die Maßnahmen in Haiti ineffizient sind und mehr Ressourcen aufgewendet werden müssen, um an der heimischen Grenze den selben Erfolg zu erzielen. Die Verwundbarkeit ist dem gegenüber aber viel niedriger. Betrachtet man die Menge des gesamten in die USA geschmuggelten Kokains, so ist die Route durch die Karibik eher ein Nebenschauplatz und die USA sind in der Lage rasch Alternativen auf die neuen Gegebenheiten zu entwickeln.

Haiti hingegen zeigt eine hohe Verwundbarkeit und Empfindlichkeit, da es im Land selbst zwar keinen nennenswerten Drogenkonsum gibt, aber sich alle äußeren Maßnahmen schnell auswirken. Die frühere Unterstützung einiger am Drogenhandel Beteiligter war dabei eine negative Auswirkung (Stabilisierung eines Regimes), weiters machen geringere Kontrollen durch die USA die Route attraktiver und unterstützen Drogenbanden und Korruption im Land. Nimmt man aber eine andere Position ein, so wirkte sich die amerikanische Anti-

Drogenpolitik seit dem Ende der Duvalier-Zeit stets positiv auf den Staat aus, da jede Maßnahme im Endeffekt den Drogenschmuggel unattraktiver macht. Diese Verflechtung lässt einen hohen Grad an Interdependenz bestehen und so liegt auch hier das Kooperationsniveau auf einer viel höheren Ebene. Die Bekämpfung auf kooperativer Ebene wirkt sich für beide Seiten in den Kosten (und auch im Gewinn) günstig aus, das Beispiel von „*Rum Punch*“ illustriert dies.

### Symmetrie

Scheint es auf den ersten Blick einleuchtend, eine Asymmetrie zuungunsten Haitis zu deklarieren (z. B. kein Gewinn, hohe Kosten), so gibt es aber noch eine andere Argumentationsmöglichkeit, die das Gegenteil darstellt. Dazu zwei Fragen: Ist es für die USA ein innenpolitisches Problem, dass Drogen über Haiti ins Land geschmuggelt werden? Ja. Ist es für Haiti ein innenpolitisches Problem, dass Drogen in die USA geschmuggelt werden? Nein. Zum einen wirkt er sich zwar negativ auf die Sicherheitslage aus, ist aber bei Weitem nicht der einzige Grund für Gewalt und Korruption. Gibt es keinen Drogenhandel mehr, ist es gut für die USA, aber nicht automatisch für Haiti, das Land profitiert in anderen Bereichen vom Interesse des nördlichen Nachbarn davon. Zurecht kann man hier einwenden, dass aber die Unterstützung von Beamten, Armeeangehörigen und Politikern, die politisch angenehm, aber in den Drogenhandel verstrickt waren, sich durch die Auflagen bei der Intervention als ein längerfristiges Problem für die Stabilität entwickelten. Da dies aber schon eine Verbindung zu einem anderen hier behandelten Themenfeld darstellt, wird dieses Faktum erst in der letztendlichen Analyse und der Verbindung der Teilbereiche erläutert. Ergo schließt dieser Punkt mit der Feststellung, dass im Bereich Drogenhandel eine (wenngleich auch nicht sonderlich starke) Asymmetrie zu Lasten der USA existiert.

### Zeitliche Komponente

Der Drogenschmuggel durch Haiti blieb seit der Invasion im karibischen Vergleich stets ein großes Problem für alle Beteiligten. Die Interdependenz wurde aber durch das Engagement der USA und der IO in Haiti seit 1994 vertieft. Mit der Zeit folgte auch die Erkenntnis, dass die reine Intervention nicht

den Drogenschmuggel reduzierte, er blieb letztendlich stabil. Die Lösung war also mehr Kooperation im Bereich Drogenbekämpfung, d. h. die Problemkognition verstärkte sich und die kooperativen Maßnahmen intensivierten sich – bis zu den Erfolgen, die die haitianische Polizei gegen den Drogenschmuggel verbuchen kann. Dass noch mehr kooperatives Vorgehen mehr Erfolg für alle Beteiligten bringt, auch wenn anfangs mehr Ressourcen aufgewendet werden müssen, scheint sich aber erst langsam in einer längerfristigen Strategie zu manifestieren (als Bsp. die intensiveren Versuche nach 2004 eine modernere Polizei aufzubauen, die nicht nur „Stabilität“ durch Gewalt garantierte).

#### **3.4.4. Exkurs: Weitere Teilbereiche in Kürze**

In dieser Arbeit wurden bisher drei Hauptthemenfelder identifiziert und bearbeitet, welche in Bezug auf die Forschungsfrage relevant sind. Die nun folgenden Bereiche sollen in erster Linie die Situation in Haiti verständlicher machen, wenngleich sie nicht Hauptgründe für die Intervention waren. Aus diesem Grunde fließen sie auch nicht in die Analyse mit ein, sondern bleiben hier als gesonderter Exkurs ohne weitere Betrachtung auf ihre Interdependenzen stehen. Man könnte bei einigen Vorgängen auch argumentieren, dass sie Einfluss auf die Geschehnisse hatten: Doch müssen diese Fakten vernachlässigt werden, um eine analytische Trennschärfe zu erreichen und den drei Hauptfeldern ihre dominante Stellung zu sichern.

#### **A. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung**

*„Ein US-Dollar kostet 50 Gourdes, zehnmal soviel wie unter Baby Doc, die Arbeitslosigkeit liegt bei 70 Prozent, und Grundnahrungsmittel wie Milchpulver oder Reis sind für die meisten unbezahlbar geworden. Seit 1997 haben sich die Lebenshaltungskosten verdoppelt, während die Staatsausgaben durch die Geldentwertung auf die Hälfte zusammengeschmolzen sind.“<sup>173</sup>*

---

<sup>173</sup> Buch. 2004. S.176.

In der Zeit Jean-Claude Duvaliers drängten ihn ausländische Investoren, administrative Maßnahmen zu setzen, um eine für sie günstige Verarbeitungsindustrie in Haiti zu schaffen. Duvalier schuf daraufhin Freihandelszonen in Haiti, welche von der staatlichen Firma „*Société Nationale Des Parcs Industriels*“ administriert, die Produktion aber von ausländischen Firmen betrieben wurde (vorwiegend Kleidung, Sportartikel, elektronische Bauteile, Spielzeug und Baseball-Bälle), welche für den Export in die USA bestimmt war. „Unterstützend“ für die Betriebe wurde der Mindestlohn niedrig gehalten und gewerkschaftliche Aktivitäten verhindert. Diese Produktionsstätten hatten aber keine weitere Wirkung auf den Rest der haitianischen Wirtschaft, da fast alles – Rohstoffe, Maschinen, Kapital und Administration – aus den USA importiert wurde. Auch Steuern wurden nur auf sehr geringem Niveau eingehoben.

Nach der Duvalier-Ära änderten sich diese Bedingungen kaum. Erschwerend kam die Aufhebung weiterer Importverbote hinzu, die Duvalier zum Aufbau eines Binnenmarktes (für einzelne Produkte) etabliert hatte. Das Staatsdefizit wurde zwar gesenkt, doch trieb es mit der Flut an billigen ausländischen Produkten nicht nur heimische Unternehmer in den Ruin, sondern versetzte der an sich schon immer armen Bevölkerung in der Landwirtschaft einen weiteren Schlag.<sup>174</sup>

Im Vorfeld der Wahlen, in denen Aristide als Sieger hervorging, versuchten die USA einen Kandidaten an die Spitze zu bringen, der ein für sie vorteilhaftes, neoliberales Wirtschaftsprogramm führen würde. Dieser war Marc Bazin, zuvor schon Finanzminister unter Duvalier und ehemaliger Beamter der Weltbank. Umso überraschender scheint der Sieg Aristides bei den Wahlen, wenn man bedenkt, dass Bazin von der Entwicklungsbehörde „*US Agency for International Development*“ (USAID) und der „*National Endowment for Democracy*“ mit mehr als 36 Mio. US-\$ unterstützt wurde. Dabei war Bazin eher als Gegenkandidat zu Lafontant gedacht gewesen, welcher wiederum schon seit einigen Jahren mit der CIA in Verbindung stand.

---

<sup>174</sup> Vgl. Coupeau. 2008. S.127-132.

Nach der Putschzeit und der Invasion musste Aristide auf dem wirtschaftlichen Sektor große Rückschläge in Kauf nehmen, welche mit der Intervention von außen verbunden waren. Inhaltlich wurde dies schon vor der Rückkehr Aristides im „Abkommen von Paris“ zwischen ihm und den Geberorganisationen, vor allem IWF, Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank und USAID, festgelegt. Die ausländische Hilfe, welche auch zuvor schon Thema der Verhandlungen mit der UNO gewesen war, war an Strukturanpassungsprogramme gekoppelt, die im Großen und Ganzen Privatisierungsmaßnahmen, Zollaufhebungen und die Verringerung des Staatsapparates (sic!) vorsahen. Die Wirtschaftspolitik sollte auf Export und Auslandsinvestitionen ausgerichtet sein, was auch eine Lohnkontrolle und steuerliche Einschränkungen beinhaltete.

Das von Lavalas und Aristide getragene Reformprogramm hatte also wenig Chance auf Umsetzung und die Hilfe kam zuerst dem produzierenden Bereich zugute, obwohl 1995 90 Prozent der Bevölkerung Bauern oder im informellen Sektor beschäftigt waren.<sup>175</sup>

Politisch gesehen bestand die Chance durch diese Maßnahmen die Stellung der alten Elite zu untergraben, doch schon sehr bald zeigte sich, dass genau sie es war, die von den Privatisierungen profitierte: Zum einen durch Investitionen, die sie nun mit ausländischem Kapital zusammen tätigen konnten, zum anderen durch ihre Geschäfte mit den ausländischen Truppen.<sup>176</sup>

Die Regierung Préval musste dieses schwierige Erbe antreten. Während nur eine kleine Zahl offen Privatisierungsmaßnahmen unterstützte, bekämpften viele Fraktionen diesen Ansatz. Letztendlich wurde mit Hilfe des IWF ein Privatisierungs- und Modernisierungsprogramm gestartet, welches zur Gründung der Lavalas-Familie führte, die in Opposition zu diesen Maßnahmen stand. In Folge trat Premierminister Rosny Smarth im Juni 1997 zurück, was die politische Instabilität weiter erhöhte.

Neun große Staatsunternehmen sollten verkauft werden. Schon bei der ersten großen Privatisierung, der staatlichen „*Flourmill*“ kam es zu heftiger Kritik, da diese keineswegs zu einer besseren Entwicklung des Landes beitrug und

---

<sup>175</sup> Vgl. Aguirre. Sanahuja. 1996. S.165f ; S.175-177.

<sup>176</sup> Vgl. Bernecker. 1996. S.191.

Staatseigentum weit unter dem Wert an ausländische Investoren verkauft wurde.

Die Zwickmühle für Préval ist schon bekannt: Auf der einen Seite musste er die harten Bedingungen der ausländischen Geldgeber erfüllen um überhaupt Unterstützung zu bekommen, auf der anderen Seite die Lebensbedingungen der verarmten Bevölkerung (speziell auf dem Land) verbessern. Aus diesem Grund wurde auch eine Landreform durchgeführt – was jedoch nichts an den anderen negativen Einflüssen für die Bauern änderte.<sup>177</sup>

Die Ambitionen Aristides für ein weiteres Amt, seine autoritäre Führung nach der Wiederwahl und die erneute Flucht trugen dazu bei, dass die dringend benötigten Hilfsgelder aus dem Ausland wiederholt eingefroren wurden. International wurden bei den Wahlen 2000 schon an die 500 Mio. US\$ zurückgehalten, nur die USA entschlossen sich ca. 26 Mio. US\$ freizugeben (die jedoch nur blockiert waren, um die haitianische Regierung dafür zu bestrafen, dass sie eine Strafe über eine US-Firma verhängt hatte, die illegal Reis nach Haiti importierte).<sup>178</sup>

Kurz vor seiner Flucht (also Anfang 2004) litten ungefähr 3,8 Mio. Haitianer (also knapp die Hälfte) an täglichem Hunger, 23 Prozent der Kinder unter fünf Jahren an Unterernährung. Zum Prädikat „ärmste Nation der westlichen Hemisphere“ kamen weitere schlechte Reihungen in internationalen Vergleichen: das weltweit „most water-poor country“ (Center of Ecology and Hydrology), das drittkorrupteste Land (Transparency International) und das letzte in einer Liste von 102 Ländern die auf eine potentielle Entwicklung hin untersucht werden. Im UN Development Index nahm das Land Rang 150 (von 175) ein, hatte die höchste HIV-Rate der Amerikas, die höchste Erwachsenen-Analphabetenrate und die geringste Lebenserwartung (49 Jahre). Die Regierung Aristide hatte wenig in landwirtschaftliche Sanierung investiert (oder investieren können – diese Frage bleibt hier offen) und trug zudem die Wirtschaftspolitik der niedrigen Zollhürden weiter.<sup>179</sup>

---

<sup>177</sup> Vgl. Coupeau. 2008. S.136-139.

<sup>178</sup> Vgl. Chamberlain. In: NACLA. 2000. S.57.

<sup>179</sup> Vgl. Regan. Haiti: Nearly Half of Population Hungry. In: NACLA. Jänner/Februar 2004. S.44f.

Dieses System wurde mit der Zeit nicht geändert und so erscheinen 2008 die Zahlen nicht viel anders als nach der Invasion. Obwohl sich die Sicherheitslage im Großen und Ganzen (auch in Port-au-Prince) gebessert hat, ist Haiti noch immer in einer abhängigen Lage von Geberländern, die wenig wirtschaftlichen Spielraum zulassen. Auch die Mindestloohnerhöhungen betreffen wieder nur Arbeiter in Fabriken, die aber nur ca. drei bis fünf Prozent der Erwerbsbevölkerung darstellen. Verschärfend war die weltweite Nahrungsmittelkrise, die in Haiti zu sprunghaften Preissteigerungen führte und Unruhen mit Todesopfern und vielen Verletzten auslöste. Mit ein Grund dafür war auch, dass die durch die Auflagen geforderten Zollaufhebungen den lokalen Markt ruiniert hatten. 80 Prozent aller Grundnahrungsmittel müssen importiert werden, da unter anderem der subventionierte Reis aus den USA weiterhin lokale Bauern in den Ruin trieb, was wiederum mit einer Abwanderung in die Städte einherging. Erschwerend kommen dazu noch ein hoher Düngerpreis und die desolaten Bewässerungssysteme.<sup>180</sup>

Auch ein Vergleich mit den oben genannten Zahlen zur sozialen Situation aus 2004 zeigen kaum einen deutlichen Unterschied: Das Durchschnittsalter liegt bei 18,5 Jahren mit einer Lebenserwartung von 57,5 Jahren, nur ca. 53 Prozent über 15 Jahren können Lesen und Schreiben, 80 Prozent leben unter der Armutsgrenze und geschätzte 2/3 der Erwerbsfähigen können keiner geregelten Arbeit nachgehen.<sup>181</sup>

## **B. Umweltschäden und Naturkatastrophen**

*„Gleichzeitig wurden Haitis letzte Bergwälder gerodet; selbst Steilhänge, an denen die Bauern sich wie Alpinisten anseilen müssen, werden mit Maniok und Mais bepflanzt. Nur zwei Prozent der Oberfläche sind heute noch bewaldet, und der verbliebene Baumbestand ist von 30000 auf 12000 Hektar geschrumpft.“<sup>182</sup>*

---

<sup>180</sup> Vgl. Wargny. Ein Dollar am Tag und ein Handy. In: Le monde diplomatique. August 2008. S.14f.

<sup>181</sup> Vgl. CIA. The World Factbook. Haiti. s. Internetquellen.

<sup>182</sup> Buch. 2004. S.172.

Schon im historischen Abriss dieser Arbeit wurde ersichtlich, wie lange die Abholzung des haitianischen Hinterlandes schon vor sich geht. Diese unkontrollierte Nutzung durch Bauern, welches neues Land für sich urbar machen wollten, aber auch industrieller Raubbau führte zu Erosion und zusätzlich zur Bedrohung von Wasserreservoirien. Dazu gesellt sich die Verschmutzung der Küstengewässer, Energieverlust durch fehlende Wasserkraftkapazitäten und Missernten.

Da ein Ökosystem nicht vor der Grenze halt macht, bringt die fortschreitende Verödung und andere Umweltschäden auch den Nachbarn in Bedrängnis. Dies führte trotz der im Kapitel „Themenfeld Migration“ schon beschriebenen Aversion gegen Haiti und der Gewinne durch die Instabilität auf dominikanischer Seite zur Erkenntnis, dass diese starke Interdependenz nur auf kooperativer Basis zu bewältigen sei und man strengte ein gemeinsames Umweltschutzprogramm mit Haiti an.<sup>183</sup>

Die immer wiederkehrenden karibischen Stürme sind durch die Abholzung in Haiti noch vernichtender als sie sonst schon wären. Die Regenfälle lösen Schlammlawinen aus und immer wieder ertrinken Menschen in den Fluten. Wiederaufforstung ist auch deshalb schwierig, weil die Bauern durch die unsichere Situation nicht sehr weitreichend planen können und somit das Land nur zum eigenen Überleben nutzen. Schon kurz nach der Invasion, im November 1994, verwüstete wieder ein Wirbelwind Teile Haitis und forderte ca. 2000 Opfer. Dies betrifft nicht nur die Bevölkerung am Land, die Schlammmassen gehen auch in den Slums von Port-au-Prince nieder.<sup>184</sup>

Nach der Flucht Aristides kamen zum allgemeinen Chaos noch weitere Naturkatastrophen, die durch die unsichere Lage im Land die Hilfsmaßnahmen schwierig machten und das Leid der Betroffenen verstärkten. Eine Reihe von Wirbelstürmen verwüstete im September 2004 mehrere karibische Länder, der Hurricane *Jeanne* tötete allein in der Gegend um Gonaives um die 1500 Menschen - nur vier Monate zuvor waren an die 3000 durch Überflutungen an der Grenze zur Dominikanischen Republik gestorben. Die Hilfsoperation der

---

<sup>183</sup> Vgl. Coupeau. 2008. S. 141-143.

<sup>184</sup> Vgl. Bernecker. 1996. S.193f.

Rotkreuz/Rothalbmond-Föderation (IFRCC) suchte um Unterstützung durch die UN-Mission an, um die unzugänglichen Gebiete zu erreichen. Nicht nur Unruhen bei der Lebensmittelverteilung auch die wiederholten Entführungen von Hilfslieferungen durch Straßengangs in Gonaives erschwerten die Mission, die Gefahr von Epidemien durch das Fehlen sauberen Wassers und der Zusammenbruch der Krankenhausbetriebe folgten. Die internationale Hilfe folgte im Zuge der Naturkatastrophen rascher (über den Aufruf des Roten Kreuzes), die Europäische Union, Japan, Kanada, Argentinien und Venezuela steuerten sofort Hilfgelder bei, die USA stockten das Budget von zuerst nur 50000 US\$ nach innenpolitischer Kritik auf 2 Mio. auf (die EU kam auf ca. 3,3 Mio. US\$). Das staatliche Katastrophenmanagement funktionierte durch die politische Lage fast gar nicht.<sup>185</sup>

### **C. Das „Somalia-Syndrom“**

Ein weiterer Punkt welcher Einfluss auf die Art und Weise der Intervention hatte, waren die Erfahrungen der US-Regierung in Somalia.

Am 3. Dezember 1992 wurde aufgrund der katastrophalen Lage der Bevölkerung durch den Bürgerkrieg in Somalia vom Sicherheitsrat die Resolution 794-1992 beschlossen, die die USA mit Verbündeten ermächtigte, unter Kapitel VII Streitkräfte nach Somalia zu entsenden. Ziel war die Aufrechterhaltung der Versorgung der Zivilbevölkerung (also gleichfalls ein humanitärer Einsatz) und die Entlastung der überforderten pakistanischen UN-Soldaten im Land. Der Einsatz unter dem Namen „*Restore Hope*“ startete in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember in Mogadishu. Nach ersten Erfolgen der multilateralen Truppe gab es auch hier, ähnlich wie später in Haiti, eine Kontroverse über das Ziel der Mission. Vor allem die Frage der Entwaffnung war anfangs nicht gelöst, erst später wurde dazu übergegangen eine breit angelegte Entwaffnungsaktion durchzuführen, während gleichzeitig schon wieder Kräfte abgezogen wurden und eine neue Polizeieinheit ausgebildet wurde, die den Milizen jedoch kaum gewachsen war (auch hier wieder eine

---

<sup>185</sup> Vgl. Kimer. Hurricane Season Brings Devastation. In: NACLA. November/Dezember 2004. S.42-44.

interessante Parallele zu Haiti). Obwohl es immer wieder zu Gefechten mit Banditen oder Bürgerkriegsfraktionen mit Verlusten für die UNITAF (United Task Force) gekommen war, wurde der 3. Oktober 1993 dann der Wendepunkt für die USA.

Eine Truppe von 20 Mann der Delta Force nahmen im Hotel Olympic in Mogadishu 24 Kämpfer von General Aidad fest, die Sicherung durch UH-60 Blackhawk-Hubschrauber der Ranger geriet aber zum Fiasko. Da diese nicht landen konnten und die US Streitkräfte keine Bodenfahrzeuge entsandt hatten, konnten feindliche Kämpfer das Hotel angreifen und den Rückzugsweg absichern: Zwei Hubschrauber werden abgeschossen, einer beschädigt, ein Ausbruchversuch der Delta Force misslingt. Dem Einsatzkonvoi aus Einheiten mehrerer Länder gelingt schließlich die Evakuierung der Soldaten. Nach 15 Stunden Kampf waren 18 US Soldaten, ein malaysischer Soldat und 312 Aidad-Kämpfer gefallen, 84 Amerikaner, 7 Malaysier und 814 somalische Kämpfer verwundet, ein US-Pilot gefangen und in den Hospitälern lagen ca. 500 verwundete Somalis. Im US-Fernsehen sind Bilder zu sehen, auf denen die Kämpfer Aidads die Leichen der US-Soldaten durch die Straßen schleifen.

Der Einsatz führte zum radikalen Umschwung der öffentlichen Meinung in den USA und zum raschen Abzug der US-Truppen aus Somalia, was wiederum bedeutete, dass die meisten Kontingente anderer Länder auch das Land verließen, da sie auf die US-Unterstützung angewiesen waren. Von den 28000 vom Sicherheitsrat veranschlagten Truppen und den 17700 Soldaten der UNITAF waren im Juli 1994 nur noch 18700 übrig – obwohl das Mandat inzwischen verlängert worden war.<sup>186</sup>

In den USA wurde durch diese Ereignisse in den Medien natürlich generell die Frage der Sinnhaftigkeit des Einsatzes von US-Truppen in Peace-Keeping-Missionen aufgeworfen und, ungünstig für ein rasches Vorgehen, oft Parallelen zwischen dem Einsatz in Somalia und einem möglichen Engagement in Haiti gezogen: Soderlund und Nelson zählen für den Bereich der großen TV-Sender

---

<sup>186</sup> Vgl. Krech. Der Bürgerkrieg in Somalia. Verlag Dr. Köster. Berlin. 1996. S.72-91 ; S.102f; United Nations Department of Public Information. The United Nations and the Situation in Somalia. Ohne Angabe. 1995. gesamte Ausgabe.

zwischen 8. Oktober und 9. November 1993 acht Beiträge mit diesem Inhalt (13 Prozent aller gesendeten Themen zu Haiti).<sup>187</sup>

Heftige öffentliche Debatten zwischen dem Pentagon, dem Außenministerium, den Republikanern und Clinton waren die Folge. Die Haiti-Invasion selbst war aber im Vergleich zu den Erfahrungen in Somalia im Nachhinein für die USA ein Erfolg: ihre Ziele wurden primär erreicht und es kamen nur vier US-Soldaten ums Leben, drei davon durch Selbstmord.<sup>188</sup>

---

<sup>187</sup> Vgl. Soderlund. Nelson. The Attempted Restoration of Jean-Bertrand Aristide to the Presidency of Haiti, 1993. In: Soderlund. 2003. S.45.

<sup>188</sup> Vgl. Aguirre. Sanahuja. 1996. S.170 u. S.178.

### **3.5. Analyse der Interdependenzkonstellationen**

Nachdem nun die Untersuchungsschritte in den drei relevanten Themenfeldern abgeschlossen sind und durch den Exkurs das Bild vervollständigt wurde, können im weiteren Schritt die Interdependenzen in den einzelnen Feldern mit den jeweiligen Akteuren dargestellt werden. Danach werden diese in Beziehung gesetzt und auf die Forschungsfrage hin untersucht.<sup>189</sup>

Da die Analyse mit den im Theorieteil erläuterten Begriffen arbeitet, ist es sinnvoll, diese noch einmal anhand des tatsächlichen Falles zu betrachten. Dabei ist entscheidend, ob die entwickelten Arbeitsdefinitionen auch brauchbar sind und wie sie im konkreten Fall verwendet wurden – letztendlich geht es auch darum, ob sich die Prämissen der gewählten Theorierichtung bewahrheiteten. Diese Ausführungen folgen im nächsten Kapitel, danach die eigentliche Analyse (Kapitel 3.5.2.).

#### **3.5.1. Schlüsselbegriffe der Theorie im konkreten Fallbeispiel**

##### **A. Transnationale Interaktionen**

In allen Bereichen konnten sowohl relevante zwischenstaatliche wie auch transnationale Interaktionen identifiziert werden, auch die genannten Effekte transnationaler Interaktionen traten ein. Der Kontrollverlust hat zwei Ausprägungen: Zum einen verlor die haitianische Regierung tatsächlich einiges an Kontrolle, hatte sie aber de facto (gezwungen oder nicht) an andere Akteure übergeben, die mit den intensivierten Interdependenzen mehr Kontrolle ausüben konnten. Zugleich entstanden aber für Haiti neue Kontrollmöglichkeiten im Rahmen der Zusammenarbeit mit den ausländischen Akteuren.

---

<sup>189</sup> Siehe als Überblick Abb.4 und Abb. 5.

## **B. Internationale Institutionen**

In den Interdependenzen der jeweiligen Problemfelder konnten alle genannten Ausprägungen von Institutionen gefunden werden. Ihre Wirkungsweisen für den Fall entsprachen dabei auch dem theoretischen Muster. Z. B. findet sich im Problemfeld Migration das IR für Flüchtlinge, das durch die Regimequalität aber eben konkrete Interpretationen der Einzelstaaten zulässt, weil Sanktionsmechanismen im Großen und Ganzen nicht greifen, selbst wenn eine operative Komponente (hier sogar mehrere) vorhanden ist. Auf das IOP der Souveränität wurde schon des Öfteren verwiesen, auch auf die Einschränkungen, die ihm im konkreten Fall begegneten. Institutionen vom Typ IN wurden nicht explizit aufgelistet, doch fallen konstante Verbindungen einzelner haitianischer Akteure in ihren jeweiligen Bereichen sicherlich darunter – man denke hier z. B. an die Teilnahme von Menschenrechtsaktivisten an internationalen Austauschforen, um Informations- und Lobbyingpolitik für ihr Anliegen im Ausland zu machen. IO wurden schon klar identifiziert, vor allem hier natürlich die OAS und die UNO. Auch beide Teile der gewählten Einteilung von INGO sind in Haiti anzutreffen und hatten Einfluss auf die Entwicklungen. Zum einen BINGO als Motor für die entstehenden Sonderproduktionszonen mitsamt den sozialen und ökologischen Auswirkungen, zum anderen TNO im Bereich der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe (z. B. Ärzte ohne Grenzen mit Kliniken in den Slums oder die IFRCC, in dessen Rahmen auch das Österreichische Rote Kreuz 2008 zur Unterstützung ihrer haitianischen Kollegen an Katastrophenhilfsmaßnahmen teilnahm). Als Sonderfall spielen hier auch andere BINGO eine Rolle: internationale Drogenbanden hatten und haben einen entscheidenden Einfluss auf die haitianische Politik, die Sicherheitslage und auch die Interdependenzen mit dem Ausland.

## **C. Interessen**

Von den Ausführungen zu den Interessen bleiben zwei Aussagen als gewählte Definition übrig. Erstens das physische Überleben des Staates. Dieser Punkt tritt hier als Interesse in den Hintergrund, da dies niemals gefährdet war.

Zweitens wurde als außenpolitisches Interesse definiert, die Interdependenzen kontrollieren zu können. Dazu trifft auch die Aussage, Interessen sind zeit- und ortsabhängig. Wie wir gesehen haben, wurde aus haitianischer Seite immer versucht, die Interdependenzen zu kontrollieren, wer dies jedoch tat und zu welchem Zweck, war von der jeweiligen Zeit abhängig. Die alten Eliten aus der Diktatur z. B. versuchten den Wirtschaftsbereich weiterhin zu kontrollieren: Hatten sie die nötige Durchsetzungsfähigkeit, gelang das auch. Das Gleiche gilt für das Militär: Obwohl ihre Position international nach dem Putsch nicht legitim war, waren ihre Interessen die „Staatsinteressen“ in dieser Zeit, später bei Aristide das Gleiche, der wiederum versuchte, die entstandenen Interdependenzen zu seinem Vorteil zu verändern. Im Fall Haitis hat dieser Ansatz eine ganz besondere Komponente, da Politik sehr stark personifiziert ist und, wie schon erwähnt, eine „*the winner takes all*“-Einstellung große Teile der politischen Landschaft prägt – das Interesse ist also mehr als in anderen Ländern kein Kompromiss der verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen, sondern Abbild der jeweils durchsetzungsfähigsten Gruppe. Somit bestätigt sich auch die Tauglichkeit, einer zwar breiten, aber dafür umso universaleren Definition des Staatsinteresses.

Bei anderen Staaten, die in den Fall verwickelt sind, stellen die außenpolitischen Handlungen mehr das Produkt von verschiedenen Interessen und das Abwägen ihrer Prioritäten dar. An diesem Punkt scheitert auch die realistische Theorie, denn Sicherheitspolitik steht nicht über allen anderen Faktoren und dominiert sie, sondern reiht sich neben sie ein – sicherheitspolitische Überlegungen müssen nicht automatisch geklärt sein, bevor in anderen Gebieten gehandelt wird. Gehen wir dazu zu den beiden einzelstaatlichen Hauptakteuren: Sicherheitspolitische Überlegungen waren der dominierende Faktor bei der Unterstützung der alten Regime in Haiti, doch mit der Wende gewannen andere Faktoren die Oberhand. Die Auswirkungen auf die Innenpolitik durch den Flüchtlingsstrom, die Frage, für was die USA in der neuen unipolaren Welt stehen (Interventionspolitik im Rahmen der UNO oder unilateraler Hegemon, wie später in der Bush jun.- Administration), wirtschaftliche Überlegungen, sicherheitspolitisches Risiko des Drogenhandels usw. konkurrierten um den Anspruch, welche Außenpolitik angewandt werden sollte – durch die Vielzahl von Interessen und die unterschiedliche

Durchsetzungskraft einzelner Gruppen ergab sich damit auch Schwankungen in der Haltung gegenüber Haiti.

Für die Dominikanische Republik sah es ähnlich aus. Sicherheitspolitische Überlegungen (man denke dabei an die Gruppen von Ex-Militärs, die sich im Grenzgebiet ein eher leichtes Rückzugsgebiet schaffen konnten), die Korruption der eigenen Polizei durch Schlepper und Drogenhändler, usw. traten im Grunde langfristig gegenüber mächtigen Interessen von Plantagenbesitzern und Politikern zurück – eine unstete Einwanderungspolitik und labile Unterstützung des UN-Embargos waren unter anderem die Folge. Letztlich kann man kurz plakativ behaupten, betrachtet man das Interesse der durchsetzungsfähigen Gruppen als „Staatsinteresse“, das die Dominikanische Republik ein Interesse daran hat, dass der Nachbarstaat labil bleibt, d. h. unter allen Akteuren eine Ausnahme.

Das Interesse der IO und INGO liegt in deren jeweiligen Agenden, aber wie schon erwähnt ist natürlich der Erfolg ihrer Missionen auch entscheidend für die Legitimationsbasis für weitere Aktivitäten, d. h. der Kooperationserfolg innerhalb der Organisation ist quasi Überlebensbedingung. Interessen der jeweiligen TNO oder einzelner gesellschaftlicher Gruppen sind in den Ausführungen zu finden.

#### **D. Die Intervention(en)**

Nachdem in dieser Arbeit von einer breitem Interventionsbegriff ausgegangen wird, finden sich eigentlich mehrere Interventionen, wengleich Schlüsselereignis für die Betrachtung der Interdependenzentwicklung die Intervention 1994 auf dem höchsten Niveau, der Invasion, ist.

Interventionen niedrigerer Intensität finden sich immer wieder. So zählen dazu die wiederholten Unterstützungen von Machthabern wie auch von Kandidaten bei Wahlen, von deren Programm man annahm, es unterstütze die eigenen Interessen, Lobbying aber auch einfache Korruption. An dieser Stelle kann auch gleich erwähnt werden, das es sich bei den Interventionen sowohl um zwischenstaatliche gehandelt hat als auch um Interventionen transnationaler Akteure, die versucht haben, auf die Politik Haitis Einfluss zu nehmen, also wieder beide Ebenen vertreten sind. Vom Standpunkt der IOP Souveränität aus

wurde also diese im Falle Haitis schon oft ignoriert, jedoch war das Land tragischerweise zu uninteressant und schwach, als das dies ein Problem für das System an sich bedeutet hätte und somit für andere Akteure ein Handlungszwang entstand.

Sobald IO in den Konflikt involviert waren, steigerte sich der Grad der Interventionen kontinuierlich, von Beobachtern über Embargos bis eben einer Invasion und der Stationierung von Truppen. Dabei wurde auch dem Regelwerk der UNO Rechnung getragen, sodass zuerst eine regionale Organisation, die OAS, die Initiative übernahm, deren bescheidener Erfolg dann das Geschehen in die UNO verlagerte. Bedenklich dabei ist der zeitliche Faktor. Vom Putsch bis zur Intervention vergingen einige Jahre, die für die Bevölkerung eine enorme Belastung darstellte und sich gleichzeitig nachhaltig auf die politische Stabilität auswirkten.

Die Intervention 1994 ist eine klare militärische Intervention (in der gewählten Definition „Invasion“), durch die Satzungen der Vereinten Nationen aber gedeckt und somit völkerrechtlich legitim, zumal sie eine erbetene Intervention war. Ob der Begriff „humanitär“ zulässig ist, ist eine andere Frage. Durch die Probleme mit diesem Begriff wird in dieser Arbeit die Bezeichnung mit der Legitimierungsfrage verknüpft, sodass sich eine Antwort geben lässt. Die massiven Menschenrechtsverletzungen durch das Militärregime waren ein wichtiger Faktor, wie das Thema im Ausland aufgenommen wurde und sich letztendlich auch die Staaten darauf bezogen, warum eine Intervention in Haiti nötig sei. Wie wir gleich sehen werden, war dies natürlich nur ein Faktor, warum tatsächlich eine Invasion stattfand, doch somit kann der Fall Haiti in die Reihe „humanitäre Interventionen“ aufgenommen werden.

### **3.5.2. Interdependenzkonstellation während und nach der Intervention in Haiti**

Diese Arbeit konzentrierte sich in den Ausführungen auf drei Problemfelder: Politische Stabilität und Sicherheitslage, Migration und Drogenhandel. Diese wurden bisher nur voneinander getrennt dargestellt. Um die Forschungsfragen zu behandeln müssen die drei Systemkreise nun miteinander in Verbindung gebracht und die Wirkungsweisen aufeinander dargestellt werden. Da die jeweiligen Felder in ihrer Komplexität schon erläutert wurden und der transnationale Ansatz Basis der Analyse ist, geschieht dies mit Hilfe einer grafischen Darstellung, die natürlich die reale Komplexität sehr stark reduziert, aber zugleich auch die wesentlichen Ströme auf einer abstrakten Ebene darstellen kann.

Zuerst sollen die Teilbereiche mit Inhalten gefüllt werden, die einzelnen Inhalte der Pfeile sind in Folge nochmals stichwortartig aufgelistet. Als Schema dient hier die Grafik „Abb.2: Staatszentristische und transnationale Interaktionsmuster“ nach Keohane und Nye.<sup>190</sup>

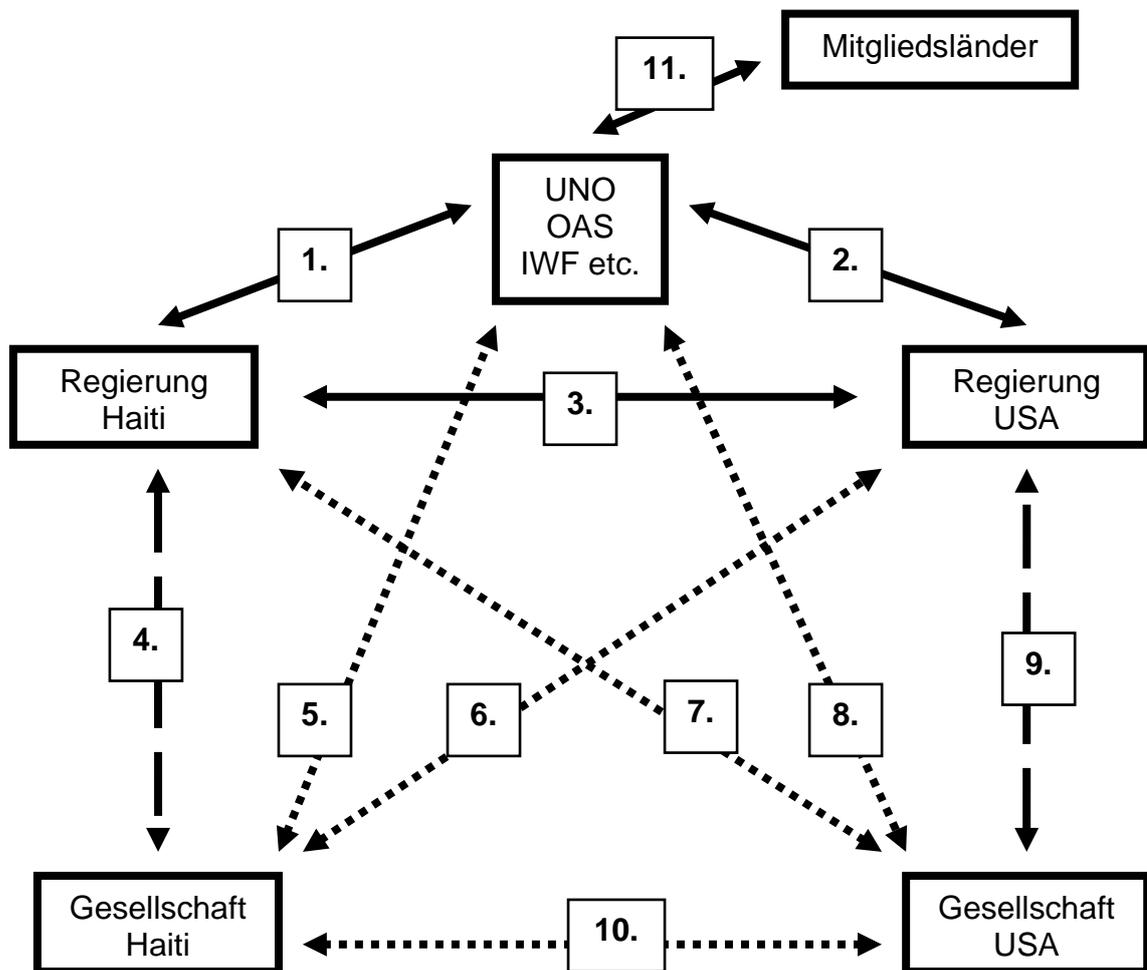
#### **A. Politische Stabilität und Sicherheitslage**

Da vor allem die USA der vorrangige, einzelstaatliche Akteur ist, beruht die Darstellung auf dem Verhältnis Haiti - USA. Daneben könnte man die Ausformung auch für alle anderen beteiligten Länder darstellen, da jedoch die Auswirkungen sehr marginal sind und diese meist im Rahmen der UNO stattfinden, wird dies nur exemplarisch aufgelistet.

---

<sup>190</sup> Siehe Kapitel 2.5.3. „Zwischenstaatliche und transnationale Interaktionen“.

Abb. 7: Interdependenzen im Themenfeld Politische Stabilität und Sicherheitslage



1. Die Regierung Aristide suchte um eine Intervention an, die Regierungen waren in Folge abhängig von Unterstützungsleistungen von IO. Zudem erfolgte eine Einschränkung des Handelsspielraums durch Vereinbarungen, an denen diese Leistungen gebunden sind. Der Erfolg der Missionen von IO ist verbunden mit der Legitimität weiterer Aktionen.
2. Die USA unterstützen das System der kollektiven Sicherheit mit Ressourcen, in diesem Fall auch Truppen. Dabei nahmen sie aber auch Einfluss auf die Modalitäten der Missionen und Verträge. Die IO benötigen diese um operativ tätig zu sein, zudem stützt eine kooperative Konfliktbearbeitung den Erfolg der Mission.
3. Die USA intervenierten zahlreich bilateral durch die Unterstützung einzelner Politiker und versuchten, auf das Regierungssystem Einfluss zu nehmen. Haitianische Politiker wiederum wollten aus persönlichen

oder politischen Interessen Unterstützung durch die US-Regierung bekommen, andererseits wurden antiamerikanische Slogans zur Mobilisierung von Unterstützung der Bevölkerung benutzt. Im Sicherheitsbereich bekommt Haiti auch bilaterale Unterstützung durch die USA, die Ressourcen und Personal zur Verfügung stellen.

4. Die politische Instabilität wirkt sich in einer Unterversorgung der Bevölkerung wie in einer negativen Sicherheitssituation aus. Diese Ansprüche werden wiederum an die Regierung gestellt, wenngleich die haitianische Gesellschaft in der politischen Beteiligung gespalten ist und zugleich ein großer Teil marginalisiert ist.
5. Unterstützungsleistungen der IO wirken sich auf die konkrete Lebenssituation aus, zugleich hatte das Embargo eine negative Konsequenz und auch das Aussetzen der Leistungen trifft die Bevölkerung zuerst. Die internationalen Vereinbarungen haben weiters Einfluss auf Struktur (z. B. Erwerbstätigkeit) wie auf die Sicherheit der Gesellschaft (Schutz durch UN-Truppen).
6. Unterstützung durch Hilfsmaßnahmen, aber auch der Einfluss auf Wahlen und die politische Landschaft zeichnen diesen Zweig aus.
7. Die Legitimität der Präsidentschaftswahlen und die „Erzählung“ Haitis als erster Republik der Sklaven beeinflussten den Blick auf Haitis Regierung in der Gesellschaft der USA, zudem auch die Haltung des Militärregimes gegenüber der US-Regierung. Später verdrängen Themen wie die Korruption, die Unwilligkeit, politischen Konsens zu erzielen und eine allgemeine autoritäre Staatsführung positive Elemente.
8. Wenngleich auch traditionell skeptisch gegenüber IO gibt es auch Unterstützung für internationale Maßnahmen in Haiti: ein kooperatives Vorgehen erscheint in der Legitimation oft besser als einseitige Aktionen der Regierung.
9. Die Außenpolitik der US-Regierung muss natürlich im Einklang mit der Unterstützung der Bevölkerung stehen, zudem nehmen starke gesellschaftliche Gruppen Einfluss auf diese. In diesem Falle waren auch die Wahlen und der Regierungswechsel ein Faktor, der sich letztendlich auf die anderen Beziehungen auswirkte. Wie mit Haiti als „schwarzem Staat“ umgegangen wurde, hatte zudem das Interesse

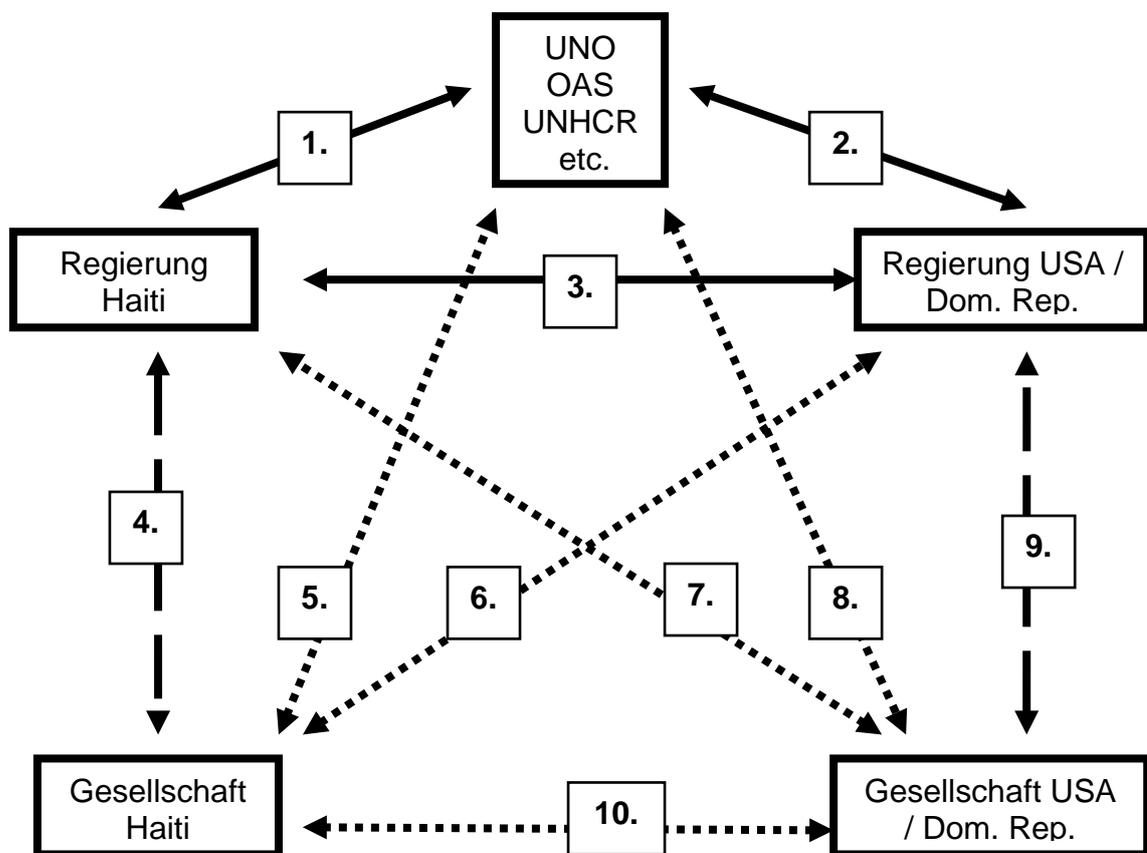
afroamerikanischer Gruppen. Daneben gab es Gruppen, die eigene finanzielle Interessen hatten und somit Einfluss auf die US-Regierung bei der Erstellung der Modalitäten bei der Intervention nahmen.

10. Hier finden sich Bereiche gesellschaftlicher Kooperation, in denen die Aktivitäten von Menschenrechtsorganisationen, internationalen Hilfsorganisationen etc. fallen, aber auch die von kriminellen Elementen oder Handelsinteressen.
11. Dieses Feld steht exemplarisch für alle anderen beteiligten Staaten. Speziell ist noch einmal die Unterstützung lateinamerikanischer Staaten zu nennen, die im Zuge der Reform des Sicherheitsrates Ressourcen – eben auch langfristig – zur Verfügung stellten (insbesondere Brasilien). Von diesen ist die UNO in der operativen Tätigkeit in Haiti abhängig.

## B. Migration

In diesem Bereich konzentriert sich die Darstellung wieder auf die wichtigsten einzelstaatlichen Akteure, die auch schon in den ausführlichen Erläuterungen der Interdependenzen genannt wurden: die USA und die Dominikanische Republik.

Abb. 8: Interdependenzen im Themenfeld Migration



1. Das Militärregime trieb viele Menschen in die Flucht, sodass sich IO wie der UNHCR damit beschäftigten (auch zuvor, doch damit wurde auch das Thema prominenter). Der Umgang mit den Flüchtlingen wurde von der legitimen haitianischen Regierung kritisiert, IO waren dazu das Forum wie auch der entsprechende Referenzpunkt durch IR.
2. USA: das internationale Flüchtlingsregime wurde von den USA sehr eigenwillig ausgelegt, so kam von internationaler Seite auch Kritik an dieser, die jeweilige Regierung versuchte aber einen

Legitimitätsanspruch zu behalten und einen Spagat zwischen eigenstaatlichen Interessen und internationaler Verpflichtung. Flüchtlinge aus Haiti wurden über die US-Regierung in UN-Programme gebracht, sodass sich über diese Schiene eine bessere kooperative Bearbeitung erlangen ließ (Haitianer in US-Armee bei der Invasion oder als neue Polizisten für Haiti).

*Dominikanische Republik:* das Verhalten der Regierung gegenüber den Migranten entspricht keineswegs den Abkommen, denen auch dieser Staat beigetreten ist. IO beschäftigen sich also sowohl mit den Flüchtlingen durch die Dominikanische Republik als auch der prekären Lage von Arbeitsmigranten dort. Das Umgehen des Embargos während des Militärregimes und die Unterminierung der Sicherheitslage durch das Einsickern bewaffneter Gruppen spielen eine zwar indirekte, aber wichtige Rolle bei der Effektivität der Aktionen von IO – was sich auf den Flüchtlingsstrom auswirkte und somit auf Umwegen die Intervention begünstigte, da andere Maßnahmen nicht ausreichend greifen konnten.

3. *USA:* Während es für die haitianische Regierung (bis auf die Auswanderung qualifizierter Arbeitskräfte) ein kleines Problem darstellt, dass Menschen das Land verlassen, ist dieses Handeln für die USA ein Problem, für das sie zusätzlich Ressourcen aufbringen müssen. Auf dieser zwischenstaatlichen Ebene bedeutete dies: Ein stabiler Staat zwingt weniger Menschen zur Flucht, also ist die Strategie zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms die der Unterstützung der haitianischen Regierung. Dieser Pfeil unterlag einem starken Wandel, denn zuvor glaubte man noch mit der Unterstützung des Militärregimes auch diesen Punkt bearbeiten zu können, was sich schnell als Fehler herausstellte. Bilaterale Abkommen sollen die Kooperation in diesem Punkt vorantreiben, während für Haiti die damit verbundenen Unterstützungsleistungen positive Effekte in anderen Bereichen bringen.

*Dominikanische Republik:* Hier steht vor allem die Arbeitsmigration im Vordergrund. Abkommen zwischen den Regierungen zementierten die organisierte „Ausfuhr“ von Arbeitskräften zur Plantagenwirtschaft. Auch nach der Zeit des Duvalier-Regimes blieb dieses Muster. Neben dem Konflikt über den Umgang mit haitianischen Arbeitern zwischen den

Regierungen wirkt sich dies direkt auf die Staatsapparate beider Staaten durch die Verwicklung von Beamten in Menschenhandel, Vergewaltigungen und Ermordungen der Migranten aus. Auf höherer Ebene steht dabei das persönliche Interesse des Status quo einzelner Politiker, die von ihm finanziell profitieren.

4. Die Ineffektivität der Regierung, das soziale Elend und die Gewalt des Staatsapparates (je nachdem wer an der Macht war) wirken auf die haitianische Gesellschaft und sind damit Ursprung der Flucht. In diesem Gefüge sind die Auslandshaitianer mit ihren Zahlungen ein wichtiger Faktor für den Staat (der damit einige Missstände verschleiern kann) und die Gesellschaft, deren Lebensunterhalt oft von Außen finanziert wird. Nebenbei gibt es auch Anzeichen, dass sich die Migration von qualifizierten Menschen auf das Rekrutierungsreservoir für Politiker und Beamte auswirkt, sodass darunter die Effektivität des Apparates weiter leidet.
5. Zum einen werden Migranten durch IO unterstützt, zum anderen wirken sich die Forderungen mancher (z. B. IWF) negativ auf die Gesellschaft aus, verstärken das soziale Elend und führen zur Migration. Der Status „Flucht“ an sich zieht zudem mehrere IO durch ihre Agenden automatisch in den Fall Haiti.
6. *USA*: Die Flüchtlingswellen aus Haiti waren für die US-Regierung ein zweischneidiges Schwert. Früher bedeutete dies, dass man ein Regime unterstützte, dessen Grausamkeit Menschen in die Flucht trieb (genau das, was man bei kubanischen Flüchtlingen proklamierte). Später machte der Flüchtlingsstrom ein Handeln notwendig, wollte man die Einwanderungspolitik mit strengen Kriterien weiter durchsetzen – d. h. also mehr Ressourcen wurden notwendig. Zudem kam wieder die Kritik afroamerikanischer Politiker, die zu Recht einen gewissen Rassismus in der Migrationspolitik gegenüber Haitianern thematisierten. Für die Haitianer selbst war die jeweilige Verfahrensweise der US-Regierung die Grundlage, ob sie in den USA ein neues, sicheres Leben beginnen konnten oder auf dem Meer starben, in Guantanamo interniert oder zurück in ihr Land geschickt wurden, wo sie neben den schlechten Lebensbedingungen die Repression des Staates oder bewaffneter

Gruppen befürchten mussten. Dies ist letztendlich für die Analyse der wichtigste Zweig, denn die Wellen der Migration in die USA nötigten die Regierung dazu, in einer kooperativen Strategie eine Lösung für das Problem zu finden: Somit war dies ein elementarer Punkt bei der Entscheidung eine UN-Invasion in Haiti zu unterstützen, selbst wenn diese offiziell nicht primär der Eindämmung des Flüchtlingsstroms diene. *Dominikanische Republik:* Die Politik gegenüber haitianischen Migranten zeichnet sich durch teilweise rassistische, rigorose Maßnahmen aus, mit ihnen wird Innenpolitik betrieben, sodass die Migration einen direkten Einfluss auf die Regierungsarbeit hat. Wie in den USA hängt für die Migranten vom jeweiligen politischen Klima ab, ob sie in der Dominikanischen Republik Arbeit finden und dies auch zu einem realen Verdienst führt (der in die haitianische Gesellschaft fließt), ob sie unterwegs den Tod finden oder in eine sklavenähnliche Abhängigkeit kommen.

7. Für die USA lassen sich in dieser Verbindung wenige relevante Punkte finden, bis auf die allgemeine Einstellung, dass ein Engagement eine stabile Regierung bildet, die den Flüchtlingsstrom eindämmt und der Gruppe der Exil-Haitianer, die Einfluss auf die Politik nimmt und auch als Forum für die Anliegen (speziell der Exil-Regierung) in den USA fungiert. In der Dominikanischen Republik sind hier nur wiederum einzelne Gruppen zu nennen, die durch Beziehungen zu den jeweiligen haitianischen Machthabern persönlich profitierten.
8. Für die Intervention finden sich auch hier wenig relevante Faktoren, wobei die Meinung zur internationalen Kooperation im Flüchtlingsbereich allgemein eine Rolle spielt, inwieweit man IO zutraut, dieses Feld zu bearbeiten. In diesem Punkt sind vorwiegend zivilgesellschaftliche Organisationen wichtig, die durch Information und Lobbying in den IO auf die Missstände hinweisen und die Durchsetzung internationaler Standards fordern. TNO wirken als Akteur zugunsten eines humanitären Engagements von internationaler Seite.
9. *USA:* Auf die US-Regierung wirkte der Druck gesellschaftlicher Gruppen, die, von verschiedenen Motiven geleitet, eine Lösung für den Flüchtlingsstrom forderten. Zum einen sind es Kräfte, die durch

rassistische oder allgemein fremdenfeindliche Ansichten unkontrollierte Zuwanderung verhindern wollen, zum anderen Gruppen, die fehlende Unterstützung der Flüchtlinge anprangern und mit deren konkreten Schicksal verbinden, dass die Ursachen der Flucht von ihrer Regierung bearbeitet wird. Ganz im Gegenteil dazu befürchteten andere, dass eine Invasion in Haiti womöglich den Flüchtlingsstrom durch die Kampfhandlungen noch weiter anschwellen lassen würden. Mediale präsent als „*boat people*“ war dies in den USA ein großes Thema und Meinungsmacher, was sich günstig auf den Rückenwind bei der Entscheidung zur Intervention in Haiti auswirkte.

*Dominikanische Republik:* Die Beziehung zwischen Regierung und Gesellschaft ist von zwei Strömungen geprägt. Zum einen sind es jene, die von der Ausbeutung der Arbeiter profitieren und damit von ihrer Regierung erwarten, dass sich dies nicht ändert, weite Teile der Bevölkerung wiederum hegen gegenüber Haitianern große Vorurteile und rassistische Vorstellungen, auch Angst vor der Konkurrenz durch billigere Arbeitskräfte, sodass sie eine scharfe Gangart der Regierung fordern. Schlussendlich gibt es aber auch dort Kräfte, die sich für die Rechte der Migranten bei ihrer Regierung einsetzen, dabei aber oft mit Repressalien rechnen müssen. Von Regierungsseite her werden durch einige Politiker die Vorurteile öffentlich weiter propagiert um einen persönlichen Rückhalt in der Wählerschaft zu erhalten.

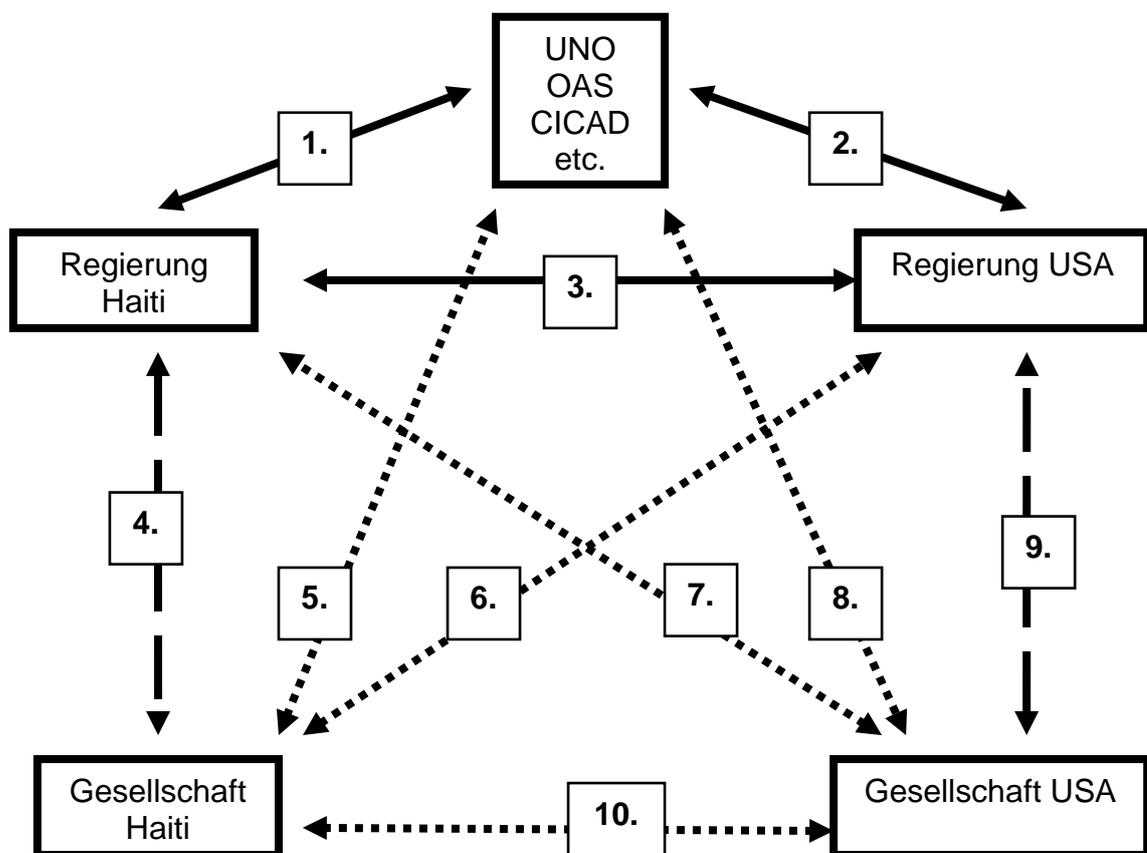
10. *USA:* Die Zahlungen aus den USA nach Haiti spielen hier eine Rolle, zudem die Zusammenarbeit in TNO zur Verbesserung der Lage haitianischer Flüchtlinge.

*Dominikanische Republik:* Die tiefen Ressentiments gegenüber Haitianern ist wohl die bedeutendste Ausprägung dieser Beziehung, des Weiteren aber auch die Arbeitsbeziehungen zwischen den beiden Ländern.

## C. Drogenhandel

Bei diesen Ausführungen ist kurz darauf zu achten, dass kriminelle Vereinigungen auch die staatliche Ebene umfassen, im Folgenden aber als gesellschaftliche Gruppen eingeordnet werden.

Abb. 9: Interdependenzen im Themenfeld Drogenhandel



1. Die Regierung Haitis ist abhängig von IO zur Bekämpfung des Drogenhandels, Unterstützungsleistungen nutzen auch anderen Bereichen.
2. Informationsaustausch und kooperatives Vorgehen zur Effektivitätssteigerung und Kostenreduktion stehen im Vordergrund. Außerdem Unterstützung durch Ressourcen, die zwar anderweitig gedacht sind, aber in Folge auch den Drogenhandel eindämmen (z. B. die Ausbildung der Polizei an sich). In dieses Feld fällt ebenso die

- Problemkognition, dass ein kooperatives Vorgehen und eine Unterstützung der Interventionen auf UN-Basis zugleich dem staatlichen Interesse der Drogenbekämpfung nützlich ist.
3. Die Regierung Haitis und der USA haben ein gemeinsames Interesse an der Drogenbekämpfung. Zugleich nimmt aber die US-Regierung starken Einfluss auf Haiti und bindet ihre Unterstützung an Erfolge. Diese Kooperation ist nicht konstant, sodass die Präferenzen der jeweiligen US-Regierung Einfluss auf die Effektivität der Maßnahmen auf haitianischer Seite haben.
  4. Diese Situation ist relativ einfach: Drogenbanden und in den Handel involvierte Politiker und Beamte destabilisieren den Staat, was sich ungünstig für die Bevölkerung auswirkt.
  5. Drogenprogramme und Hilfsleistungen kommen der Bevölkerung zugute (es wird auch in die Prävention zur Herausbildung eines heimischen Konsummarktes investiert). Die Leistungen zur Bekämpfung der Drogenkriminalität der UN-Truppen vor Ort sind aber insgesamt bescheiden.
  6. Die USA haben durch Abkommen mit der Regierung die Möglichkeit, direkt kriminelle Vereinigungen zu bekämpfen und Personen werden in den USA vor Gericht gestellt. Die Haltung der US-Regierung, eher den Norden zu kontrollieren, wirkt sich aber negativ auf den Drogenfluss in das Land aus, was sich in weiterer Folge durch die Anwesenheit krimineller Banden und deren Möglichkeit, sich durch den Handel zu finanzieren, auf die Bevölkerung auswirkt.
  7. Hier finden sich keine relevanten Verbindungen außer den Verbindungen zwischen Politikern und einzelnen Drogenbanden in den USA (nebst Unterstützern, die nicht selbst in den Handel verwickelt sind, diesen aber aus Eigeninteresse tolerieren).
  8. Ähnlich wie in anderen Feldern stehen Informationsaustausch und das Engagement einzelner Gruppen auf internationaler Basis im Vordergrund. Weiters stellt sich wie zuvor die Legitimitätsfrage, ob die Wirkung der Intervention ausreichend war, den Drogenhandel einzudämmen, oder ob unilaterale Aktionen in Zukunft doch wirksamer wären.

9. Dieser Zweig birgt eine für die Intervention sehr wichtige Komponente. Die Regierung ruft den Krieg gegen die Drogen aus und erklärt den Drogenhandel zum sicherheitspolitischen Risiko, d. h. einer Bedrohung für die Gesellschaft. Die Akzeptanz dieser Ansicht gibt der Regierung Rückhalt für außenpolitische Aktionen, die der Erreichung dieses Ziels dienen sollen, sei es unilateral oder innerhalb einer IO. Damit kann die Regierung Maßnahmen zusätzlich legitimieren, falls dies notwendig sein sollte. Neben diesen innenpolitischen Erfordernissen fügt sich eine ganz konkrete Komponente an: die Aufgabe der Regierung ist es, die Bevölkerung vor Bedrohungen zu schützen, in diesem Falle vor den gesundheitlichen Risiken des Drogenkonsums wie auch den Folgen der Drogenkriminalität. Die jeweilige Strategie (Repression oder Prävention) liegt in der Regierung (hier soll auch keine Wertung stattfinden), die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung hat aber Auswirkungen. Als Rückmeldung wird seit jeher das Problem im Ausland plakatiert, sodass sich der genannte Rückhalt gewinnen lässt.
10. Grenzüberschreitende Kriminalität und Drogenhandel hat für beide Gesellschaften Auswirkungen. Während in Haiti zwar der Konsummarkt fehlt, bedingen aber die Beziehungen von haitianischen Händlern zu Händlern in den USA den Ablauf des Schmuggels.

#### **D. Verknüpfungen zwischen den einzelnen Bereichen**

Hiermit kommen wir zum eigentlichen Abschluss der Analyse. Die Vorgänge während und nach der Intervention wurden in einzelne Themenkomplexe zerlegt, die wiederum in mehrere Faktoren geteilt wurden. Nunmehr werden diese wiederum als Komplexe genommen und die Verbindungen zwischen ihnen dargestellt, sodass sich ein Gesamtbild ergibt, welche Effekte eintraten. In grafischer Darstellung sind diese Komplexe „black boxes“, deren Inhalt aber mit den vorhergehenden Teilen schon beleuchtet wurde.

Legende:

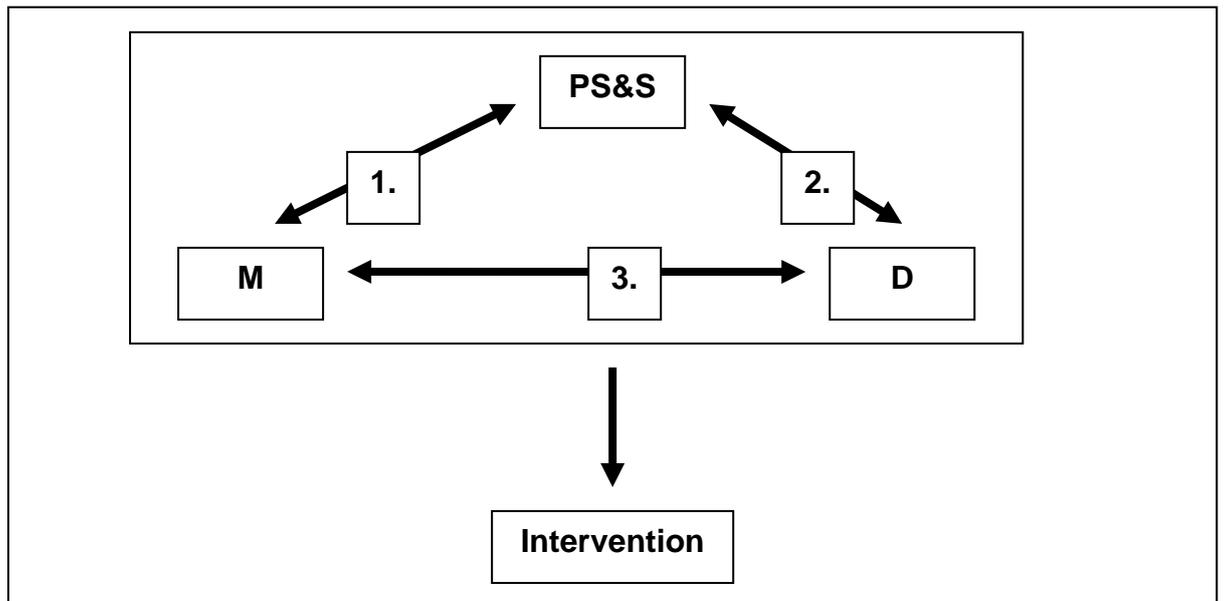
*Hauptthemenfelder:*

PS&S Themenfeld Politische Stabilität und Sicherheitslage

M Themenfeld Migration

D Themenfeld Drogenhandel

*Abb. 10: Effekte zwischen den Themenbereichen*



*Grafik: Eigendarstellung*

1. Der Themenkomplex PS&S hatte direkte Effekte auf den Bereich Migration, da die prekäre Sicherheitslage und das wechselnde politische Klima ein Hauptgrund zum Verlassen des Landes war und ist. Nach Außen hin ist also ein nicht gewollter Linkeage-Effekt eingetreten, d. h. für die ausländischen Akteure wurde die starke Stellung im Bereich PS&S durch das Themenfeld Migration beeinträchtigt, sodass Handlungsbedarf im anderen Feld gegeben war – folglich ein Grund zur Intervention. Die Entwicklung dieser Verbindung ist deshalb für diese Akteure auch nicht befriedigend, weil ein schnellerer Effekt zwischen den beiden Feldern erwartet wurde und somit anfangs zu wenig Ressourcen in den Komplex PS&S investiert wurden um ausreichend Effekte auf den anderen Komplex zu haben. Sonderfall ist hier wieder die Dominikanische Republik, die von der Verbindung der beiden Felder (teilweise) profitiert.

2. Die instabile Lage mit einem ineffektiven Staatsapparat begünstigte Korruption und die Verwicklung von Beamten und Politikern in den Drogenhandel. Zugleich wurde dies schon vorher durch die CIA wenn schon nicht gefördert, so zumindest toleriert - im Ausgleich zu anderen Leistungen. Dasselbe gilt für die Unterstützung einzelner Akteure (z. B. der FRAPH), die den Staatsapparat destabilisieren und dies wiederum den Drogenhandel begünstigt. Hiermit ergibt sich auch eine Verbindung die ein Grund zur Intervention war: Ein stabiler Staatsapparat sollte den Drogenhandel *aus* Haiti eindämmen, jedoch zeigte sich im Laufe der Zeit, dass die reine Aufbaumaßnahme einer Polizeieinheit sinnlos ist, wenn daneben nicht in demokratische Strukturen und einem funktionierenden institutionellem Gefüge investiert wird. Auch die alleinige Präsenz ausländischer Truppen und Polizeieinheiten im Land genügte dafür nicht. Aus dieser Erfahrung entwickelte sich ab 2004 der *spill-over* Effekt, das zwei Themenkomplexe effizienter unter dem selben Dach bearbeitet werden können, d. h. die Unterstützung der USA für Drogenbekämpfungsmaßnahmen in Haiti sich auch auf die Strukturen der (im Rahmen der UN trainierten) Polizei für andere Aufgaben erstrecken müssen, um langfristige Erfolge erzielen zu können. Letztlich ergibt sich durch das Fehlen eines Konsummarktes in Haiti selbst eine gewisse gute Verhandlungsposition: Unterstützungsleistungen für den Aufbau staatlicher Strukturen können für die jeweiligen Akteure im Themenkomplex Drogenhandel Vorteile bringen. Die haitianische Seite kann dies nur verbunden mit dem Komplex PS&S bearbeiten (weil einfach zu wenig Ressourcen da sind) – also wiederum ein Linkeage-Strategie.
3. Schwierig ist zuerst einmal die Frage, ob sich in dieser Verbindung ein Faktor finden lässt, der die Entscheidung zur Intervention begünstigte. Geht man von der Lage 1994 aus, so ist dies mit Nein zu beantworten. Jedoch entwickelte sich genau in diesem Bereich mit der Zeit ein Kooperationsansatz, der noch nicht ausgereift ist. Bekämpft man nur den Drogenhandel in kooperativer Weise aus dem Land im Norden um damit auch die Migration kontrollieren zu können, so wirkt sich dies wiederum auf die Sicherheitslage aus und die Effekte zwischen allen drei

Teilbereichen bleiben bestehen. Es ergibt sich also die Erkenntnis, dass sich kein unmittelbarer Grund zur Intervention in dieser Verbindung finden lässt, eine kooperative Bearbeitung des Drogenhandels für alle Seiten aber einen positiven Effekt über den Umweg PS&S gehabt hätte. Obwohl diese Feststellung zuerst einmal banal anmutet, zeigt doch die Vorgehensweise insbesondere der US-Regierung (aber auch der UN-Behörden), dass die Versuche, die (knappen) Ressourcen für beide Komplexe zu bündeln, eine Fehleinschätzung der Verbindung beider Komplexe war und langfristig mehr Aufwand erforderte, als den Komplex Migration durch einen kurzzeitigen Mehraufwand im Bereich Drogenhandel und PS&S zu bearbeiten.

## **E. Bewertung der Intervention**

Alle Faktoren und Verbindungen, die unter Berücksichtigung der Einschränkungen als relevant empfunden wurden, sind nun aufgeschlüsselt. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit die Intervention mit dem von Nye vorgeschlagenen Analyseebenen zu „bewerten“ (siehe dazu „Intervention: Begriff im Völkerrecht und in der Analyse“).

### Motive:

Wenngleich die Intervention durch die Gewalt im Land das Etikett „humanitär“ zur Kommunikation nach Außen bekam (wie gesagt auch zurecht) so finden sich in den einzelnen Themenkomplexen weitere Motive, die von einzelstaatlichen Interessen bis hin zu der Kognition der Vorteile eines kooperativen Vorgehens reichen. Die Hauptmotive lassen sich in den drei behandelten Themenkomplexen fixieren.

### Mittel:

Die Invasion als Intervention höchsten Grades schien gemessen am Verhalten der Militärregierung absolut gerechtfertigt, da sich keine andere Lösung abzeichnete. Die vorhergehenden Mittel waren gemäß dem UN-Konfliktlösungsmechanismus, doch die zeitliche Komponente war klar ein

Fehler sowohl für die Bevölkerung im Land als auch die Entwicklungen danach. Zählt man die Forderungen an die Regierung Aristide und den eingeschränkten Spielraum der nachfolgenden Regierung zum Komplex der Mittel, so zeigen sich auch hier gravierende Fehler, die langfristig für alle Beteiligten ein schlechteres Ergebnis brachten.

Konsequenzen:

Das ausgewiesene Ziel der Intervention wurde eindeutig erreicht, sogar noch ohne eine direkte Konfrontation. Wie schon vorweggenommen haben aber die verschiedenen Motive auch die Mittel der Intervention verwässert und somit können insgesamt die Konsequenzen der Intervention langfristig nicht als zufrieden stellend beurteilt werden – bis auf wenige Einzelpersonen für keinen der Akteure.

## **4. Conclusio**

### Beantwortung der Fragen und abschließende Betrachtungen

Mit den letzten Erläuterungen zu den Komplexen lassen sich nun die Forschungsfragen, die zu Beginn der Arbeit an den Fall gerichtet wurden, beantworten:

Es zeigten sich klar Interdependenzen in allen drei wichtigen Problemfeldern. Diese wurden auch von den involvierten Akteuren als wichtig empfunden und hatten generell eine starke Prägung, was sich in Kosten und Gewinnen niederschlug, bevor eine kooperative Bearbeitung der Problemfelder einsetzte. Die aufgezeigten Interdependenzen betrafen dabei in großem Maße einen starken einzelstaatlichen Akteur, die USA, sodass hier eine größere Unterstützung für eine Intervention im Rahmen der IO gegeben war. Dabei konnte weiter angeführt werden, dass die Kombination aller wichtigen Entscheidungskriterien von allen Akteuren, so verschieden sie auch waren, genug Gründe und vor allem Ressourcen für eine Invasion mit Billigung des Sicherheitsrates brachte. Das dies auf multilateraler Ebene geschah lässt sich zum einen durch eine Legitimitätsfrage einer Intervention versus der Aufrechterhaltung der Souveränität eines Landes erklären, zudem durch die spezielle Natur einer erbetenen Invasion und weiters durch den Vorteil der Kostenreduktion einzelner Akteure im kooperativen Vorgehen. Die Arbeitshypothese konnte in diesem Punkt also bestätigt werden.

Die Asymmetrien gingen größten Teils zuungunsten Haitis. Durch die unterschiedliche Position der Akteure, welche Bedeutung das Problemfeld an sich für sie hatte (z. B. Migration zwischen Haiti und USA), konnten aber Verbindungen zwischen den Feldern gewollte und ungewollte Linkeage-Effekte hervorrufen, sodass sich einzelne Asymmetrien zuungunsten anderer Akteure nicht auflösten, sondern zeitweise noch verschärft wurden. Das Themenfeld politische Stabilität und Sicherheitslage hatte für Haiti den höchsten Stellenwert, während für die USA Migration und Drogenhandel innenpolitisch höher eingeschätzt wurden. Die entsprechenden Asymmetrien in den Bereichen wurden also unterschiedlich bewertet, sodass die bessere Position Haitis in den

einen Feldern (gegenüber den Prioritäten des externen Akteurs gemessen) Linkeage-Strategien begünstigte, selbst wenn diese nicht ursprünglich intendiert waren. Die Hypothese zu dieser Frage hat sich insgesamt bestätigt, doch wurde das Ausmaß unterschätzt, wie wichtig die Effekte für die Handlungsoption Invasion waren.

Ein große Fehler lag vor allem in der zu starken Verbindung von einzelstaatlichen Interessen in den Modalitäten der Intervention, gleichzeitig ist noch einmal darauf zu verweisen, dass durch diese Interessen die Invasion viel zu lange hinausgezögert wurde. Dass diese Interessen und die Interdependenzen die Invasion erst möglich gemacht haben, steht nicht im Kontext der Mittel, die bei einer besseren Berücksichtigung aller Bereiche auch die einzelstaatlichen Interessen insgesamt besser befriedigt hätten.

In allen Bereichen traten ähnliche Phänomene auf, ein größerer Ansatz mit mehr Berücksichtigung der Eigenverantwortlichkeit der haitianischen Bevölkerung und Politik hätte für alle ein insgesamt besseres Ergebnis gebracht. Schließlich möchte ich diesem Punkt explizit anfügen, dass hier keine normative Wertung erstellt wurde, die Analyse bezieht sich auf die Umstände der Invasion und des darauf folgenden Krisenmanagements. Dies soll in keinem Punkt eine Erklärung oder gar Rechtfertigung für die persönliche Verantwortung von Einzelpersonen (z. B. Cédras oder Aristide) an den Missständen in Haiti sein, doch soll gezeigt werden, dass strukturelle Umstände von Außen eine positive Entwicklung für die Lebensumstände der Bevölkerung stark beeinflussen können.

Die Hypothese kann hier wiederum nur eingeschränkt bestätigt werden. Zum einen ist anzunehmen, dass die Situation des Landes bei einer entsprechenden Berücksichtigung der Interdependenzkonstellation und der Effekte zwischen den Feldern heute eine bessere wäre. Zudem wären die von Außen aufgewendeten Ressourcen langfristig effizienter eingesetzt gewesen. Doch gibt es wirklich viele Ausnahmen? Es konnten letztendlich nur Einzelpersonen und einige Gruppen identifiziert werden, die von der Lage in Haiti profitieren. Da aber auch anzunehmen ist, dass sie auch in einem stabilen Umfeld nicht unbedingt ins Elend geschlittert wären und sich speziell die Ausnahmegruppe der Plantagenbesitzer in der Dominikanischen Republik vermutlich auch anders

ihr System aufrechterhalten hätten, ist der zweite Teil der Hypothese letztendlich falsch. Diese wenigen Ausnahmen sind nicht vollends von dem Status des Landes abhängig, bzw. würden mit großer Wahrscheinlichkeit auch eine andere Situation hinnehmen. Andere Handlungsoptionen, d. h. andere Lebensumstände würden auch die Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen verlagern.

Mit Hilfe der Interdependenzkonstellationsanalyse konnte für den Fall Haiti gezeigt werden, warum genau hier interveniert wurde, während es in anderen Staaten auch eine Bevölkerung gibt, die unter einer autoritären Regierung und schlechten Lebensbedingungen leidet, die internationale Gemeinschaft jedoch wenig tut, um dies zu ändern. Nur die Kombination verschiedener Elemente, nicht nur einzelstaatliche Interessen, gibt den Ausschlag zu einem Eingreifen. Hauptsächlich kann kein Bereich allein eine Begründung sein: Die UN-Intervention als wertloses Etikett für die wirtschaftlichen Interessen eines Landes oder die Verteidigung eines Hegemonialanspruchs im realistischen Sinn sind beides keine plausiblen Erklärungen. Dabei wäre die transnationale Ebene zu schwach integriert worden, wo sie doch im Fall Haiti einen bedeutenden Einfluss hatte. Aber auch ein Ausblenden der nationalen Interessen dient kaum dem Erkenntnisgewinn und so fügen sich die neoinstitutionalistischen Theorieelemente ineinander, sodass der Nationalstaat wie er heute existiert auch in der Analyse seine prominente Stellung behalten muss – er ist es, der Ressourcen für kooperative Aktionen innerhalb des UN-Systems stellt.

Vergleicht man nun diesen Fall mit anderen Ländern, deren Situation ähnlich gelagert ist, so wird man das Fehlen einiger Elemente bemerken, die eine Intervention in diesem Ausmaß – also die Invasion – möglich machen. Man geht also im Vergleich von einem Sonderfall, nämlich Haiti, zu einem „Normalfall“, denn militärische Interventionen seit den Neunzigern im Rahmen der UN sind sicherlich seltener als Staaten, die ähnliche soziale und politische Bedingungen aufweisen wie Haiti – wobei dies hier natürlich als Hypothese im Raum stehen bleiben muss, da nur weitere Studien dies zeigen oder negieren können (im Besonderen machen Interdependenzen zu einem großen Staat wie hier die USA einen wichtigen Sonderfaktor aus). Insgesamt aber konnte die

Analysemethoden brauchbare Ergebnisse liefern, sodass sie sich auch zum Vergleich mit anderen Fällen eignen sollte.

Nun liegt diese Intervention schon einige Zeit zurück und trotzdem hat sich nicht sehr Vieles zum Besseren gewendet – damit drängt sich die zusammenfassend die Frage auf: Warum, wo doch viel Geld und Personal ins Land gekommen ist? In dieser Frage konnte in der Studie aufgezeigt werden, dass die nationalen Interessen und Interdependenzen einzelner Akteure nicht nur Einfluss auf die Durchführung einer UN-Operation hatten, sondern in diesem Fall auch die Art der Durchführung selbst durch diese beeinflusst wurde. Die nachfolgenden Entwicklungen machen deutlich, dass dieser Rucksack an Konditionen, zu denen man bereit war im Rahmen der UN zu intervenieren, den Vorgang selbst stark verwässert hat. Letztendlich wäre es sinnvoller gewesen, sich in der strategischen Ausrichtung auf die rein humanitäre Ebene zu stellen (die Frage der Legitimität der Intervention war in diesem Fall ausreichend geklärt) und die Ziele der Mission, nämlich die Wiedereinsetzung der legitimen Regierung und die Verbesserung der Sicherheitslage rigoros zu folgen. Forderungen an haitianische Akteure, die in diesem Zusammenhang standen, sind aus dieser Position heraus kein Problem, denn sie dienen ja einem Ziel, das beide Seiten anstreben. Ist das Leben der Bevölkerung geschützt, funktionieren die Institutionen und können die Politiker ihre Verantwortung wahrnehmen (nämlich mit dem Umkehrschluss, dass sie sich auch für ihr Tun rechtfertigen müssen), sind zumindest Strukturen da, die eine Verbesserung der Lebensumstände mit sich bringen können.

Die Wirkungsweisen zwischen den Feldern machen aber auch eins deutlich: Nationalstaaten können durch ein kooperatives Vorgehen durchaus langfristig profitieren, wenn sie bereit sind, zu Beginn Einschränkungen zu machen und längerfristig Ressourcen für das gemeinsame Ziel zu stellen. Schon alleine die Bearbeitung der Sicherheitslage deckt die Fehleinschätzung der damaligen Protagonisten auf: Truppen in ein Land zu schicken in dem bewaffnete Gruppen tätig sind und diese (obwohl hier durchaus die Möglichkeit bestanden wäre) nicht rigoros zu entwaffnen, weil man auf dieses und jenes Rücksicht nimmt, gleicht einer Farce. Doch nicht nur die Opfer dieser Gruppen mussten dies zur

Kenntnis nehmen, auch die Notwendigkeit wieder neue Truppen ins Land zu bringen, die Arbeit wieder von Vorne zu beginnen usw. machte deutlich, wie sehr Ressourcen durch dieses inkonsequente Vorgehen ineffektiv eingesetzt und letztendlich verschwendet worden waren. In diesem Umfeld konnte sich wieder eine politische Konfliktkultur ausbreiten, die nicht in Institutionen geregelt ist, sondern mit Gewalt und Führerfiguren ausgetragen wird – gemäßigte progressive Kräfte haben in einer solchen Situation wenig Spielraum entscheidend im politischen Prozess mitzuwirken, selbst wenn sie womöglich in der Mehrheit sind.

Diese Einsicht scheint sich mittlerweile auch in manchen Entscheidungsgremien durchgesetzt zu haben, sodass mit internationaler Hilfe zumindest langsam die Gewalttätigkeiten eingedämmt werden konnten und auch die Slums von Port-au-Prince keine vollständigen No-go-areas mehr sind, die keine Autorität als die der Straßengangs haben. Die Naturkatastrophen, die das Land jährlich heimsuchen, wird man nicht verhindern können, doch zu hoffen bleibt, dass in Zukunft zumindest die alltäglichen Katastrophen vieler Menschen in Haiti verhindert werden. Und vielleicht dient das Land bei der Bearbeitung anderer Krisen doch einmal als Vorbild, welche Vorteile ein konsequentes kooperatives Engagement mit gleichzeitigem Respekt vor der Entscheidungsfreiheit der Bevölkerung, das Land selbst zu gestalten, in solchen Fällen für alle haben kann.

## **Bibliographie**

### **Literatur**

AGUIRRE, Mariano. SANAHUJA, José Antonio.: „Haiti: Demokratie durch Einmischung?“. In: DEBIEL, Tobias. NUSCHELER, Franz (Hg.): „Der neue Interventionismus“. Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger. Bonn. 1996.

ARISTIDE, Jean-Bertrand.: „Haiti – Plädoyer für ein geschundenes Land“. Peter Hammer Verlag. Wuppertal. 1994.

BERNECKER, Walther L.: „Kleine Geschichte Haitis“. Suhrkamp. Frankfurt am Main. 1996.

BUCH, Hans Christoph.: „Standort Bananenrepublik“. Zur Klampen Verlag. Springer. 2004.

COUPEAU, Steeve.: „The History of Haiti“. Greenwood Press. Westport. 2008.

DEL OLMO, Rosa.: „Drogen und Konflikte niederer Intensität in Lateinamerika“. In: LABROUSSE, Alain. WALLON, Alain (Hg.): „Planet der Drogen“. Fischer. Frankfurt am Main. 1996.

DUNNE, Timothy.: „Realism“. In: BAYLIS, John. SMITH, Steve. (Hg.): „The Globalization of World Politics“. Oxford University Press. New York. 1997a.

DUNNE, Timothy.: „Liberalism“. In: BAYLIS, John. SMITH, Steve. (Hg.): „The Globalization of World Politics“. Oxford University Press. New York. 1997b.

FELD, Werner J. . JORDAN, Robert S.: „International Organizations: A Comparative Approach“. Feld and Jordan. Westport. 3. Auflage. 1994.

FRIESENDORF, Cornelius.: „Der internationale Drogenhandel als sicherheitspolitisches Risiko“. LIT Verlag. Münster. 2001.

GÄRTNER, Heinz.: „Internationale Sicherheit“. Nomos. Baden-Baden. 2005.

IISS -The International Institute for Strategic Studies (Hg.): „Strategic Survey 2003-2004“. Oxford University Press. Oxford. 2004.

IISS - The International Institute for Strategic Studies (Hg.): „The Military Balance 2004 - 2005“. Oxford University Press. Oxford. 2004.

JAHN, Detlef.: „Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft“. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2006.

JANSEN, Peter-Erwin.: „Streiflichter aus Amerika“. Campus Verlag. Frankfurt / New York. 1997.

KEOHANE, Robert O. . NYE, Joseph S. jr.(Hg.): „Transnational Relations and World Politics“. Harvard University Press. Cambridge. 1973.

KEOHANE, Robert O. . NYE, Joseph S. jr.: „Power and Interdependence“. Little, Brown and Company. Boston. 1977.

KRECH, Hans.: „Der Bürgerkrieg in Somalia“. Verlag Dr. Köster. Berlin. 1996.

KUMAR, Chetan.: „The role of the military in democratization and peacebuilding: the experiences of Haiti and Guatemala“. In: SCHNABEL, Albrecht. EHRHART, Hans-Georg.: „Security sector reform and post-conflict peacebuilding“. United Nations University Press. New York. 2005.

LAGUERRE, Michel S.: „Republic of Haiti“. In: SCHLAGER, Neil. WEISBLATT, Jayne (Hg.): „World Encyclopedia of Political Systems and Parties“. Band 2. Infobase Publishing. 4. Auflage. New York. 2006.

MARTIN, Lisa L.: „Neoliberalism“. In: DUNNE, Tim. KURKI, Milja. SMITH, Steve.(Hg.): „International Relations Theories“. Oxford University Press. New York. 2007.

MASALA, Carlo.: „Kenneth N. Waltz“. Nomos. Baden-Baden. 2005.

MEYERS, Reinhard.: „Theorien der internationalen Beziehungen“. In: WOYKE, Wichard. (Hg.): „Handwörterbuch Internationale Politik“. Verlag Barbara Budrich. Bonn. 2006.

MEYERS, Reinhard.: „Theorien internationaler Kooperation und Verflechtung“. In: WOYKE, Wichard. (Hg.): „Handwörterbuch Internationale Politik“. Verlag Barbara Budrich. Bonn. 2006.

MORGENTHAU, Hans J.: „Macht und Frieden“. C. Bertelsmann Verlag. Gütersloh. 1963.

NEUHOLD, Hanspeter. HUMMER, Waldemar. SCHREUER, Christoph. (Hg.): „Österreichisches Handbuch des Völkerrechts. Band 2“. Manz. Wien. 4. Auflage. 2005.

NYE, Joseph S. jr.: „Understanding International Conflicts“. Harper Collins. New York. 1993.

PANKE, Diana. RISSE, Thomas.: „Liberalism“. In: DUNNE, Tim. KURKI, Milja. SMITH, Steve.(Hg.): „International Relations Theories“. Oxford University Press. New York. 2007.

RITTBERGER, Volker. ZANGL, Bernhard.: „Internationale Organisationen – Politik und Geschichte“. Leske + Budrich. Opladen. 3. Auflage. 2003.

SODERLUND, Walter C. . NELSON, Ralph C.: „The Attempted Restoration of Jean-Bertrand Aristide to the Presidency of Haiti, 1993“. In: SODERLUND, Walter C.: „Mass Media and Foreign-Policy“. Praeger. Westport. 2003.

SODERLUND, Walter C. . NELSON, Ralph C.: „The Restoration of Democracy to Haiti“. In: SODERLUND, Walter C.: „Mass Media and Foreign-Policy“. Praeger. Westport. 2003.

SONDERMANN, Fred. A.: „The Theory of the National Interest“. In: OLSON, William Clinton. (Hg.): „The Theory and Practice of International Relations“. Prentice-Hall. Englewood Cliffs. 8.Auflage. 1991.

STOTZKY, Irwin P.: „Silencing the Guns in Haiti“. University of Chicago Press. Chicago. 1997.

UNHCR: „Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt“. Verlag Dietz. Bonn. 2000.

UNHCR: „Statistical Yearbook 2001“. Phoenix-Trukkeriet. Aarhus. 2002.

UNHCR: „The State of the World´s Refugees 2006“. Oxford University Press. Oxford. 2006.

UNITED NATIONS DEPARTMENT OF PUBLIC INFORMATION: „The United Nations and the Situation in Haiti“. Ohne Angabe. 1994.

UNITED NATIONS DEPARTMENT OF PUBLIC INFORMATION: „The United Nations and the Situation in Somalia“. Ohne Angabe. 1995.

UNODCCP: „Global Illicit Drug Trends 2001“. United Nations Publication. New York. 2001.

WOYKE, Wichard.: „Internationale Organisationen“. In: WOYKE, Wichard. (Hg.): „Handwörterbuch Internationale Politik“. Verlag Barbara Budrich. Bonn. 2006a.

WOYKE, Wichard.: „Intervention“. In: WOYKE, Wichard. (Hg.): „Handwörterbuch Internationale Politik“. Verlag Barbara Budrich. Bonn. 2006b.

ZANGL, Bernhard. ZÜRN, Michael.: „Frieden und Krieg“. Suhrkamp. Frankfurt am Main. 2003.

## **Zeitschriftenartikel**

### Le monde diplomatique (Print. Deutsche Ausgabe):

FERNANDEZ, Benjamin.: „Immer der Arbeit nach“. 14. Jahrgang. August 2008.

WARGNY, Christophe.: „Ein Dollar am Tag und ein Handy“.  
14. Jahrgang. August 2008.

### Le monde diplomatique (Onlinearchiv. Deutsche Ausgabe):

CASSEN, Bernard.: „Aristide wäscht seine Hände in Unschuld“.  
Archivtext vom 17.10.1997.

[http://www.monde-  
diplomatique.de/pm/1997/10/17/a0353.text.name,askfP8MWb.n,50](http://www.monde-diplomatique.de/pm/1997/10/17/a0353.text.name,askfP8MWb.n,50)

WARGNY, Christophe.: „Letzte Chance für Aristide“.  
Archivtext vom 14.7.2000.

[http://www.monde-  
diplomatique.de/pm/2000/07/14/a0072.text.name,askfP8MWb.n,41](http://www.monde-diplomatique.de/pm/2000/07/14/a0072.text.name,askfP8MWb.n,41)

WARGNY, Chrispothe.: „Keine Entwicklung und viel Kokain“.  
Archivtext vom 15.6.2001.

[http://www.monde-  
diplomatique.de/pm/2001/06/15/a0036.text.name,askfP8MWb.n,38](http://www.monde-diplomatique.de/pm/2001/06/15/a0036.text.name,askfP8MWb.n,38)

### NACLA: Report on the Americas (Print):

CHAMBERLAIN, Greg.: „Electoral Turmoil in Haiti“.  
34. Jahrgang. Nr.1. Juli/August 2000.

HOWARD, David.: „Dominican Republic spurns Haitian migrants“.

35. Jahrgang. Nr. 2. September/Oktober 2001.

OHNE ANGABE („Weekly News Update“): „Haiti: Aristide Backs Early Elections“. 36. Jahrgang. Nr.4. Jänner/Februar 2003.

REGAN, Jane.: „Haiti: Nearly Half of Population Hungry“.  
37. Jahrgang. Nr.4. Jänner/Februar 2004.

REGAN, Jane.: „Haiti: In Bondage to History?“.  
38. Jahrgang. Nr.4. Jänner/Februar 2005.

KIMER, James T.: „Hurricane Season Brings Devastation“.  
38. Jahrgang Nr.3. November/Dezember 2004.

### **Internetquellen**

*Anmerkung: „Letzte Ansicht“ bezieht sich auf das Datum der letzten Kontrolle der Onlinequelle, evtl. spätere Updates wurden nicht berücksichtigt*

CIA: The World Factbook. Haiti.

Letzte Ansicht: 23.2.2009

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/print/ha.html>

UNODC: World Drug Report 2008.

Letzte Ansicht: 23.2.2009;

[http://www.unodc.org/documents/wdr/WDR\\_2008/WDR\\_2008\\_eng\\_web.pdf](http://www.unodc.org/documents/wdr/WDR_2008/WDR_2008_eng_web.pdf)

U.S. Institute of Peace: Haiti's Drug Problems. (Autoren: PERITO, Robert. MALY, Greg.)

Letzte Ansicht: 23.2.2009

[http://www.usip.org/pubs/usipeace\\_briefings/2007/0621\\_haiti\\_drugs.html#haiti](http://www.usip.org/pubs/usipeace_briefings/2007/0621_haiti_drugs.html#haiti)

U.S. State Department: International Narcotics Control Strategy Report for Haiti – 2006.

Letzte Ansicht: 23.2.2009

[http://haiti.usembassy.gov/narcotics\\_report\\_for\\_haiti2.html](http://haiti.usembassy.gov/narcotics_report_for_haiti2.html)

U.S. State Department: International Narcotics Control Strategy Report – 2008.

Letzte Ansicht: 23.2.2009

<http://www.state.gov/p/inl/rls/nrcrpt/2008/vol1/html/100778.htm>

## **Resolutionen der UNO**

### Generalversammlung

<http://www.un.org/documents/resga.htm>

Resolution 45/2     10. Oktober 1990  
Resolution 45/257   21. Dezember 1990  
Resolution 46/7     11. Oktober 1991  
Resolution 46/138   17. Dezember 1991  
Resolution 47/20A   24. November 1992  
Resolution 47/143   18. Dezember 1992  
Resolution 47/20B   20. April 1993  
Resolution 48/27A   6. Dezember 1993  
Resolution 48/151   20. Dezember 1993  
Resolution 48/246   5. April 1994  
Resolution 48/27B   8. Juli 1994  
Resolution 49/27A   5. Dezember 1994  
Resolution 49/27B   12. Juli 1995

2625             24. Oktober 1970 (Deklaration zum internationalen Recht /  
Kooperation)

### Sicherheitsrat

<http://www.un.org/documents/scres.htm>

Resolution 841	16. Juni 1993
Resolution 861	27. August 1993
Resolution 862	31. August 1993
Resolution 875	16. Oktober 1993
Resolution 905	23. März 1994
Resolution 933	30. Juni 1994
Resolution 940	31. Juli 1994
Resolution 944	29. September 1994
Resolution 948	15. Oktober 1994
Resolution 964	29. November 1994
Resolution 1529	29. Februar 2004
Resolution 1542	30. April 2004
Resolution 1576	29. November 2004
Resolution 794	1992 (Somalia)

## **Grafiken- und Tabellenliste**

## Grafiken:

- Abb. 1: *Schematische Darstellung der Theorieschulen und ihrer Einflüsse*  
Ort: S.14.  
Eigendarstellung. Grundkonzept: vgl.: MEYERS, Reinhard.:  
„Theorien der internationalen Beziehungen“. In: WOYKE, Wichard.  
(Hg.): „Handwörterbuch Internationale Politik“. Verlag Barbara  
Budrich. Bonn. 2006. Abb.9 S.473.
- Abb. 2: *Staatszentristische und transnationale Interaktionsmuster*  
Ort: S.31.  
Nach: KEOHANE, Robert O. . NYE, Joseph S. jr.(Hg.):  
„Transnational Relations and World Politics“. Harvard University  
Press. Cambridge. 1973. S.xiiiif.
- Abb. 3: *Beispiele von Interventionen*  
Ort: S.46  
Nach: NYE, Joseph S. jr.: „Understanding International Conflicts“.  
Harper Collins. New York. 1993. S.133.
- Abb. 4: *Untersuchungsschritte in einzelnen Themenfeldern*  
Ort: S.65. Eigendarstellung.
- Abb. 5: *Schritte zur Verknüpfung aller Themenfelder*  
Ort: S.66. Eigendarstellung.
- Abb. 7: *Interdependenzen im Themenfeld Politische Stabilität und  
Sicherheitslage*  
Ort: S.148. Schema: siehe Abb.2.
- Abb. 8: *Interdependenzen im Themenfeld Migration*  
Ort: S.151. Schema: siehe Abb.2.
- Abb. 9: *Interdependenzen im Themenfeld Drogenhandel*  
Ort: S.156. Schema: siehe Abb.2.

Abb. 10: *Effekte zwischen den Themenbereichen*  
Ort: S.159. Eigendarstellung.

### Tabellen

Tabelle 1: *Ausgewählte Zahlen zur Migration aus Haiti 1992-2001*  
Ort: S.111.  
Nach: UNHCR: „Statistical Yearbook 2001“. Phoenix-Trukkeriet.  
Aarhus. 2002. S.89 ; S.92 ; S.97 ; S.102.

Tabelle 2: *Asylsuchende aus Haiti in Industriestaaten 1982-2001 und  
Aufenthaltsbewilligungen in Industriestaaten 1992-2001*  
Ort: S.111.  
Nach: UNHCR: „Statistical Yearbook 2001“. Phoenix-Trukkeriet.  
Aarhus. 2002. S.115f ; S.127.

Tabelle 3: *Asylsuchende aus Haiti nach Aufnahmeländern (Industrielländer)  
1992-2001*  
Ort: S.111.  
Nach: UNHCR: „Statistical Yearbook 2001“. Phoenix-Trukkeriet.  
Aarhus. 2002. S.119f.

Tabelle 4: *Beschlagnahmte Mengen 1994-1999*  
Ort: S.124.  
Nach: UNODCCP.: „Global Illicit Drug Trends 2001“. United  
Nations Publications. New York. 2001. S.131 ; S.144.

Tabelle 5: *Drogenschmuggel durch Haiti im Vergleich zu anderen  
Karibikstaaten*  
Ort: S.125.

Nach: UNODCCP.: „Global Illicit Drug Trends 2001“. United Nations Publications. New York. 2001. S.131 ; S.144.

Tabelle 6: *Beschlagnahmte Mengen 2001-2004*

Ort: S.125.

Nach: UNODC.: „World Drug Report 2008“. s.Internetquellen.

## **ANHANG: Deutsche Zusammenfassung**

1994 fand im Karibikstaat Haiti eine militärische Intervention mit UN-Mandat statt. Auslöser für das internationale Interesse war ein drei Jahre zuvor durchgeführter Militärputsch gegen den ersten frei gewählten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide.

Im Hinblick auf all jene Fälle, in denen Ähnliches geschah, aber keine Intervention stattfand, beschäftigte sich diese Arbeit mit den Gründen, warum nach drei Jahren in Haiti militärisch interveniert wurde. Der Fokus lag dabei auf den Interdependenzen zwischen den relevanten Akteuren. Sie wurden dahingehend untersucht, welche Konstellation von Interessen und Interdependenzen den Entschluss zur Intervention brachten. Folgende drei Themenfelder lagen dabei im Zentrum: „Politische Stabilität und Sicherheit“, „Migration“ und „Drogenhandel“.

Theoretische Grundlage bildete der Neoinstitutionalismus, vor allem die Ausführungen von Joseph S. Nye jr. und Robert O. Keohane.

Methodisch wurde eine theorieorientierte interpretative Fallstudie mit in Österreich zugänglichen Literatur-, Zeitschriften- und Internetquellen durchgeführt. Analysemittel in den oben genannten Themenfeldern war eine Interdependenzkonstellationsanalyse.

Nach einem historischen Überblick und der Darstellung der eigentlichen Ereignisse um die Intervention folgte die Identifizierung der Interdependenzen. Abschließend wurden diese in Verbindung zueinander gebracht, um die tatsächliche Konstellation und die Effekte zwischen den Feldern zu erarbeiten.

Ausgang der Forschung war, dass Interdependenzen gefunden werden konnten, die relevant für den Entschluss zur Intervention waren. Weiters konnte gezeigt werden, dass nur die spezifische Kombination der Elemente genügend Unterstützung für die Intervention brachte. Der Modus der Durchführung und der lange Zeitrahmen basierten aber auch auf einzelstaatlichen Interessen, welche sich in den Folgejahren immer wieder negativ auf die Situation in Haiti auswirkten. In Bezug auf die Durchführung der Studie zeigte sich die Interdependenzkonstellationsanalyse als geeignetes Mittel, die relevanten Gründe für die Intervention darzustellen und einen Vergleich mit ähnlichen Fällen zu ermöglichen.



## English Summary

In 1994 a military intervention with the mandate of the United Nations was launched in the caribbean state of Haiti. Trigger for the international interest in this case was a military coup against the first freely elected president Jean-Bertrand Aristide three years before.

Having all the cases in mind where similar events happened but no intervention was launched, the study looked for the reasons why after three years finally a military intervention happened. The focus lied upon the interdependences between the relevant actors. They have been examined for the specific constellation of interests and interdependences on which the decision for an intervention was based on. Main fields of research have been: "Political stability and security", "migration", and "drug trafficking".

Theoretical basis was the neo-institutionalism, mainly the work of Joseph S. Nye jr. and Robert O. Keohane.

In methodical matters the study was a theory-based interpretative case-study with in Austria available literature-, magazine-, and online-sources. The mean of analysis was an interdependence-constellation-analysis in the three fields mentioned above.

After a historical overview and the description of the actual events leading to the intervention the interdependences have been identified. Finally they were put in relation to each other to research the constellation and the effects between the fields.

Conclusion of the study was that interdependences were found which have been relevant for the decision to an intervention. Additionally it has been highlighted that only the specific constellation of the elements has brought enough support for the intervention. But the mode and the time period were based upon single state's interests which affected the situation in Haiti in a negative way the following years.

With regard on how the study was carried out the interdependence-constellation-analysis seemed to be an appropriate vehicle to identify the reasons for the intervention and makes a comparison to similar cases possible.



## Lebenslauf

**Geboren:** am 15.11.1978 in Gmunden  
**Vater:** Franz Helmberger (Amtsleiter Gemeinde Roitham – i.R.)  
**Mutter:** Elfriede Helmberger

### **Schulbildung:**

1985– 1989: Volksschule Roitham  
1989 – 1995: Realgymnasium der Benediktiner Stift Lambach  
1995 – 1996: Lee High School, Massachusetts, USA  
1996 – 1998: Realgymnasium der Benediktiner Stift Lambach. Matura

### **Studium:**

Ab 1999: Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien  
Bis 2002 mit der Studienrichtung „Geschichte“ als  
Zweifach, danach Umstieg in den neuen Studienplan.

Schwerpunkte: Internationale Politik, Friedens- und Konfliktforschung,  
Internationale Entwicklung.

Sonstiges:

- Studienreise nach Brüssel mit Besuch der EU Institutionen
- Diverse Besuche bei internationalen Organisationen in Wien
- Teilnahme Hilfsprojekt in der West-Ukraine
- Arbeit in verschiedenen sozialen Einrichtungen
- Seit 1999 freiwilliger Mitarbeiter beim Österreichischen Roten Kreuz (Landesverband O.Ö.)